



Ich will's wissen!

Alle Kinder brauchen Bildung.

Zusammenhalten – Zukunft gewinnen



INTERKULTURELLE WOCHE

INHALT

1 GEMEINSAMES WORT DER KIRCHEN

- 1 **Gemeinsames Wort der Kirchen
zur Interkulturellen Woche 2011**
»Zusammenhalten – Zukunft gewinnen«

3 »ICH WILL'S WISSEN!«

- 3 **»Ich will's wissen!« Für eine bessere Bildungspolitik
in der Einwanderungsgesellschaft**

- 6 **Ungleiche Bildungschancen**
Prof. Dr. Albert Scherr

- 9 **Bildungsinklusion in der Einwanderungsgesellschaft**
Anja Wetzel

- 10 **Religion braucht Bildung**
Andreas Lipsch

13 Zusammenhalten – Zukunft gewinnen

- 13 **Zusammenhalten – Zukunft gewinnen**
Dr. Wolfgang Gern

- 15 **»Die Thesen entlarven ein fragwürdiges Menschenbild«**
Bischof Norbert Trelle

- 17 **Sarrazin – wie Muslime die Debatte erlebten**
Nurhan Soykan

- 19 **Das wird man doch noch mal nicht sagen müssen**
OKR Thorsten Leißer

- 21 **Mein Migrationshintergrund**
Canan Topçu

- 22 **Diskriminierung in der Einwanderungsgesellschaft –
Probleme und Handlungsmöglichkeiten**
Christine Lüders

- 25 **Bleiberecht – eine unendliche Geschichte?**
Julia Hettenhausen

- 27 **Gesetzesänderung verschärft Zwangslage von Frauen**
Hiltrud Stöcker-Zafari

- 29 **Kinderrechte für alle!**
Dr. Elke Tießler-Marenda

- 30 **Kinder in der Illegalität**
Pater Martin Stark SJ

32 Zum Welttag der Migranten und Flüchtlinge 2011

- 32 **Die einzige Menschheitsfamilie**
Botschaft von Papst Benedikt XVI.

34 Anregungen für Gottesdienste

- 34 **Meditation: »Ich will's wissen!«**
Dr. Thomas Broch

- 35 **Predigt: Zusammenhalten – Zukunft gewinnen**
Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck

- 37 **Predigt: Hoffnung im Gepäck**
OKR Thorsten Leißer

- 40 **Vorschlag für einen ökumenischen Gottesdienst
im Rahmen der Interkulturellen Woche**

- 43 **Biblische Modelle des Zusammenhalts**
Prof. Dr. Wolfgang Reinbold

- 45 **Gedanken zur Interkulturellen Woche 2011**
Pfr. Helge Hohmann

- 46 **Ein kreativer Einstiegsimpuls zum Motto**
Susanne Haag

- 47 **Predigt im Dialog**
Pfr. Dr. Ursula Schoen

- 47 **Engel der Kulturen**

- 48 **Fürbitten »Verwundet-verwandelt-Leib Christi«**

49 Beispiele und Anregungen

60 Aktionen und Materialien

- 65 **Bestellformular**

GEMEINSAMES WORT DER KIRCHEN ZUR INTERKULTURELLEN WOCHEN 2011

Begegnung – Teilhabe – Integration

ZUSAMMENHALTEN – ZUKUNFT GEWINNEN

Die Apostelgeschichte berichtet vom Aufenthalt des Völkerapostels Paulus in der Metropole Athen. Bevor er vom Glauben an Jesus Christus spricht, erkundet Paulus die Stadt und ihre Heiligtümer. Dabei stößt er auf einen Altar mit der Aufschrift »Einem unbekanntem Gott« (Apg 17,23). An dieses Wort der Offenheit für die noch nicht erkannte göttliche Wirklichkeit knüpft Paulus in seiner Predigt an. Er verkündet den Gott Jesu Christi als den Schöpfergott, als Vater, der alle Menschen über ihre verschiedene Herkunft und Tradition hinweg verbindet. Paulus betont nicht das Trennende, sondern das Gemeinsame und Verbindende. Er spricht von »uns« und von »wir«. Und er fährt fort: »Keinem von uns ist Gott fern. Denn in ihm leben wir, bewegen wir uns und sind wir« (Apg 17,27).

Damit ist die entscheidende christliche Grundhaltung für das gelingende Zusammenleben von Menschen verschiedener Nationalität, Religion und kultureller Prägung formuliert. Über alle Differenzen hinweg steht die in Gott gründende Gleichheit und Verbundenheit im Vordergrund.

Das christliche Welt- und Menschenbild widerspricht damit allen Theorien, die unversöhnliche Gegensätze zwischen den Kulturen konstruieren. Es bildet ein Fundament, das es »allen Menschen guten Willens« ermöglicht, untereinander zusammenzuhalten und so eine Zukunft in Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität zu gewinnen. Insbesondere verbietet es jegliche Einteilung der Menschheit in Gruppen oder Rassen, denen unterschiedliche und kaum veränderliche Eigenschaften zugesprochen werden. Eine solche Aufspaltung rüttelt am Fundament unserer Gesellschaft. Letztlich richtet sie sich gegen die Würde des Menschen.

Vor diesem Hintergrund lautet das Motto der Interkulturellen Woche auch im Jahr 2011: »Zusammenhalten – Zukunft gewinnen«. Einige aktuelle Aspekte der Integrationsdebatte seien exemplarisch angesprochen:

■ Kinder sind unsere Zukunft. Bildungszugänge für alle Kinder sind deshalb ein zentraler Aspekt des Integrationsgeschehens. Dazu bedarf es sowohl des Engagements der Eltern als auch entsprechender Rahmenbedingungen und ausreichender finanzieller Mittel für

Schulen, Kindertagesstätten und andere Bildungseinrichtungen. Auch die religiöse Bildung hat eine besondere Bedeutung für gelingende Integration. Denn sie hilft, sprach-, auskunfts- und dialogfähig zu werden.

■ Noch immer ringt die Politik um eine langfristig tragfähige Bleiberechtsregelung für Menschen, die schon lange in unserem Land leben, aber keinen gesicherten Aufenthaltsstatus haben. Die Kirchen begrüßen die Bestrebungen im politischen Raum, hier aufgewachsene, gut integrierte Kinder und Jugendliche vor der Perspektivlosigkeit zu bewahren. Eine großzügige Bleiberechtsregelung für sie ist ein Signal, das in die Zukunft weist. Doch sollten auch die Nöte ihrer Eltern sowie der Alten, Kranken und gut integrierten Alleinstehenden nicht vergessen werden. Auch für sie muss eine Lösung gefunden werden.

■ Ein Hoffnungszeichen für viele Menschen ist die von der Bundesregierung zugesagte Neuberechnung der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die schon seit vielen Jahren auf dem gleichem Niveau verharren. Die Kirchen fordern schon seit seiner Einführung im Jahr 1993 die Abschaffung dieses Gesetzes, das Asylbewerber bei der existentiellen Grundsicherung massiv benachteiligt. Deshalb findet es die ausdrückliche Zustimmung der Kirchen, wenn auch das Sachleistungsprinzip bei den Aufwendungen für Asylbewerber grundsätzlich in Frage gestellt wird.

■ Nach wie vor sind große Anstrengungen erforderlich, um das Miteinander von Einheimischen und Zuwanderern zu stärken. Persönliche Begegnungen helfen, Vorurteile abzubauen. Und das Kennenlernen ist der erste Schritt zum Verständnis für die Situation des jeweils Anderen. Seit Jahren ist deshalb der Dialog von Christen, Muslimen und Gläubigen anderer Religionen ein Schwerpunkt der Interkulturellen Woche. Wir laden dazu ein, die vielfältigen Kontaktmöglichkeiten verstärkt wahrzunehmen.

■ Im zurückliegenden Jahr wurde vielerorts eine »Nacht der offenen Gotteshäuser« gestaltet. Dies war für zahlreiche Menschen eine willkommene Gelegenheit, sich den religiösen Fragen neu zu stellen und sich auf interreligiöse und interkulturelle Begegnungen einzulassen. Wir ermutigen, solche Schritte an vielen Orten zu gehen.

Im Verlauf der diesjährigen Interkulturellen Woche können zwei besondere Jubiläen begangen werden:

■ Vor 40 Jahren fand in Augsburg das »Erste Ökumenische Pfingsttreffen« statt, bei dem im Arbeitskreis »Ausländische Arbeitnehmer« die Idee zur jährlichen bundesweiten Interkulturellen Woche aufkam. Inzwischen hat sich daraus eine allseits anerkannte kirchliche und gesellschaftliche Initiative entwickelt, die wichtige Impulse in die öffentliche Diskussion über Migration und Integration einbringt.

■ Zum 25. Mal wird in diesem Jahr im Rahmen der Interkulturellen Woche der bundesweite »Tag des Flüchtlings« begangen. Immer wieder neu bietet er einen Anstoß, sich auf die menschlich oft bedrückende Lage derer einzulassen, die ihre Heimat verlassen müssen.

Wir danken allen in Kirche, Gesellschaft und Politik, die sich – teilweise seit vielen Jahren – für die Rechte und die Würde der Migranten und Flüchtlinge einsetzen. Manches konnte erreicht werden, um den Zusammenhalt von Einheimischen und Zuwanderern in unserer Gesellschaft zu stärken. In diesen Bemühungen dürfen wir nicht nachlassen. So laden wir Sie alle zur Interkulturellen Woche 2011 ein. In den Gottesdiensten dürfen wir uns vom Herrn den Weg weisen lassen. In Veranstaltungen, Begegnungen und Aktionen vielfältiger Art werden die großen Fragen von Migration und Integration aufgegriffen. Zusammenhalt, der sich auch aus der Kraft des Glaubens speist, gibt unserem Land eine gute Zukunftsperspektive.



Foto: KNA

† Robert Zollitsch

Nikolaus Schneider

+ ὁ Ἀρχιεπίσκοπος Αὐγουστῖνος

Erzbischof Dr. Robert Zollitsch
Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

Präses Nikolaus Schneider
Vorsitzender des Rates der Evangelischen
Kirche in Deutschland

Metropolit Augoustinos
Griechisch-Orthodoxer Metropolit
von Deutschland

»ICH WILL'S WISSEN!« FÜR EINE BESSERE BILDUNGSPOLITIK IN DER EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT

ANREGUNGEN ZUR DISKUSSION IN DER INTERKULTURELLEN WOCHEN

Bildung ist ein Menschenrecht. Menschenrechte sind Ansprüche an den Staat. Also ist es die staatliche Pflicht, allen Kindern ohne Diskriminierung gute Bildung zu gewähren. Erfreulich ist es, wenn Eltern ihre Kinder gut auf die Schule vorbereiten und sie im Schulalltag fördern und unterstützen können; jedoch muss das Gemeinwesen die Verantwortung übernehmen für die Bildungsförderung der Kinder solcher Eltern, die ihnen die nötigen Startchancen nicht bieten können.

Die Bildungschancen sind nicht gleich verteilt. PISA und OECD legen nahe, dass Kinder aus sozial schwachen Familien Bildungsbenachteiligungen erfahren und in der Folge selber Opfer von Einkommensarmut werden. Bildungsbenachteiligung ist also sozial »erblich«. Das gilt besonders für Angehörige und Nachkommen der Menschen, die im letzten Jahrhundert als billige Arbeitskräfte angeworben wurden und nur wenig Bildung mitgebracht haben. Da Einkommensarmut unter Eingewanderten besonders stark verbreitet ist, ist das Bildungsthema für die Ge-

staltung der Einwanderungsgesellschaft von so hoher Bedeutung.

Was wäre zu tun, um in der Einwanderungsgesellschaft mehr Gerechtigkeit im Bildungssystem herzustellen? Der ÖVA stellt hier ein Bündel von Anregungen vor, die im Rahmen der Interkulturellen Woche (IKW) mit Kommunen, Landtagsmitgliedern, Elternbeiräten und kirchlichen Vertreterinnen und Vertretern diskutiert werden können.

MEHR IST MEHR!

Bildungsausgaben erhöhen. Die Bildungsausgaben in Deutschland müssen, dem Beschluss des Bildungsgipfels von 2008 entsprechend, mindestens auf sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts angehoben und dabei vor allem in die Bereiche der Primar- und Sekundarstufen investiert werden, da hier der größte Nachholbedarf besteht. Bund und Länder müssen sich auf ein gemeinsames Vorgehen einigen. Die Ausweitung der Bildungsausgaben darf nicht unter Bezug auf die im Grundgesetz eingeführte »Schuldenbremse« verzögert oder begrenzt werden.

Postkartenmotiv zur Interkulturellen Woche 2011

Preis: Bis 49 Expl. je 0,25 €,
ab 50 Expl. 0,20 €.
Alle Preise zuzüglich Versandkosten.

Bestelladresse:
Ökumenischer Vorbereitungsausschuss
zur Interkulturellen Woche
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 23 06 05, Fax: 069 / 23 06 50

info@interkulturellewoche.de
www.interkulturellewoche.de



Inklusive Bildung. Das grundgesetzliche Gleichheitsgebot sollte als Zielsetzung in eine nationale Bildungsstrategie einfließen. Die zu erhöhenden Bildungsausgaben sind so einzusetzen, dass sie Diskriminierungen entgegen wirken. »Da inklusive Schulen alle Kinder gemeinsam unterrichten, müssen sie Mittel und Wege finden, beim Unterrichten auf individuelle Unterschiede einzugehen. Davon profitieren alle Kinder.«¹ In diesem Sinne müssen die Konzepte den internationalen menschenrechtlichen Standards entsprechen. Experten fordern ein Human Rights Budgeting². Die Vorgaben der Behindertenrechtskonvention zu einer inklusiven Schule sind von den Ländern systematisch zu erfüllen.

VORSCHULISCHE BILDUNG

Kostenloses Angebot. Im Hinblick auf die Herstellung von Chancengleichheit ist das Angebot für unter dreijährige Kinder weiter auszubauen. Der Besuch der Kindergärten und -krippen muß kostenlos sein. Der Rechtsanspruch auf Krippenbesuch ist noch nicht eingelöst. Denn manche Übergangsregelungen bewirken, dass Kinder aus Einwanderungsfamilien die Kriterien für eine Aufnahme gar nicht erfüllen und somit keinen Platz bekommen.

Mehr Personal. Die Personalausstattung sowie die Aus- und Weiterbildung, insbesondere im Hinblick auf die Sprachvermittlung, müssen verbessert werden.

Zudem sind Maßnahmen der interkulturellen Öffnung erforderlich.

Elternarbeit. Ein Mehr an Kindergärten und Kinderkrippen muss flankiert werden durch ein Mehr an Elternarbeit. Der Zugang zu den Eltern muss hergestellt werden, denn nur über die Eltern lässt sich die Bildungsbeteiligung steigern.

Mehrsprachigkeit. Mehrsprachigkeit in Kindertagesstätten sollte zu einer Selbstverständlichkeit werden.

SCHULEN

Keine Segregation. In sozial benachteiligten und durch Einwanderung geprägten Stadtteilen mit von Einwanderung geprägten Schulen neigen Eltern dazu, ihre Kinder woanders bei »besseren« Schulen anzumelden. Manche Eltern wählen ihre Wohngegend so aus, dass ihre Kinder eine wenig von Einwanderung geprägte Schule in der Nähe vorfinden. Das können sich aber nur sozial besser gestellte Eltern leisten. Im Ergebnis kommt es zu einer ethnischen Segregation des Bildungssystems und sogar der Wohngebiete. Schulen in benachteiligten Stadtteilen sollten gezielt mehr Geld erhalten, um weiterer Segregation entgegen zu wirken. Die Parlamente dürfen aber nicht an anderer Stelle einsparen, sondern müssen die Bildungsausgaben insgesamt erhöhen. Die zusätzlichen Mittel sind je nach lokalem Bedarf für zusätzliche Lehrkräfte, begleitende Sozialarbeit, Elternarbeit sowie Gebäudesanierungen einzusetzen. Die Bedarfe sollten unter Beteiligung der Eltern partizipativ im örtlichen Gemeinwesen festgestellt werden. Die Förderung der »Problemviertel« ist gesamtgesellschaftlich sinnvoll, weil diese Viertel aufgrund der dort vorhandenen Vielfalt und Kreativität besondere Funktionen für das Gemeinwesen erfüllen können.

Gemeinsames Lernen. Die soziale Vererbbarkeit von Bildungsarmut gilt es zu überwinden. Die Selektion bzw. Sortierung der Schülerinnen und Schüler nach Leistung erfolgt im gegliederten Schulsystem zu früh. Das gemeinsame Lernen sollte deutlich über das vierte Grundschuljahr hinaus verlängert werden.

DATEN UND FAKTEN

Die in der Bildungspolitik und Bildungsstatistik nach wie vor übliche Unterscheidung von deutschen und ausländischen Schülern bildet nur unzureichend die sprachliche, kulturelle, ethnische und nationale Heterogenität der Schüler ab.*
→ Sonderauswertung des Mikrozensus für den Zeitraum 2005 bis 2008.**

Schuljahr 2008/2009:

- allgemein: – über 9 Millionen Schüler besuchten allgemeinbildende und berufsbildende Schulen
– 8,9 Prozent nichtdeutscher Staatsangehörigkeit
– 3,03 Millionen Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund

besuchte Schularten je nach Staatsangehörigkeit (in Prozent):

	Hauptschule	Realschule	Integrierte Gesamtschule	Gymnasium	Förderschule
deutsch	8,6	14,1	5,3	28,7	4,1
türkisch	23,4	14,5	10,4	9,3	6,9
italienisch	23,7	13,8	6,9	9,9	8,6
serbisch	11,4	9,4	5,6	8,0	12,7
griechisch	21,8	14,7	6,1	15,6	6,1
polnisch	17,2	11,5	8,0	16,6	3,3
russisch	11,7	10,2	5,6	24,5	3,1
kroatisch	15,5	17,4	5,0	20,7	5,9
vietnamesisch	5,9	11,2	5,0	39,9	1,7

Schulabschlüsse der Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund (MH) 2008 im Vergleich (in Prozent):

	Jugendliche mit MH	Jugendliche ohne MH
Hauptschulabschluss	43,0	31,0
Mittlere Abschlüsse	34,7	49,5
(Fach-)Hochschulreife	8,9	12,5
Kein Abschluss	13,3	7,0

■ Mario Calic, Deutscher Caritasverband

* Statistisches Bundesamt: Fachserie 11, Reihe 1 Schuljahr 2008/2009, Wiesbaden 2009.

** Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung Mikrozensus 2008, Wiesbaden 2010.

Sekundarstufe. Die Übergangsempfehlungen von den Bundesländern für den Besuch weiterführender Schulen sollten überarbeitet werden. Dabei darf den Deutsch-Sprachkenntnissen der Schüler keine derart überragende Bedeutung beigemessen werden, dass es zu Ausgrenzung aufgrund der Herkunft kommt. Insgesamt sollte die Durchlässigkeit des Schulsystems erhöht werden.

Gegliedertes Schulsystem. Zudem sollte, wie von UN-Sonderberichterstatter Munoz³ empfohlen, das gegliederte Schulsystem im Hinblick auf die von ihm ausgehenden diskriminierenden Wirkungen auf den Prüfstand gestellt werden.

Förderung von Deutsch und von (anderen) Herkunftssprachen

Deutsch. Deutsch als Bildungssprache sollte über die gesamte Schullaufbahn und über alle Schulstufen hinweg zielgruppenorientiert gefördert werden, so dass Bildungserfolge für Kinder Einwanderter im Fachunterricht stets gewährleistet sind.

Herkunftssprachen. Maßnahmen zur Förderung der Herkunftssprache im Schulalltag sind erforderlich, einschließlich ihrer Einbeziehung in die Benotung. Denn damit können wertvolle Potenziale für die Einwanderungsgesellschaft erschlossen werden. Es stärkt das Selbstwertgefühl der Kinder und Jugendlichen, wenn ihre Herkunftssprache gewürdigt und anerkannt wird.

Sonderschulen. Kinder auf Sonderschulen haben überdurchschnittlich häufig eine ausländische Herkunft. Das wirkt diskriminierend. Denn Kinder und Jugendliche, die von einer Sonderschule abgehen, treten erwiesenermaßen mit den schlechtesten Chancen von allen in die Berufsausbildung und ein späteres Erwerbsleben ein. Die Vorgabe, Bildung gemäß Artikel 24 der UN-



Behindertenrechtskonvention inklusiv zu gestalten, ist mit besonderem Blick auf die Einwanderungsgesellschaft zu erfüllen. In den Richtlinien zur Überweisung an Sonderschulen muss daher sichergestellt werden, dass eine Überweisung nicht allein aufgrund mangelnder (Deutsch-)Sprachkenntnisse erfolgt.

Minderheiten. Zu einem inklusiven Bildungssystem gehört auch das Recht von Minderheiten, eigene Bildungseinrichtungen zu betreiben, wie zum Beispiel für die Dänen in der schleswig-holsteinischen Verfassung verankert.

KINDER VON ELTERN OHNE AUFENTHALTSPAPIERE

Sicherheit. Kinder von Eltern ohne Aufenthaltspapiere, die zur örtlichen Wohnbevölkerung gehören, haben das Recht auf Bildung wie alle anderen auch. Kindergärten und Schulen müs-

- 1 UNESCO, Inklusion: Leitlinien für die Bildungspolitik. Deutsche Ausgabe der Policy Guidelines on Inclusion in Education. Genf, 2009, Seite 11
- 2 »Human Rights Budgeting« beschreibt eine Methode, wie in der Demokratie die Haushaltspolitik an den Menschenrechten auszurichten ist. GTZ-Sektorvorhaben »Menschenrechte umsetzen in der Entwicklungszusammenarbeit«, Human Rights Budgeting, Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin 2010, http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/uploads/tx_commerce/e-info-tool_HR_Budgeting.pdf
- 3 Bericht des UN-Sonderberichterstatters Vernor Muñoz zu seinem Besuch in Deutschland, 2009, Ziffer 93

Postkartenmotiv zur Interkulturellen Woche 2011

Preis:
Bis 49 Expl. je 0,25 €,
ab 50 Expl. 0,20 €.
Alle Preise zuzüglich
Versandkosten.

Bestelladresse: Ökumenischer
Vorbereitungsausschuss
zur Interkulturellen Woche
Postfach 16 06 46
60069 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 23 06 05
Fax: 069 / 23 06 50

info@interkulturellewoche.de
www.interkulturellewoche.de

sen ihnen den Besuch ohne Gefährdung ihrer Sicherheit ermöglichen. In § 87 Abs. 2 Aufenthaltsgesetz ist die Meldepflicht für alle öffentlichen Einrichtungen geregelt, die Kenntnis vom unerlaubten Aufenthalt eines Nicht-Staatsangehörigen erlangen. Da dies die Wahrnehmung des Rechts auf Schulbildung für Kinder ohne Papiere beeinträchtigt, sollte in § 87 Abs. 2 Aufenthaltsgesetz eine Ausnahme von der Meldepflicht für alle Schul- und Bildungseinrichtungen und für Kindertagesstätten verankert werden.

■ Diese Thesen wurden von der AG »Bildung« des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses (ÖVA) zur Interkulturellen Woche erarbeitet. Dieser AG gehören an: Johannes Brandstätter, Diakonisches Werk der EKD, Günter Burkhardt, Geschäftsführer des ÖVA, Friederike Ekol, Mitarbeiterin des ÖVA, Elisabeth Götz, Deutscher Caritasverband, Canan Topçu, Redakteurin der Frankfurter Rundschau und Ioanna Zacharakí, Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe.

■ Kontakt:
Ökumenischer Vorbereitungsausschuss
zur Interkulturellen Woche
Tel.: 069 / 23 06 05
info@interkulturellewoche.de
www.interkulturellewoche.de

UNGLEICHE BILDUNGSCHANCEN

WARUM CHANCENGLEICHHEIT IMMER NOCH EINE ILLUSION IST UND ES AUCH NICHT GENÜGT, CHANCENGLEICHHEIT ANZUSTREBEN

Prof. Dr. Albert Scherr

Je ungleicher Gesellschaften verfasst sind, umso stärker sind die Herkunftseffekte auf den Bildungserfolg und umso bedeutsamer sind die Auswirkungen von Bildungsungleichheiten. Bei anhaltender gesellschaftlicher Ungleichheit ist die Forderung nach mehr Chancengleichheit im Bildungssystem deshalb unzureichend. Ohne eine gerechtigkeitsorientierte Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Steuer- und Sozialpolitik werden Bildungserfolg und daran gebundene Lebenschancen auch weiterhin von sozialer Herkunft abhängig sein.



Prof. Dr. Albert Scherr

Foto: privat

Politikerinnen und Politiker aller Richtungen betonen seit Jahren die enorme Bedeutung von schulischer, beruflicher und hochschulischer Bildung für Wirtschaft und Gesellschaft. Bedeutsam sei Bildung nicht nur für die Lebenschancen jedes Einzelnen, sondern auch für das Qualifikationsniveau der Bevölkerung, das so genannte Humankapital. Hintergrund dessen ist die Überzeugung, dass Deutschland und Europa im weltweiten Standortwettbewerb der globalisierten Ökonomie nur dann Wohlstandsregionen bleiben werden, wenn sie ihren einzigen Konkurrenzvorteil nutzen können: Wissenschaftlich-technische Überlegenheit und hoch qualifizierte Arbeitskräfte. Menschen mit einem geringen Bildungsniveau treten in der Folge vor allem als soziale Problemgruppe in den Blick: Als Arbeitskräfte und Konsumenten zweiter Klasse sowie als Belastung für die sozialen Sicherungssysteme.

Wenn Bildung im Informationstechnologie-Kapitalismus zu einer entscheidenden Voraussetzung gesellschaftlicher Teilhabe wird, dann gewinnt die Frage nach einer Gewährleistung angemessener Bildungschancen für Kinder und Jugendliche aus allen sozialen Klassen, Schichten und Milieus an Bedeutung. Denn nach dem Selbstverständnis moderner Gesellschaften soll nicht die Abstammung über die gesellschaftliche Stellung und die Lebenschancen jedes Einzelnen entscheiden. Deshalb sind ungleiche Bildungserfolge nur in dem Maß zulässig, wie sie Unterschieden

der individuellen Interessen und der individuellen Leistungsbereitschaft entsprechen.

BILDUNGUNGLEICHHEITEN IM BLICK DER WISSENSCHAFTLICHEN FORSCHUNG

Dass die Realitäten der schulischen, hochschulischen und beruflichen Bildung dem Anspruch der herkunftsunabhängigen Chancengleichheit faktisch nicht gerecht werden, ist durch zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen immer wieder aufgezeigt worden. Zentrale Ergebnisse der neueren Bildungsforschung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

■ Zusammenhänge zwischen sozialer Herkunft, insbesondere den Einkommens- und Vermögensverhältnissen, der beruflichen Stellung und dem formalen Bildungsniveau der Herkunftsfamilie, und dem schulischen Bildungs(miss)erfolg lassen sich für alle OECD-Staaten nachweisen. Sie sind in Deutschland aber überdurchschnittlich hoch ausgeprägt.

■ Bildungsbenachteiligungen stehen in einem engen Zusammenhang mit dem Einkommen, dem Bildungsniveau und der beruflichen Position der Eltern. Die Bildungsbenachteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund geht aber darüber hinaus und lässt sich auch nicht zureichend mit Defiziten in der Beherrschung der deutschen Sprache erklären.

■ Die Wahrscheinlichkeit einer Gymnasialempfehlung ist bei Kindern aus Akademikerhaushalten um ein mehrfaches höher als bei Arbeiterkindern, die über gleiche kognitive Fähigkeiten verfügen und gleiche Leseleistungen erzielen. Eine neuere Studie hat zudem aufgezeigt, dass im Verhältnis zu ihrem tatsächlichen Leistungsvermögen circa 30 Prozent aller Schülerinnen und Schüler in Deutschland den für sie eigentlich falschen Schultypus besuchen. Die Wirkungen von Bildungsbenachteiligungen verstärken sich im Lebensverlauf. Auch die Wahrnehmung von Weiter- und Fortbildungsangeboten folgt dem so genannten Matthäus-Prinzip (»Wer da hat, dem wird gegeben«); Wer hohe Bildungstitel hat, nutzt viel häufiger Weiter- und Fortbildungsangebote.

WAS ERKLÄRT UNGLEICHE BILDUNGSCHANCEN?

Fragt man nach den Ursachen dieser in zahlreichen Studien nachgewiesenen Zusammenhänge, dann können zunächst sechs zentrale Aspekte festgestellt werden:

1. sind für den schulischen Erfolg Fähigkeiten und Eigenschaften bedeutsam, die man nicht in der Schule erwirbt, die sich aber direkt und indirekt auf die schulische Leistung auswirken. Von besonderer Bedeutung sind die sprachlichen Fähigkeiten, die vor und außerhalb der Schule erworben und weiterentwickelt werden, und die innere Einstellung zu schulischem Lernen, die Kinder erwerben.

2. ist Kindern und Jugendlichen das, was von ihnen in der Schule an Verhaltensweisen und Interessen erwartet wird, mehr oder weniger vertraut: Während Schüler aus akademischen Herkunftskontexten in der Schule an vieles anknüpfen können, was sie von zu Hause kennen, müssen Kinder aus bildungsfernen Milieus erst lernen, sich auf die Regeln und Rituale einzustellen, die sie in der Schule vorfinden.

3. werden Schülerleistungen in Abhängigkeit von der sozialen Herkunft seitens der Lehrer unterschiedlich wahrgenommen: Die Erwartung, dass Kinder aus Akademikerfamilien zu guten, benachteiligte Kinder aber nur zu weniger guten Leistungen in der Lage sind, führt zu Wahrnehmungen und Mitteilungen, die als sich selbst erfüllende Prophezeiung wirksam werden.

4. sind Familien in unterschiedlichem Ausmaß in der Lage, ihre Kinder in schulischen Angelegenheiten zu unterstützen und ihre Interessen gegenüber der Schule wirksam durchzusetzen. In Hinblick auf die Situation von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist

5. festzustellen, dass deutsche Schulen immer noch vom vermeintlichen Normalfall des deutschsprachig aufgewachsenen Schülers ausgehen, dessen Eltern die Strukturen des Schulsystems und die in deutschen Schulen üblichen Regeln und Normen kennen. Die Schulen haben noch nicht gelernt, sich auf die Realität einer sozial heterogenen Einwanderungsgesellschaft einzustellen.

6. ist zu berücksichtigen: Gegliederte Schulsysteme mit ungleichwertigen Bildungsgängen und früher Selektion verstärken die Herkunftseffekte. Denn schulisches Lernen kann die Auswirkungen vor- und außerschulischer Ungleichheiten der Lebensbedingungen umso weniger ausgleichen, je kürzer die Zeit gemeinsamen Lernens ist.

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Das, was in der Schule als Fähigkeiten, Interessen und Leistungsvermögen eines Schülers sichtbar wird, ist nicht Ausdruck seiner individuellen Begabung. »Begabungen« werden vielmehr in sozialen Prozessen hergestellt, für die gilt, dass die gesellschaftlich generell Privilegierten wesentlich bessere Möglichkeiten des »Begabens« haben

als die gesellschaftlich generell Benachteiligten.

BILDUNG IM ZUSAMMENHANG MIT GESELLSCHAFTLICHEN UNGLEICHHEITEN

Angesichts der Ergebnisse der international vergleichenden Bildungsforschung ist davon auszugehen, dass das Ausmaß, in dem soziale Ungleichheiten durch die Gestaltung des Bildungssystems verfestigt, verstärkt oder aber reduziert wird, durchaus in erheblichem Umfang variabel ist. Es ist durchaus möglich, Bildungschancen gerechter zu gestalten, als dies in Deutschland der Fall ist. Eine umfassende Aufhebung der herkunftsbedingten Effekte auf den Schulerfolg ist jedoch in Gesellschaften mit erheblichen Ungleichheiten zwischen sozialen Klassen, Schichten und Milieus kein erreichbares Ziel. Deshalb ist auch eine Frage aufzuwerfen, die in der gegenwärtigen Bildungsdiskussion systematisch vernachlässigt wird: Unter welchen Bedingungen sind ungleiche Bildungsabschlüsse mehr oder weniger folgenreich? Konkret: Welche Privilegien bzw. Benachteiligungen gehen mit jeweiligen Bildungstiteln einher?

Diesbezüglich kann als eine soziale Gesetzmäßigkeit formuliert werden: *Je ungleicher Gesellschaften insgesamt verfasst sind, umso stärker sind die Herkunftseffekte auf den Bildungserfolg und umso bedeutsamer sind die Auswirkungen von Bildungsungleichheiten. In eher egalitären Gesellschaften sind die Verknüpfungen dagegen zugleich schwächer und folgenreicher.*



Postkartenmotiv zur Interkulturellen Woche 2011

Preis: Bis 49 Expl. je 0,25 €, ab 50 Expl. 0,20 €. Alle Preise zuzüglich Versandkosten.

Bestelladresse:
Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 23 06 05, Fax: 069 / 23 06 50

info@interkulturellewoche.de
www.interkulturellewoche.de

Um dies zu verdeutlichen: Extreme Formen sozialer Benachteiligung und Ausgrenzung, wie sie in US-amerikanischen Ghettos und französischen Banlieus, ansatzweise aber auch in den benachteiligten Wohngebieten deutscher Städte vorliegen, können dazu führen, dass sich die alltägliche Lebensführung auf ein Überleben im Hier und Jetzt reduziert. Anstrengungen, sich aus der vorgefundenen Lage, etwa durch Bildungsaufstiege, zu befreien, treten dann erst gar nicht in den Blick oder stellen sich subjektiv von vornherein als aussichtslos dar. Deshalb sind die Erfolgsaussichten einer gerechtigkeitsorientierten Bildungspolitik und Pädagogik dann besser, wenn es – durch Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Steuer- und Sozialpolitik sowie tarifliche Festlegungen – gelingt, soziale Ungleichheiten der Lebensbedingungen insgesamt zu reduzieren und allen Gesellschaftsmitgliedern Zugang zu Existenz sichernder und Sinn stiftender Arbeit, sozialer Sicherheit und kultureller Teilhabe zu ermöglichen. Zugleich gilt, dass sich die negativen Auswirkungen verbleibender Bildungsungleichheiten dann reduzieren, wenn der Abstand zwischen Privilegien und Benachteiligungen geringer ausfällt.

Entsprechend lässt sich zeigen, dass erfolgreiche Prozesse der Bildungsreform in gesamtgesellschaftliche Reformprozesse eingebettet waren: Die schulische Bildungsbenachteiligung von Mädchen konnte nur überwunden werden, weil der bis dahin einflussreiche Glaube, Frauen seien intellektuell weniger begabt als Männer, in Frage gestellt wurde. Parallel dazu wurde das Recht von Frauen auf eigenständige Erwerbsarbeit durchgesetzt. In ihrer instruktiven Analyse des finnischen Bildungssystems zeigt Gundel Schümer, dass die Durchsetzung einer am Ziel gleicher Erfolgchancen aller sozialen Gruppen ausgerichteten Bildungspolitik und Pädagogik ohne die »Verankerung des Gleichheitsprinzips in der Religion, der Kultur und der Sozialpolitik« nicht möglich ist.

BEFÄHIGUNGSGERECHTIGKEIT STATT CHANCENGLEICHHEIT

Dass die deutsche Bildungslandschaft in Bewegung geraten und die etablierten Strukturen umstritten sind, hat mehrere Ursachen. So geht die Bereitschaft der Bildungsbenachteiligten zurück, ihre Benachteiligung als unveränderliches soziales Schicksal zu akzeptieren. Zudem unternehmen auch bildungsferne Familien erhebliche Anstrengungen, um für ihre Kinder das Abstellgleis Hauptschule zu vermeiden. Aber nicht zuletzt in Folge der ökonomisch-funktionalistischen Forderung nach einer verbesserten Ausstattung des »Humankapitals« gewinnen auf Chancengleichheit ausgerichtete Appelle erneut an Bedeutung. Forderungen nach Chancengleichheit in der Bildung übersehen aber eine Voraussetzung: Chancengleichheit ist nur dann eine zureichende Bestimmung sozialer Gerechtigkeit, wenn auch die unteren Plätze in den sozialen Hierarchien noch als zumutbar gelten können. Denn nur dann, wenn auch den unteren sozialen Klassen bzw. Schichten eine angemessene Lebensführung ermöglicht wird, ist es überhaupt akzeptabel, diejenigen, die in der Schule – aus welchen Gründen auch immer – zu den Verlierern im Wettbewerb gehören, auf entsprechende Positionen zu verweisen. Der Maßstab »Chancengleichheit« ist folglich unter gegenwärtigen Bedingungen auch problematisch. Denn die Verweisung auf soziale Positionen, die durch Armut und soziale Ausgrenzung gekennzeichnet sind, ist auch dann nicht akzeptabel, wenn sie chancengerecht erfolgt. Zudem bewirkt bloße Bildungsgleichheit unter Bedingungen erheblicher gesellschaftlicher Ungleichheiten nichts anderes, als dass in den Konkurrenzkämpfen um anstrebenswerte Positionen herkunftsbedingte Merkmale an Bedeutung gewinnen.

Es ist deshalb unzureichend, sich allein am Ziel der Herstellung von Chancengleichheit durch eine begabungsgerechte Bildung zu orientieren. Denn schulische Bildung verfügt nur über begrenzte Möglichkeiten, die vorschulisch sozial hergestellten und sich in außerschulischen Bildungsprozessen sozial verfestigenden individuellen »Begabungs« unterschiede wirksam auszugleichen. Anstrengungen, dies durch den Ausbau einer qualitativ hochwertigen vor- und

außerschulischen Bildung sowie durch integrative Ganztagschulen anzustreben, sind gleichwohl dringend erforderlich.

Generell gilt: Je gerechter eine Gesellschaft insgesamt ist, umso gerechter kann auch ihr Bildungssystem sein. Und je geringer die sozialen Ungleichheiten in einer Gesellschaft insgesamt ausgeprägt sind, umso weniger gravierend sind Unterschiede, die durch Bildungs(miss)erfolge verursacht werden. Anzustreben ist deshalb nicht nur tatsächliche Chancengerechtigkeit im Bildungssystem, sondern eine Gesellschaft, in welcher der Abstand zwischen den Lebensbedingungen und Lebenschancen der Privilegierten und denjenigen der Benachteiligten erheblich verringert ist.

Dieser Beitrag stellt die gekürzte und bearbeitete Fassung eines Textes dar, der in dem Kulturmagazin für Migration und Partizipation nah & fern (Nr. 46/2010) erschienen ist. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des von Loeper Literaturverlags, Karlsruhe.

Literatur:

- OECD (2009): Bildung auf einen Blick 2009. Zusammenfassung der Ergebnisse (im Internet unter www.oecd.org)
- Schümer, Gundel (2009): Chancengleichheit im finnischen Bildungssystem, in: Die Deutsche Schule, H. 1, S. 47-59

■ Prof. Dr. habil. Albert Scherr lehrt Soziologie an der Pädagogischen Hochschule Freiburg.
Arbeitsschwerpunkte: Aspekte soziologischer Theorie, Theorien der Sozialen Arbeit, Migration-Diskriminierung-Rassismus-Rechtsextremismus, qualitativ-empirische Bildungsforschung und Bildungstheorie, Jugendforschung.

■ Kontakt:
scherr@ph-freiburg.de

BILDUNGSINKLUSION IN DER EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT

Anja Wetzel

Schule ist der Ort der Gesellschaft, an dem moralische Werte und Normen Bestandteil der Erziehung und Bildung sind. Sie legitimiert sich als bevorzugtes sozialpolitisches Instrument zur Herstellung von Chancengleichheit und ist verpflichtet, Entscheidungen über Bildungskarrieren zu treffen, welche der Gerechtigkeit unterliegen. Allerdings bestätigen Untersuchungen zur Bildungsbeteiligung¹, dass die sozioökonomische und ethnische Herkunft mit dem Kompetenzniveau im Bildungssystem eng zusammenhängt. Die deutschen Sprachkenntnisse der Eltern nehmen proportional zur Schulhierarchie ab und Bildungschancen werden durch unzureichende materielle Sicherung beeinträchtigt. Im Schuljahr 2009/2010² besuchten 4,35 % der Gesamtschülerschaft eine Förderschule, das entsprach 387.792 Schülern. Davon waren 13,81 % nicht-deutscher Herkunft. Mehr als die Hälfte von ihnen besuchte eine Schule mit dem Förderschwerpunkt Lernen. Das Bildungssystem scheint nur begrenzt in der Lage zu sein, die unterschiedlichen Ausgangslagen zu kompensieren. Die Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit kann in Frage gestellt und als verfassungswidrig betrachtet werden. Besonders im Hinblick auf das deutsche Grundgesetz, die internationalen Kinder- und Menschenrechte und die UN-Behindertenrechtskonvention.

In der Fachliteratur finden sich dafür u. a. Erklärungen, welche in der Systemlogik der Bildungsstruktur (Radtke/Gomolla) begründet liegen. Diese lassen mutmaßen, dass in einem selektiven, hierarchisch aufgebauten Schulsystem ein Nutzen liegt, der schulrechtlich vorgesehen ist. Es wird behauptet, dass es bei der Bewertung schulischer Leistungen (und ihrer entsprechenden Weiterentwicklung) ungleiche Regelungen gibt. Dabei stehen institutionelle Barrieren in einem politischen und sozialen Kontext.

Systemisch betrachtet soll zwischen der Organisation Schule und den Mitgliedern eine strukturelle Kopplung hergestellt werden. Das bedeutet, dass Schule als monolinguale und monokulturelle Einrichtung von den Schülern Fähigkeiten und Kenntnisse verlangt, die in beiderlei Hinsicht dem System entsprechen. Hochformalisierte und verrechtlichte Prüf- und Entscheidungsverfahren dienen zur Erhaltung des Systems und diskriminieren damit Schüler mit Migrationshintergrund.

Bereits 1982 wurde in einem Credo der Kultusministerkonferenz beschlossen, dass Schüler aufgrund sprachlicher Kenntnisse nicht an Förderschulen überwiesen werden dürfen. Laut Forschungsergebnisse sind aber Schüler, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, stärker von schulischer Selektion betroffen als ihre deutschen Mitschüler. Denn die formelle Unterrichtsgestaltung folgt der Systemlogik und feste Inhalte richten sich an homogene Lerngruppen. Das Fazit ist Aussonderung aus dem allgemeinen Schulsystem in das Förderschulsystem.

Mit diesem strukturellen Erklärungsversuch verstößt das deutsche Bildungssystem gegen die UN-Behindertenrechtskonvention (2009), nach der für alle Schüler das Recht auf gemeinsamen Unterricht und ein gleichberechtigtes Miteinander an Regelschulen besteht. Der Expertenkreis »Inklusive Bildung« der Deutschen UNESCO-Kommission verdeutlicht, dass sich nicht der Lernende in ein System integrieren muss, sondern das Bildungssystem die Bedürfnisse des Lernenden berücksichtigt und sich diesen anpassen soll.

Von Migrantinnen und Migranten wird der Integrationswille in eine Mehrheitsgesellschaft verlangt. Die Forderung nach Inklusion im Bildungssystem klingt dabei absurd und visionär. Doch Inklusion, als dynamischer, zirkulärer Prozess, sieht in menschlichen Beziehungen ihr Potential. Im Verständnis geht es darum, gegenseitige Befindlich-



Anja Wetzel

Foto: Bernd Tochatschek

keiten in einem Dialog zu verdeutlichen, damit Eltern, Schüler und Lehrkräfte ihre eigenen Ängste und Unsicherheiten gegenüber dem Fremden abbauen. Informelle Gelegenheiten erleichtern den Aufbau positiver Beziehungen und schaffen Vertrauen und Nähe. Dafür bietet auch die interkulturelle Pädagogik Ansätze.

Bevor Kulturen in gut, mangelhaft oder problematisch beurteilt werden, ist es unabdingbar, dass sich jeder Lehrer auch mit seiner eigenen Kultur und Gesellschaft auseinandersetzt. Erst durch Aufklärung, gegenseitiges Verständnis und Anerkennung gelangen wir zum gemeinsamen Handeln und konstruktiven Dialog. Jedem Kind muss das Recht gewährt werden, seinem Entwicklungspotential zu folgen, sich heimisch zu fühlen und seinen Platz zu finden. Die (Schul)Gemeinschaft ist verpflichtet, jungen Menschen die Zukunft optimistisch zu gestalten und ihnen Sinn, Orientierung und Respekt entgegen zu bringen.

- 1 u. a. Kornmann 2002, PISA 2006, Wocken 2007
- 2 Statistisches Bundesamt Deutschland, KMK Statistik.

■ Anja Wetzel ist Referentin beim Bundesverband evangelische Behindertenhilfe e. V. für das Handlungsprogramm »Vielfalt in-Bildung. Eine Schule für alle – jetzt!«

■ Kontakt: Bundesverband evangelische Behindertenhilfe e. V., Altensteinstr. 51 14195 Berlin, Tel.: 030 / 8 30 01 - 279 wetzel@beb-ev.de www.beb-ev.de

RELIGION BRAUCHT BILDUNG

CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN

FÜR DIE KIRCHLICHE BILDUNGSARBEIT

IN DER EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT

Andreas Lipsch

Die »Rückkehr der Religion« ist ein vielgestaltiges und machtvolleres Phänomen, das alle Bildungseinrichtungen herausfordert. (Inter-)religiöses Lernen in heterogenen Lerngruppen ist dabei gefragt. Kirchliche Einrichtungen stehen vor der Herausforderung, sich nicht nur interkulturell und interreligiös, sondern auch institutionell für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit anderen religiösen Prägnungen zu öffnen.



Andreas Lipsch

Foto: privat

Von einem Elefanten sprach der amerikanische Soziologe Peter L. Berger bei der diesjährigen Eröffnung des Soziologentages in der Frankfurter Paulskirche. Fast überall, wohin man in der Welt komme, stehe der Elefant dick und breit da. Gemeint ist die Religion. Obwohl die neue Bedeutung der Religion unübersehbar ist – O-Ton Berger: »Ich wollte Ihre Aufmerksamkeit nur auf den Elefanten gelenkt haben, der hier mitten in der Paulskirche steht« – werde sie soziologisch kaum wahrgenommen. Die Elefantenmetapher trifft aber auch das Phänomen selbst in prägnanter Weise. Elefanten sind bekanntlich nicht nur friedliche Dumbos. Sie können auch zerstörerisch sein. Die »Wiederkehr der Götter« (Friedrich Wilhelm Graf) ist nicht in jedem Fall ein fröhliches Stelldichein. Wer den heute in verschiedenen Weltgegenden stärker werdenden religiösen Furor beobachtet, empfindet das womöglich eher als Heimsuchung unberechenbarer Kräfte. Ein ambivalentes Phänomen also, die Rückkehr der Religion(en). Im Übrigen ein schwer übersehbares.

PORTABLE HEIMATEN, REINE RELIGIONEN UND EIN WARMES BETT

In der zunehmend durch Migration geprägten Gesellschaft spielen Religionen im Sinne »portabler Heimaten« eine wichtige Rolle. Das gilt vor allem für die Migrationspioniere, die wirklich noch mit dem Koffer unterwegs sind. Bei der Bewältigung der Verunsicherungen und Brüche, die notwendig mit Migrationserfahrungen einhergehen, kön-

nen religiöse Orientierungen und Praktiken zu einer Ressource werden. Transportiert werden in der Regel aber nicht nur Riten und Bekenntnisse, sondern auch Sprachen, Sitten und Gebräuche. Religion und Kultur sind hier nur schwer zu unterscheiden.

Angehörigen der zweiten oder dritten Einwanderergeneration geht es oft genau darum: Sie unterscheiden ganz bewusst zwischen Religion und kultureller Tradition. Unter manchen jungen »born-again«-Muslimen ist zurzeit eine Tendenz zu beobachten, diese Unterscheidung radikal zu betreiben und die Religion vollständig zu dekulturnisieren.¹ Eine Tendenz, die man auch in der globalen Pfingstbewegung finden kann. Im Namen einer »reinen Religion« wird sowohl mit der Herkunftskultur wie mit der Kultur der so genannten Mehrheitsgesellschaft gebrochen, um sich einer transnationalen religiösen Avantgarde anzuschließen. Fundamentalistische Gruppen in allen Weltreligionen orientieren sich am vermeintlich unverfälschten Buchstaben der Tradition. Andere – vor allem junge Musliminnen – suchen auf dem Weg einer kritischen Lektüre und Neuauslegung der religiösen Tradition nach Emanzipation und Selbstbestimmung.

Trotz aller Unterschiede gibt es auch etwas Gemeinsames. Die Rückkehr der Religion hat nicht zuletzt mit einer weltweit wahrnehmbaren und dramatischen Polarisierung der Lebensbedingungen und Lebenschancen zu tun, die immer näher ans eigene Heim zu rücken scheint. Soziale Ungleichheit,

die vorher ziemlich »ordentlich« auf unterschiedliche Weltgegenden verteilt war, ist mittlerweile in allen modernen Gesellschaften in bisher nicht gekanntem Ausmaß angekommen – und verschärft sich weiter. Dieses soziale Beben verbreitet ein Grundgefühl von Unsicherheit und Perspektivlosigkeit, das Menschen nach Anker und Netzen suchen lässt. Weil Menschen ihr Leben als sozial »entbettet« erfahren, wächst das Bedürfnis nach religiöser »Einbettung«.

»Ganz unten« gewinnen sekundäre Integrationspotentiale der Religionen an Bedeutung: informelle Netze, informelle Ökonomien. Religiöse Zugehörigkeiten entfalten große Bindekräfte und lassen Ausgeschlossenen und Abgeschriebenen die Anerkennung zukommen, die ihnen in der Gesellschaft versagt bleibt. Die Kehrseite: Solche religiös eingebetteten Solidaritätsformen haben die Tendenz, sich nach außen abzuschließen. Auch in der Mitte der Gesellschaft wird wieder öfter religiös gesprochen, nicht selten – und besonders gerne mit Verweis auf das »jüdisch-christliche Abendland« – um sich von denen ganz unten deutlich zu unterscheiden.

Die »Rückkehr« der Religion hat also ganz unterschiedliche Dimensionen und erfüllt unterschiedliche Funktionen. Diese Komplexität geht in den heutigen Debatten über Religion regelmäßig verloren. Da geht es eher um Religionsaufkleber, die auf alle möglichen sozialen Lebens- und Konfliktlagen gepappt werden. Auch das ist eine Di-

mension der Rückkehr der Religion: Früher war »der Italiener« das Problem (jajwohl, vor gar nicht so langer Zeit galt vor allem dieser »Südländer« als nicht integrierbar!). Heute ist es »der Muslim«. Mittlerweile wird das nicht mal mehr erläutert. Ein Muslim ist ein Muslim ist ein Muslim. Das erklärt zwar nichts, aber es evoziert: homogene Identität, abgeschottete Gruppe, undurchdringliche Truppe, vormoderner Kulturkreis. Die »Religionisierung« sozialer Unterschiede hat die »Ethnisierung« und »Kulturalisierung« weitgehend abgelöst. Und das verfängt nicht zuletzt deshalb so gut, weil Religion ein zutiefst ambivalentes Phänomen darstellt. Indem sie Sinn stiftet und in einer utopiearmen Zeit die Vision von Gerechtigkeit und Versöhnung wach hält, kann sie Einzelne und Gruppen orientieren, Unterschiede integrieren, zu solidarischem Handeln anleiten und das eigene Leben und die eigene Identität in einen größeren Zusammenhang stellen. Religion kann aber auch das genaue Gegenteil: Sie kann verdammen, desintegrieren, Unterschiede als unversöhnbar festschreiben, exkommunizieren und Menschen mit Identitätspanzern ausstatten. Der Elefant hat einen Januskopf.

ZUKUNFTSFÄHIGE RELIGIÖSE BILDUNG BRAUCHT INTERRELIGIÖSE LERNGRUPPEN

»Die Welt ist angefüllt mit Religion«, ruft Peter L. Berger den Soziologenkollegen und -kolleginnen in der Frankfurter Paulskirche zu und fordert sie auf, sich dieses Themas intensiver anzunehmen. Das gilt mindestens ebenso dringend für die Bildungsarbeit. Und zwar aus beiden Gründen: Weil das Phänomen Religion mittlerweile die Ausmaße eines Elefanten hat, kann und darf es nicht privat bleiben. Religion ist eine öffentliche Angelegenheit. Weil der Elefant Religion einen Januskopf hat, bedürfen alle der religiösen Aufklärung. Religion muss ein Gegenstand der Bildung werden, weil Religion selber Bildung braucht.

Schon dreijährige Kinder sind heute durch ihren alltäglichen Umgang mit kultureller und religiöser Vielfalt in einer viel stärkeren Weise mit Religion befasst als frühere Generationen. Sie müssen Orientierung und eigene Positionen in einer kulturell und religiös

pluralen Welt finden. Deshalb gehört religiöse Bildung zu den zentralen Bildungsaufgaben bereits im Elementarbereich. Und in der Schule sowieso. Das ist eine Herausforderung für alle Bildungseinrichtungen. Für die der Kirchen allerdings in besonderer Weise.

Kirchliche Bildungsarbeit muss zur Selbstreflexion befähigen. Ihr muss an der »Selbstaufklärung« der Religion gelegen sein, weil Exklusivitätsansprüche und daraus begründete Intoleranz und Gewalt zur Geschichte und Gegenwart gerade der monotheistischen Religionen gehören. Sie wird Traditionen wiederentdecken und -beleben, die Absolutheitsansprüche in Frage stellen und Selbstbegrenzung attraktiv machen. In allen monotheistischen Religionen gibt es solche Demutstraditionen, die »Identitätsgewinn durch Überwältigungsverzicht«² versprechen. Kirchlicher Bildungsarbeit in der Einwanderungsgesellschaft geht es nicht zuletzt um Selbstdeutung im Horizont des Anderen. Was gebildet werden muss, sind offene und reflexive religiöse Identitäten, die Perspektiven wechseln können und sich beim Glauben über die Schulter schauen (lassen). So etwas lernt sich am besten in kulturell und religiös gemischten Gruppen.

Angesichts der ohnehin schon verbreiteten Sprachlosigkeit zwischen Menschen unterschiedlicher religiöser Zugehörigkeit und zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus wäre es fatal, wenn religiöse Bildung einfach

die »religiöse Normalverteilung« in der Gesellschaft abbilden würde. Eine Einteilung der Lernenden und der Lehrenden entlang der Konfessions- und Religionsgrenzen – und dann womöglich auch noch sozial entmischt – ist einer zukunfts- und dialogfähigen religiösen Bildung wenig zuträglich. Stattdessen brauchen wir heterogene Gruppen, in denen transversal gelernt werden kann. Religiöse Bildung und interreligiöse Bildung sind zwei Momente eines Lernprozesses. Sie gelingen am besten in Begegnung, Beziehung und Zusammenarbeit.

Dass das geht, und wie gut das geht, zeigt ein Beispiel aus der Schule: In einem Projekt des Theodor-Heuss-Berufsschulzentrums im hessischen Offenbach werden Schüler verschiedener Glaubensrichtungen im Religionsunterricht zusammen unterrichtet. Eine evangelische und eine islamische Theologin sowie ein katholischer Theologe treten in der 11. Klasse gemeinsam vor eine interreligiöse Lerngruppe. Darunter Fromme und Zweifelnde, Überzeugte und Fragende unterschiedlicher Konfessionen und Religionen. Üblicherweise erfahren die Schüler, dass Religionszugehörigkeit etwas ist, was trennt. Hier lernen sie – nicht zuletzt durch das Vorbild der heterogenen Lehrerschaft – konstruktiv mit Unterschieden umzugehen. Sie erleben, dass es Unterschiede nicht nur zwischen Konfessionen und Religionen gibt, sondern auch in ihrem Inneren. Sie lernen Beschreibungen und Zuschreibungen zu unter-



Foto: Dieter Schütz / PIXELIO

scheiden. »Religionisierungen« liegen ihnen fern, weil sie aus der Nähe kennen, worüber andere nur reden. Da gibt es nicht mehr »den« Christen und »den« Muslim, nur noch Mustafa, Wesley, Dominik, Luam, Dragana und die Anderen. Derartige (inter-)religiöse Bildung geht davon aus, dass jeder Mensch mehrdimensional ist, vielfältige Zugehörigkeiten hat und lebt. Sie nimmt Abschied von der Vorstellung »reiner« religiöser oder kultureller Identitäten und thematisiert »vielfältige Lebensweisen« (Jutta Hartmann).

AUF DEM WEG ZU EINER »KIRCHE MIT ANDEREN«

Höchste Zeit, dass solche Ansätze (inter-)religiöser Bildung multipliziert werden, vor allem im Blick auf Kindertagesstätten, von denen die Mehrheit in kirchlicher Trägerschaft ist. Es wäre durchaus zu begrüßen, wenn zukünftig auch andere religiöse Träger – angesichts der aktuellen Zahlen vor allem muslimische – hinzukämen. Ebenso wünschenswert ist allerdings, dass dies nicht zur Entmischung der mittlerweile schon einigermaßen heterogen gewordenen Lerngruppen führt und damit zu einem der Integration nicht gerade zuträglichen »pluralen Monokulturalismus« (Amartya Sen). Alle, und vor

allen die religiösen Träger, sollten (inter-)religiöse Bildung transversal, in Begegnung, Beziehung und Zusammenarbeit organisieren. Im Blick auf die Zusammensetzung der Lerngruppen sind die kirchlichen Träger schon auf einem guten Weg. Allerdings fehlt weitgehend, was das Offenbacher Schulprojekt so attraktiv macht und überhaupt erst ermöglicht hat: eine heterogene Zusammensetzung auch des pädagogischen Personals. Mit einem monoreligiösen Team wären sie in Offenbach nicht weit gekommen. Gerade wo religiös gebildet werden soll, braucht es Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterschiedlicher religiöser Prägungen. Nicht um eine Muslima für die muslimischen Kinder zu haben, sondern um (inter-)religiöses Lernen und Arbeiten durch interkulturelles und interreligiöses Team-Teaching vorzumachen, »vorzubilden« und um es zu professionalisieren.

Eine Kirche, deren Identität und soziale Gestalten sich selber interkulturellen und interreligiösen Prozessen und Überlagerungen verdanken, sollte das Lernen in interkulturellen und interreligiösen Gruppen und mit einer interkulturellen und interreligiösen Mitarbeiterschaft selbstbewusst und selbstbestimmt zu ihrem Profil erklären.

Kirche in der Einwanderungsgesellschaft muss sich nicht nur interkulturell und interreligiös, sie sollte sich auch institutionell öffnen. Die Zukunft gehört einer Kirche und einer »Dienstgemeinschaft mit Anderen«.³

- 1 Vgl. Olivier Roy: Der islamische Weg nach Westen. Globalisierung, Entwurzelung und Radikalisierung, München 2006.
- 2 Joachim von Soosten: Fremdsprachen. Das Problem der Toleranz. Magazin für Theologie und Ästhetik 14/2001, URL: <http://www.theomag.de/14/jvs2.htm>.
- 3 Vgl. Peter Scherle: Re-Visionen der Dienstgemeinschaft. Überlegungen zur »interkulturellen Öffnung« und zum »dritten Weg« in Kirche und Diakonie, in: Diakonisches Werk in Hessen und Nassau (Hg.): Auf dem Weg zu einer »Dienstgemeinschaft mit Anderen«, Frankfurt am Main 2010, Internet: www.diakonie-hessen-nassau.de (in der Rubrik »Publikationen«).

Erschienen in: nah & fern (Nr. 46/2010), dem Kulturmagazin für Migration und Partizipation (www.nahundfern.info). Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des von Loeper Literaturverlags, Karlsruhe.

■ Andreas Lipsch ist Interkultureller Beauftragter der Evangelischen Kirche und des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau sowie stellvertretender Vorsitzender des ÖVA.

■ Kontakt:
Diakonisches Werk in Hessen und Nassau
Ederstraße 12, 60486 Frankfurt am Main
Tel.: 069 / 79 47 - 226
andreas.lipsch@dwhn.de
www.diakonie-hessen-nassau.de



Postkartenmotiv zur Interkulturellen Woche 2011

Preis: Bis 49 Expl. je 0,25 €,
ab 50 Expl. 0,20 €.
Alle Preise zuzüglich Versandkosten.

Bestelladresse:
Ökumenischer Vorbereitungsausschuss
zur Interkulturellen Woche
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 23 06 05, Fax: 069 / 23 06 50

info@interkulturellewoche.de
www.interkulturellewoche.de

ZUSAMMENHALTEN – ZUKUNFT GEWINNEN

Dr. Wolfgang Gern

Ich beglückwünsche den Ökumenischen Vorbereitungsausschuss zu dem Thema der Interkulturellen Woche 2011: »Zusammenhalten – Zukunft gewinnen«.

Warum ist das Thema aktuell und wichtig? Weil wir nur gemeinsam leben können. Weil wir wollen, dass keine und keiner verlorenght. Weil wir wollen, dass keine und keiner für verloren erklärt wird. Weil das interkulturelle Zusammenleben entscheidend zu tun hat mit der sozialen und rechtlichen Situation in unserem Land. Wie geht es den Migrantinnen und Migranten in Deutschland, wie geht es ihnen rechtlich und sozial mit ihren Familien, mit ihrem Einkommen und ihrem Arbeitsplatz, nicht nur kulturell und religiös? Wir dürfen die sozialen und rechtlichen Ungleichheiten nicht ausblenden. Und schon gar nicht lassen wir uns abschieben auf eine pseudodemokratische Spielwiese, auf der wir nur die interkulturellen und religiösen Unterschiede betrachten – so wichtig sie auch sind.

1. These: Das Armutsrisiko von Migrantinnen und Migranten wächst europaweit überdurchschnittlich schnell. Vor allem in Familien mit Kindern. Es gibt eine Refeudalisierung Europas am oberen Ende, das heißt: der private Reichtum wächst enorm. Und zugleich nimmt die Ungleichheit kontinuierlich zu. Auch die öffentliche Armut wächst rapide und schwächt die soziale Infrastruktur und das Bildungswesen. In Europa verdienen die oberen 20 Prozent durchschnittlich fünfmal so viel wie die unteren 20 Prozent. Unter den knapp 500 Mio. Einwohnern gibt es etwa 80 Mio. Einkommensarme (also etwa 17 Prozent leben in Armut). Besonders im Rahmen der Ost-West-Migration werden Sozialstandards außer Kraft gesetzt. Die Lohnniveaus und die Arbeitsstandards werden abgesenkt. Der Kündigungsschutz wird gelockert. Der Niedriglohnsektor wird ausgeweitet.

Pflegekräfte aus Osteuropa arbeiten zu Löhnen, die weit unter dem deutschen Lohnniveau liegen. Das sozialgesicherte Arbeitsverhältnis und das verfügbare Einkommen sind immer noch der beste Schutz gegen Armut. Daran zeigt sich: Die soziale Schlechterstellung von Migrantinnen und Migranten passt nicht zum viel beschworenen Gemeinsamen Haus Europa. Wer will, dass Integration so bleibt, wie sie ist, nämlich ohne nachhaltige Armutsbekämpfung, der will nicht wirklich Integration, der betreibt in Wahrheit Exklusion. Wir brauchen im Blick auf Erwerbsarbeit und soziale Sicherung eine neue Inklusionsdebatte.

2. These: Es gibt über das Armutsrisiko hinaus viele Beispiele, die systematische Benachteiligung und Ausgrenzung bedeuten. Der Familiennachzug wird erschwert. Das fehlende kommunale Wahlrecht bedeutet, dass demokratische Teilhabe verweigert wird. Gerade für diejenigen, die lange bei uns leben und auch für unseren wirtschaftlichen Wohlstand arbeiten. Deren Kinder bei uns zur Schule gehen und auf unseren Spielplätzen zuhause sind.

Auch das Asylbewerberleistungsgesetz ist ein Beispiel für Ausgrenzung: Es verletzt den engen und untrennbaren Zusammenhang von Menschenwürde und sozialem Ausgleich. Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen und bedarfsgerechten Existenzminimums gilt auch für Asylsuchende! Das Menschenrecht auf Anerkennung der angeborenen Würde und auf Unversehrtheit, auf Leben in Freiheit und in gerechter Teilhabe gilt auch für Flüchtlinge, die bei uns leben. Wo dieses Menschenrecht verweigert wird, sprechen wir von »struktureller Gewalt«.

Dass Menschen mit 35 Prozent unter dem allgemeinen Existenzminimum leben müssen, ist mit dem Menschen-



Dr. Wolfgang Gern

Foto: Shirin Shahidi

würdegebot des Grundgesetzes unvereinbar. Im Übrigen wissen wir doch: Ausgrenzung schafft keinen Zusammenhalt, sondern produziert Extremismus. Wer Inklusion und Integration will, muss auch soziale Teilhabe gewährleisten.

3. These: Es geht nicht nur um die Integration der Anderen in die Gesellschaft. Es geht um die Integration der Gesellschaft als Ganzes. Zur Integration gehört, dass wir vielfaltsfähig werden. Dass wir unsere Verschiedenheit als Reichtum begreifen. Dass wir das Verbindende suchen und nicht das Trennende. Dass wir die Augenhöhe im Dialog wahren – und aufhören mit unseren eigenen Weltbeherrschungsfantasien, die von oben nach unten urteilen. Dass wir bei allem nicht vergessen: Unser Leben und auch unser Land gehören uns nicht. Sie sind nicht unser Besitz. Sie sind Leihgaben auf Zeit. Was uns mit den anderen verbindet, ist die wunderbare Gewissheit, dass wir gemeinsam uns der Gnade Gottes verdanken. Dass unser Leben ein gut zu hütendes Geschenk ist, nicht nur das eigene Leben, auch das der anderen. Weil wir nur gemeinsam leben können und wollen.



© Gerhard Mester

Hinter der ambivalenten Integrationsdebatte, die wir derzeit erleben, stehen sicherlich viele Versäumnisse aneinander, auch gesamtgesellschaftlich. Aber vor allem steht hinter dieser Debatte die Angst vieler Menschen, in die Kluft zwischen Arm und Reich zu fallen. Wer Angst hat, ausgegrenzt zu werden, zeigt auf andere, die raus sollen. Wer befürchtet, seinen Platz zu verlieren, zieht schnell dem anderen den Stuhl weg. Das ist nicht appetitlich, aber nachvollziehbar. Unverantwortlich ist jedoch, aus solchen Ängsten politisches Kapital schlagen zu wollen. Das ist nicht nur unappetitlich, das ist gefährlich.

Worüber wir also sprechen müssen, ist nicht zuerst die Integration von Migrantinnen und Migranten, sondern die Integration der gesamten Gesellschaft. Das eigentlich aktuelle Thema ist also Wirtschafts- und Sozialpolitik. Und ob der Sozialstaat nur ein Anhängsel der Marktwirtschaft ist – oder, wie ich meine, eine kulturelle Errungenschaft, die uns zusammenhält.

Dass wieder nur sogenannte Lösungen auf Kosten der Schwächsten gefunden werden, dass wir deshalb alle Regeln des Sozialstaats außer Kraft setzen, und dass wir dies noch rassistisch gefährlich garnieren – diese abstoßende Mischung hat mit gesellschaftlichem Zusammenhalt im Sinne des Grundgesetzes nichts zu tun. Dies macht den demokratischen und sozialen Rechtsstaat zunichte. Und wer damit spielt, spielt mit dem Feuer, weil bekanntlich Demokratie und sozialer Ausgleich zusammengehören. Das bedeutet auch, dass das eine nicht ohne das andere zu haben ist.

4. These: Wir brauchen eine klare Haltung, wie Bundespräsident Christian Wulff sagte. Dass die Zugehörigkeit zu Deutschland nicht auf einen Pass, eine Familiengeschichte oder einen Glauben reduziert oder verengt werden kann.

Und er zitiert den großen Frankfurter: »Wer sich selbst und andere kennt, wird auch erkennen: Orient und Okzident sind nicht mehr zu trennen«. Kaum ein Satz ist aktueller als dieser. Und kaum ein anderer Gedanke verbindet Orient und Okzident mehr als der untrennbare Zusammenhalt von Demokratie und sozialem Ausgleich. Wo die Welt zusammenrückt, wo Muslime und Christen gemeinsam dafür einstehen – sehnsüchtig und friedliebend, und die Soldaten als Lobby der Demokraten mittendrin, da werden Schwerter zu Pflugscharen.

5. These: Die Kirchen mit ihren sozialen Einrichtungen, mit ihren interkulturellen und ökumenischen Diensten sind den Menschen Hoffnung schuldig.

Dass sie Stimme der Stummen bleiben. Dass sie sich und andere in widergelagerte Gesellschaftspolitik einüben – also auch und gerade ein Widerlager sind, wo immer der soziale Frieden und der kulturelle Zusammenhalt bedroht sind.

Es ist gut, aber es reicht nicht: dass Mitarbeitende interkulturelle Kompetenz haben – von der Kindertagesstätte bis zur Pflegestation. Es ist noch besser, wenn auch kirchliche Dienste sich interkulturell öffnen und interkulturelle, auch interreligiöse Teams bilden. Das kirchliche Profil darf nicht zum Gegensatz werden zum dialogischen Zusammenleben und zum dialogischen Zusammenarbeiten mit anderen. Es ge-

hört zu unseren offenen und öffentlichen Volkskirchen, dass sie sich öffnen und auch vielfaltsfähig werden in ihren Diensten und Einrichtungen. Was das im Einzelnen bedeutet, da sind wir noch ganz am Anfang. Kirchliche Identität schwindet nicht, sondern wächst im wechselseitig sich korrigierenden, im interkulturellen Dialog und im interreligiösen Miteinanderarbeiten.

Und was am meisten Not tut: dass wir zusammenhalten, dass wir alle Exklusivitätsansprüche und Weltbeherrschungsfantasien und Allmachtssehnsüchte bei Seite legen. Zur Identität Jesu gehört, Vertrautes loszulassen, auf Macht zu verzichten und sich auf Fremdes einzulassen. Und zu unserem Glauben gehört das Vertrauen, dass Gottes Geist sich Raum schafft auch im Leben der anderen, im Herzen der anderen.

Da wir uns in einer Stadt der Bankentürme befinden, wage ich die biblische Analogie zum Turmbau zu Babel: Manchmal nehmen uns die Türme, die an den Wolken kratzen, die Sicht, um zu sehen, wo Gott heruntersteigt. Wer den anderen verstehen will, muss sich auf seiner Augenhöhe befinden – und schauen, dass Gott Mensch wird im Dialog auf Augenhöhe. Das schafft Zusammenhalt, das hat Zukunft.

Ich schließe mit einer Überzeugung meines Lehrers Hans-Werner Gensichen, Religionsgeschichtler im Dienste interkultureller Theologie: »Im Dialog selbst wird Gottes Geist unser verzerrtes und begrenztes Wissen voneinander korrigieren. Im Dialog selbst wird Gottes Geist uns Fremde zueinander führen – um seines Schaloms willen«.

■ Dr. Wolfgang Gern ist Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau. Der Beitrag dokumentiert eine Rede, die Dr. Gern am 4. Februar 2011 in Frankfurt/M. im Rahmen der Vorbereitungstagung zur Interkulturellen Woche 2011 im Haus am Dom gehalten hat.

■ Kontakt:
Diakonisches Werk in Hessen und Nassau
Ederstraße 12
60486 Frankfurt am Main
Tel.: 069 / 79 47 - 200
wolfgang.gern@dwhn.de
www.diakonie-hessen-nassau.de

»DIE THESEN ENTLARVEN EIN FRAGWÜRDIGES MENSCHENBILD«

»MIGRATIONS BISCHOF« TRELLE ZU SARRAZINS AUSSAGEN ÜBER MUSLIME

Sabine Kleyboldt (KNA)

Das Buch des früheren Berliner SPD-Finanzsenators Bundesbank-Vorstandsmitglieds Thilo Sarrazin »Deutschland schafft sich ab« sorgte für Diskussionen. Der Hildesheimer katholische Bischof Norbert Trelle, Vorsitzender der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, äußerte sich im Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) in Hildesheim zu den umstrittenen Thesen über Muslime, Juden und die Kosten der Einwanderung.

KNA: Bischof Trelle, Sarrazin vertritt die These, Migranten seien nicht ausreichend dazu bereit, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Wie stehen Sie zu dieser Aussage?

Trelle: Wir haben es mit einer differenzierten Lage zu tun. Viele Migranten sind an einer besseren Integration in unsere Gesellschaft interessiert und zeigen auch entsprechendes Engagement. Für andere gilt das nicht. Besonders gravierend sind Probleme, wenn zum Migrationshintergrund eine starke Bildungsferne hinzukommt. Aber bildungsferne Deutsche sind oft auch nicht gut integriert. Pauschalaussagen über die Integrationsbereitschaft der Migranten sind nicht seriös. Sie verfehlen die Wirklichkeit.

KNA: Ebenso meint Sarrazin, durch Migranten werde Deutschland dümmere und ungebildeter.

Trelle: Wenn wir es als Gesellschaft nicht schaffen, die Potenziale der Migranten zu heben, werden wir in der Tat insgesamt dümmere. Hier gibt es einen Nachholbedarf in der Bildungspolitik, worüber ja seit einiger Zeit auch intensiv diskutiert wird. Dass sich die Mentalitäten in bestimmten, sogenannten bildungsfernen Schichten ändern müssen, steht auch außer Frage. Aber es gibt gerade durch Zuwanderung einen enormen Zuwachs an Bildung und damit eine Bereicherung, wie man in vielen Betrie-

ben, Universitäten, Krankenhäusern und Pflegeheimen sehen kann. Sollte Herr Sarrazin jedoch der Meinung sein, die zu uns gekommenen Zuwanderer seien prinzipiell weniger intelligent und vererbten biologisch-genetisch eine mindere Intelligenz, so hält eine solche These wissenschaftlicher Betrachtung kaum stand und entlarvt ein Menschenbild, das schon sehr fragwürdig ist.

KNA: Außerdem entstünden Deutschland durch Migration mehr Kosten als Nutzen ...

Trelle: Wir wissen nicht mit Bestimmtheit, ob die Gastarbeitermigration seit den 1950er Jahren wirtschaftlich für unser Land vorteilhaft war oder nicht. Man darf durchaus bezweifeln, dass es klug war, praktisch ausschließlich Gastarbeiter mit einer niedrigen formalen Bildung nach Deutschland zu rufen. Den betroffenen Menschen kann man dies sicher nicht zur Last legen. Selbstverständlich hat die Gesellschaft das Recht, bei der Entscheidung über die Arbeitsmigration eine wirtschaftliche Kosten-Nutzen-Rechnung anzustellen. Wenn es um Zuwanderung im Rahmen des Asylrechts und des Flüchtlings-schutzes geht, ist ein solches ökonomisches Kalkül aber unzulässig. Wir müssen die Menschenrechte von Personen, die in ihrer Heimat an Leib und Leben bedroht sind, auch dann respektieren, wenn dies unserer Gesellschaft nicht zum Vorteil und vielleicht sogar wirtschaftlich zum Nachteil gereicht.

KNA: Sarrazin hat vor allem Muslime im Blick ...

Trelle: Die Engführung auf eine Religion ist problematisch, erst recht eine Verallgemeinerung auf alle Muslime. Gerade in Deutschland sind die Muslime eine höchst heterogene Gruppe. Bestimmte konservative und fundamentalistische Auslegungen des Islam stellen ein Hindernis für die Integration dar. Das ist unbestritten und ein sehr ernstes



Bischof Norbert Trelle

Problem. Wir wissen aus sehr sorgfältigen Studien aber auch, dass die Religionszugehörigkeit sich nur bei einem verhältnismäßig kleinen Teil der in Deutschland lebenden Muslime als Integrationshindernis erweist. Sie kommen aus unterschiedlichen Ländern, auch ihre Religion ist alles andere als monolithisch. Aufs Ganze gesehen dürfte die soziale Herkunft und Zugehörigkeit für die Integrationsfähigkeit viel entscheidender sein.

KNA: Am Wochenende sprach Sarrazin davon, dass Juden ein bestimmtes Gen haben. Wie bewerten Sie eine solche Äußerung?

Trelle: Wie kommt Herr Sarrazin zu einer solchen Feststellung? Ist er mit humangenetischen Erkenntnissen vertraut, die es ihm erlauben, auch Angehörigen anderer Religionen – Muslimen, Christen und Buddhisten etwa – bestimmte, nur sie betreffende Gene zuzuweisen, obwohl sie alle bekanntermaßen verschiedenen Völkern und Kulturen angehören? Solche Formulierungen sind geeignet, latent vorhandenen Rassismus mit allen darin enthaltenen Vorurteilen zu bedienen. Sie konterkarieren – ob gewollt oder ungewollt – Bemühungen um Integration und sind

– zumal in Deutschland – gegenüber unseren jüdischen Mitbürgern völlig unangebracht.

KNA: Was bedeutet es, wenn eine so bekannte Persönlichkeit solche Thesen vertritt?

Trelle: Natürlich steht es Herrn Sarrazin frei, seine Meinung zu äußern. Die Frage ist allerdings, ob das große, schwierige und komplexe Thema der Integration mit extrem zugespitzten Thesen angemessen diskutiert werden kann. Sarrazin bedient mit seinen groben Positionen und Bildern Vorurteile, die bei einem Teil der Bevölkerung latent vorhanden sind, und macht diese salonfähiger. Damit steht er für eine Radikalisierung der Debatte, von der ich nichts Gutes erwarte. Wenn Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sich so vereinfachend äußern, geben sie damit immer eine Erlaubnis, dass auch andere Menschen sich nicht um Differenzierungen bemühen müssen. Mehr Sachlichkeit und eine gewisse Behutsamkeit gegenüber den Betroffenen, die eine so angeschärfte Sprache als Angriff gegen

sich selbst empfinden müssen, sind vonnöten.

KNA: Sind das reine Stammtischparolen oder trifft er damit eine Mehrheitsmeinung?

Trelle: Eigentlich war die gesellschaftliche Debatte in den letzten Jahren doch schon weiter. Ich nehme weder die Politik noch die gesellschaftliche Debatte als naiv und blauäugig wahr. Viele Probleme und Sorgen werden offen angesprochen und diskutiert – übrigens auch und nicht zuletzt von den Kirchen. Sarrazin inszeniert sich als Provokateur und Tabubrecher, als ob die Dinge in der Diskussion des letzten Jahrzehnts nicht beim Namen genannt worden seien. Dass er mit seinen Thesen der Mehrheit aus der Seele spricht, glaube ich nicht. Die gesellschaftliche Bereitschaft zur Integration von Migranten hat erheblich zugenommen. Das ist ein Hoffnungszeichen. Sarrazins Buch dagegen birgt die Gefahr, dass sich bei denen, die anfällig sind, Vorurteile verstärken.

KNA: Was können die Kirchen zur Eingliederung von Migranten, besonders von Muslimen, beitragen?

Trelle: Die Kirche trägt in vielfacher Hinsicht dazu bei, Integrationsprozesse zu fördern: etwa durch die Migrationsdienste der Caritasverbände, durch zahlreiche Projekte der Kinder- und Jugendhilfe oder im Bildungsbereich. Ich erinnere an die hervorragende Arbeit unserer Kindertagesstätten im Blick auf Integration. Viele Muslime bringen ihre Kinder aus Überzeugung gerade in unsere Einrichtungen. Durch einen offenen und kritischen interreligiösen Dialog auf allen Ebenen – von der Bischofskonferenz bis hin zu Begegnungsprojekten in den Kirchengemeinden – tragen wir dazu bei, dass auch muslimische Gemeinschaften ihren Platz in der Gesellschaft leichter finden.

■ © 2011 KNA Katholische Nachrichten-Agentur GmbH – Alle Rechte vorbehalten.



Postkarten- und Plakatmotiv zur Interkulturellen Woche 2011

Postkarte: Bis 49 Expl. je 0,25 €, ab 50 Expl. 0,20 €.

Alle Preise zuzüglich Versandkosten.

Dieses Motiv ist auch als **Plakat im Format DIN A3 und DIN A2** erhältlich. Auf dem Plakat ist der Schriftzug »Zusammenhalten – Zukunft gewinnen« soweit nach oben verschoben, dass im unteren Drittel Platz zum Eindruck Ihrer Veranstaltungen vorhanden ist. Die Preise für das Plakat entnehmen Sie bitte dem Bestellformular auf S. 65.

Bestelladresse:
Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 23 06 05, Fax: 069 / 23 06 50

info@interkulturellewoche.de
www.interkulturellewoche.de

SARRAZIN – WIE MUSLIME DIE DEBATTE ERLEBTEN

Nurhan Soykan

Sarrazin, ein unscheinbarer Mensch, der zunächst mit hässlichen Worten auffiel, Muslime würden nur Kopftuchmädchen produzieren und seien nur im Lebensmittelbereich produktiv.

Ich als Kopftuchmädchen, deren Eltern jahrelang ein türkisches Lebensmittelgeschäft führten, fühlte mich sofort persönlich angesprochen. Ich war irritiert, warum sagte ein hochrangiger Banker so etwas und warum »nur« Kopftuchmädchen? Seine Missachtung und Geringschätzung von Muslimen war mir nicht neu, ich bin Beschimpfungen gewöhnt. Neu war, dass die aggressive und provokative Art, die keinerlei Rechtfertigung suchte, von einem Senatsmitglied und Vorstandsmitglied der Bundesbank kam.

Damit brach eine Hemmschwelle in der Bevölkerung. Unter dem Motto »Man wird ja noch sagen dürfen ...« war ein Ventil geschaffen für all den verborgenen Hass und die Ressentiments gegen Muslime, die bis dahin von rechten Parteien und Gruppierungen bedient wurden.

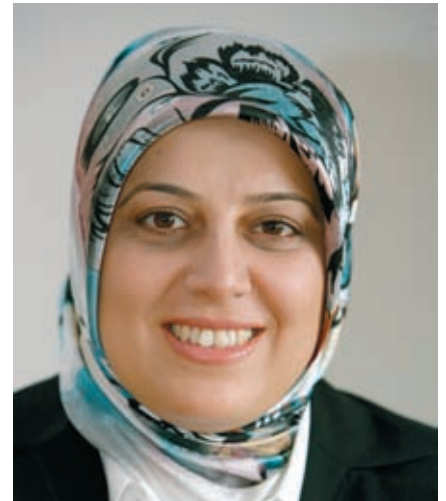
Sarrazin ist in der SPD. Wenn er so etwas sagen durfte, durfte es jeder, ohne als Rechter zu gelten. Der Rassismudamm brach und eine diskriminierende Debattenkultur schwappte in die bürgerliche Mitte. Damit war es ihm gelungen, von der Wirtschaftskrise, die seinesgleichen uns eingebrockt hatten, abzulenken und die Verzweiflung und Wut der Menschen umzuleiten auf die schwächste Gesellschaftsschicht. Die Medien stürzten sich auf dieses emotionale Thema und verbreiteten das sarrazinsche Gedankengut. Kaum eine Talkshow kam ohne ihn aus. Die Zeitungen füllten sich mit Beiträgen, die die Integration erneut in Augenschein nahmen. Diesmal mit erhobenem Finger, »Mehr Fordern statt nur Fördern«, ein neues Wort war geschaffen. »Integrationsverweigerer«, das Unwort des Jahres. Darunter wurde jeder subsummiert, der nicht einer Arbeit nachging und nicht genügend assimiliert war. Nachdem die Stimmung richtig aufgeheizt und damit

das Fundament gelegt war, kam Sarrazin mit seinem eigentlichen Coup, seinem Buch. Das ging weg wie warme Semmeln, mit einer Auflage von 1,2 Millionen Exemplaren ein Bestseller.

Die erste Reaktion von Muslimen war Verunsicherung. Sollte das alles wahr sein, mussten wir uns schämen, waren wir wirklich nur Schmarotzer, die genetisch bedingt nicht aufsteigen konnten? Ich sah in mein Umfeld und sah Familien, die von Hartz IV leben. Meist waren es alleinstehende Frauen mit kleinen Kindern, Rentner, die ihr Leben lang selbständig waren und gerade einmal die Miete zahlen und das Finanzamt bezahlen konnten. Geld für freiwillige Zahlungen in die Rentenkasse blieb da nicht. War wirklich deren Verweigerungshaltung schuld an der Misere oder die sich öffnende Schere zwischen arm und reich? Ist es nicht eher so, dass viele Familien auf zusätzliche Hilfe angewiesen sind, weil es kaum noch Jobs gibt, mit denen ein Alleinverdiener seine Familie durchbringen kann? Die Arbeitslosenzahlen sinken, die der Leiharbeiter und Geringverdiener steigen – nichts als moderne Sklaverei und Augenwischerei. Sicherlich gibt es auch die faulen Clans, die den Staat abzocken und illegale Geschäfte machen. Doch wie groß ist ihr Anteil an der Zahl der Muslime. Darf man diese überhaupt als solche bezeichnen, darf man diese Pauschalisierung zulassen?

Jede Schlagzeile ein Schlag ins Gesicht, dann die Zustimmung der Bevölkerung zu den sarrazinschen Thesen von über 60 %, Rechtfertigungsnot und herablassende Blicke, bohrende Fragen der Kinder ...

Jeder Migrant wurde indessen genötigt, sich mit diesen menschenverachtenden Thesen und Verallgemeinerungen auseinanderzusetzen. Es gab auch viele Stimmen, die die Thesen kritisierten und widerlegten, wie z.B. die Studie Heymat der Berliner Humboldt Universität. Das half zwar, kam aber sehr spät und änderte an dem Zuspruch für Sarrazin wenig. Gewichtige Stimmen aus Politik, Medien und Kirchen, die



Nurhan Soykan

Foto: vario images / ZMD

sich gegen die Diskriminierung stellten, blieben aus.

Viele Migranten hatten nicht die Kraft, diese Ablehnung zu ertragen. Sie sahen ihre Bemühungen um Integration als gescheitert an, ihr gesellschaftliches Engagement verloren. »Wir werden nie dazugehören. Das ist ein Christenclub.« hörte man immer öfter. Andere übernahmen die Thesen und schimpften mit, da sie sich als besser Verdienende und gut Integrierte nicht angesprochen fühlen wollten. Doch die meisten sahen sich in der Pauschalisierung »die Türken, die Araber oder die Muslime« mit erfasst, unabhängig davon, ob sie eingebürgert und wirtschaftlich erfolgreich waren.

Kaum eine Familie, in der die Auswanderung nicht thematisiert wurde. Je mehr Familien erfolgreich auswanderten, desto mehr fühlten sich weitere angespornt, es auch zu tun. Zurück blieben die Schwachen, die man eigentlich weg haben wollte. Die Zahl der Auswanderer in die Türkei überstieg 2010 die Zahl der Einwanderer aus der Türkei nach Deutschland, so dass es faktisch keine Einwanderung aus der Türkei gibt. Vielmehr eine Auswanderung der Akademiker, für die die Türkei gute Berufschancen bietet. Was hat diese »Integrationsdebatte« also gebracht, außer dass Sarrazin reicher wurde?



© Gerhard Mester

In erster Linie war sie ein Verrat an europäischen Werten, ein Rütteln an unserem Grundgesetz. All unsere Grundwerte wie das Sozialstaatsprinzip, die Unantastbarkeit der Menschenwürde, die Gleichheit der Menschen, Chancengleichheit und Religionsfreiheit gelten auch für »Kopftuchmädchen« und auch für Hartz IV-Empfänger. Eine Aufteilung in nützliche und nicht nützliche Menschen, genetisch wertvolle und wertlose Menschen widerspricht unserem Menschenbild. Die Art und Weise, wie debattiert wurde, verletzte eben diese Werte und sie hat zur Spaltung der Gesellschaft geführt, was viele gelungene Integrationserfolge auslöschte. Wieder einmal ist es einem Demagogen gelungen, die Mehrheit gegen eine Minderheit aufzuhetzen und ihnen dabei Schuldgefühle auszureden.

Aber eine Weisheit besagt, dass in allem Schlechten auch etwas Gutes liegt. Als gläubige Muslima durfte ich nicht in Pessimismus verfallen, also strengte ich mich an, das Gute an der Sache zu suchen.

Wenn man überlegt, welche Missstände Sarrazin nun angesprochen hat, kann man wie folgt zusammenfassen: schlechte Schulbildung, hohe Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit der Jugendlichen, hohe Kriminalitätsrate, geringe Partizipation aufgrund geringer Sprachkompetenzen.

Nun das ist nichts Neues, das ist insbesondere ein soziales Schichtenproblem. Viele Migranten gehören zu dieser sozialen Schicht, zusammen mit vielen Deutschen, die dieselben Probleme haben. Warum sind sie das und wie kann man das ändern? Ab und an wurden diese Fragen auch sachlich diskutiert. Allein darin liegt schon das Gute. Der Fokus liegt heute mehr denn je auf der Bildung. Die Gesellschaft hat verstanden, dass keine Talente vergeudet werden dürfen und dass auch Migranten als Potenzial gesehen werden müssen, das es auszubauen gilt.

Der Fachkräftemangel und die demographische Entwicklung sind Gründe, um insbesondere sozial schwachen Kindern Chancengleichheit in der Schule zu bieten, indem man ihnen Förderung zukommen lässt, die sie von zu Hause aus nicht bekommen können.

Bildung ist der Schlüssel zur Integration. Zu dieser nicht so neuen Erkenntnis sind wir nun gekommen, daran werden wir anknüpfen und eine gemeinsame Gesellschaft anstreben, auch wenn uns Sarrazin um Jahre zurückgeworfen hat.

■ Nurhan Soykan ist Generalsekretärin des Zentralrats der Muslime in Deutschland und Mitglied im ÖVA.

■ Kontakt:
Zentralrat der Muslime in Deutschland
Steinfelder Gasse 32, 50670 Köln
Tel.: 0221 / 1 39 44 50
nurhan.soykan@zentralrat.de
www.zentralrat.de

»DAS WIRD MAN DOCH NOCH MAL NICHT SAGEN MÜSSEN«

ÜBER (FEHLENDE) MANIEREN IN DER EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT

Oberkirchenrat Thorsten Leißer

Das Buch mit dem roten Einband und den großen Buchstaben hat im vergangenen Jahr eine hitzige Debatte über den Stand der Integration von Muslimen in Deutschland ausgelöst. Ob sich Deutschland dabei tatsächlich selbst abschafft, wie es die Thesen des ehemaligen Bundesbankers Thilo Sarrazin vorhersagen, sei an dieser Stelle einmal ebenso dahingestellt wie seine genetische Argumentation in Bezug auf kulturelle und religiöse Prägungen.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist hingegen die veränderte Tonlage in der Öffentlichkeit im Blick auf Fragen der Einwanderungsgesellschaft, ihren Chancen und Möglichkeiten, aber auch ihre Probleme und Schwierigkeiten. Vielerorts entstand in der Berichterstattung der Eindruck, dass Herr Sarrazins Verdienst mit seinem umstrittenen Buch vor allem darin bestand, eines der letzten Tabus gebrochen und damit die öffentliche Debatte über die Integration von Zuwanderern endlich von politisch korrekten Denk- bzw. Sprechverböten befreit zu haben. Unter dem Hinweis »Das wird man doch noch mal sagen dürfen!« hat sich in der Folge der Ton spürbar verschärft (nicht nur) gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund. Unbedacht wurde vielerorts von Integrationsverweigerern gesprochen – einem Begriff, der letztlich unbestimmt bleibt und sich nicht durch Zahlen in irgendeiner Form bestätigen lässt. Mancher Politiker hingegen hat die Re-

densart von solchen angeblichen »Integrationsverweigerern« schnell aufgenommen und ihnen gleich angedroht, sie wieder »nach Hause zu schicken«, wenn sie sich nicht endlich integrieren. Andere stellten im Zuge der Diskussion interessanterweise fest, dass Deutschland überhaupt kein Einwanderungsland sei. Sogar Mitglieder der Bundesregierung fühlten sich bemüßigt, der Bevölkerung einmal mehr zu erklären, dass Multikulti »tot« ist. Und schließlich bot für viele selbsternannte Experten der Islam eine willkommene Erklärung für die Frage, warum manchen Zugewanderten die gesellschaftliche Integration schwerer fällt. Endlich durfte man – Herrn Sarrazin sei Dank – das alles mal sagen und Dampf ablassen über die Missstände im Land. Doch mit der scheinbaren »befreiten« Debatte wurde auch das gesellschaftliche Klima immer rauer: Einwandererinnen und Einwanderer wurden in der Folge enorm unter Druck gesetzt, sich zu rechtfertigen – für ihre Landsleute und



OKR Thorsten Leißer

Foto: Tibor Anca/EKD

eigene kulturellen oder religiösen Prägungen. Und wer in der Debatte einmal für Gelassenheit und eine differenzierte Sichtweise plädierte oder Beispiele gelungener Integration anführte, wurde als naiver Gutmensch abgestempelt, der die Realitäten einfach noch nicht erkannt hat.

Bei all der Schärfe, die seit der sarrazinischen Befreiung von der scheinbaren »Meinungsdiktatur der Alt-68er« in gesellschaftlichen Diskursen Einzug gehalten hat, bleibt jedoch vieles von dem auf der Strecke, was wir in unserem Lande bisher erreicht zu haben meinen. Wenn man bedenkt, dass die Politik erst 2005 offiziell (an)erkannt hat, dass die Bundesrepublik ein Einwanderungsland ist und dann noch drei Jahre brauchte, um ein Zuwanderungsgesetz zu verabschieden, ist der Grad an bunter Vielfalt doch enorm. Keine Rede war davon, wie friedlich das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur, Religion oder Weltanschauung in unseren Städten längst ist. Keine Rede davon, wie selbstverständlich der ständige Integrationsprozess Zugewanderte und Aufnahmegesellschaft mittlerweile geprägt und verändert hat. Stattdessen verrohete die Diskussion und ließ Anstand und Manieren vermissen.



Dabei braucht jeder gesellschaftliche Diskurs doch Manieren. Das Wort klingt vielleicht etwas angestaubt. Aber es wird doch immer klarer, dass im Ringen darum, wie unser Zusammenleben ist und wie wir es uns wünschen, ein gewisses Maß an Würde und Respekt füreinander unerlässlich ist. Das fängt schon sprachlich an: Es geht nicht bloß um »Migranten« in der Integrationsdebatte, sondern um Menschen mit einer unveräußerlichen Würde und einer einzigartigen Geschichte. Und es geht nicht darum, eine bestimmte Gruppe der Bevölkerung unter Generalverdacht zu stellen und von ihr eine Anpassung an die vielfach beschworene deutsche »Leitkultur« zu verlangen (was auch immer darunter zu verstehen sein mag). Wer solches heutzutage immer noch fordert, hat nicht verstanden, was Integration wirklich bedeutet: ein wechselseitiges Geschehen, dass alle Beteiligten verändert. Integration ist vielmehr eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und zielt darauf ab, dass Menschen und ganze Gruppen nicht abgehängt werden von der Partizipation am politischen, kulturellen und medialen Leben. Das betrifft nicht nur Zugewan-

derte und Flüchtlinge, es gilt auch für von Armut bedrohte Schichten, für Arbeitslose und Behinderte in gleichem Maße.

Vor diesem Hintergrund ist es tatsächlich auch eine Frage von Manieren, von bestimmten Umgangsformen, die ein Mindestmaß an Anstand und Würde in gesellschaftlichen Debatten bewahren. Im Zentrum aller Manieren steht eine Kultur der Achtsamkeit, ein Umgang miteinander, in dem sich Respekt vor dem Anderen oder Fremden zeigt. Zwar existiert ein unaufgebbares Recht zur Rebellion gegen Manieren, wo sie zum reinen Selbstzweck verkommen und nur noch durch bloße Formalität ihrerseits bestimmt sind – schließlich sind die Manieren für die Menschen und das Gemeinwesen da und nicht der Mensch für die Manieren. Ja, deswegen kann der Einspruch gegen bloße Rhetorik und inhaltsleere Formen nötig oder sogar geboten sein. Aber wenn eine solche Rebellion selbst in der Formlosigkeit endet oder in eine bloße Verrohung der gesellschaftlichen Umgangsformen mündet, hat sie ihr Ziel verfehlt.

Der Debatte um Herrn Sarrazins Buch hätte es gut angestanden, wenn solche Manieren nicht gänzlich ausgeblendet worden wären. Dafür tragen neben Politikern und Medien auch die Kirchen eine Mitschuld. Viel zu selten und viel zu zögerlich haben sie sich zu Wort gemeldet und Partei für einen sachlichen Diskurs ergriffen. Dabei hätten sie mit aller Erfahrung ihrer Migrationsberatungsstellen und nicht zuletzt in ihrem jahrzehntelangen Engagement für die Interkulturelle Woche dazu beitragen können, dass der Blick auf die Integration in unserem Land nicht so verzerrt und düster sein muss, wie er nun gezeichnet wird. Stattdessen aber bleibt es verhältnismäßig still in den Landeskirchen und Diözesen. Daraus wird für die Zukunft zu lernen sein. Denn der Hype um die vermeintlichen Missstände in der Einwanderungsgesellschaft ist zwar derzeit abgeebbt, aber er könnte jederzeit wieder aufkommen – besonders in Wahlkampfzeiten. Und davon haben wir in diesem Jahr noch einige vor uns.



■ OKR Thorsten Leißer ist Referent für Menschenrechte und Migration im Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland und Mitglied im ÖVA.

■ Kontakt:
Kirchenamt der EKD
Referat Menschenrechte und Migration
Herrenhäuser Str. 12, 30419 Hannover
Tel.: 0511 / 27 96 411
thorsten.leisser@ekd.de
www.ekd.de

Postkartenmotiv zur Interkulturellen Woche 2011

Preis: Bis 49 Expl. je 0,25 €, ab 50 Expl. 0,20 €.
Alle Preise zuzüglich Versandkosten.

Bestelladresse:
Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 23 06 05, Fax: 069 / 23 06 50

info@interkulturellewoche.de
www.interkulturellewoche.de

MEIN MIGRATIONSHINTERGRUND

Canan Topçu

■ Migrationshintergrund! Es vergeht kein Tag, an dem ich dieses Wort nicht höre und kaum kein Tag, an dem ich es nicht selbst benutze. Mal bin ich in der Situation, dass ich das Wort Migrationshintergrund in beruflichen Zusammenhang verwende, mal höre ich es im Privaten. Ich gehöre nämlich zu der Gruppe von Menschen, die einen Migrationshintergrund haben. Neuerdings beschäftigt mich die Frage, wann ich ihn bekommen habe. Seit wann schreite ich mit diesem Schatten durchs Leben? Ich weiß es wirklich nicht so genau.

Ich weiß aber: Es gab diesen Schatten nicht von Anfang an. Es wäre sicherlich eine Semesterarbeit wert, Zeitdokumente auf die Frage zu durchforsten, wann dieser Begriff sich in die politischen und gesellschaftlichen Debatten eingeschlichen hat.

Bis ich das geworden bin, was ich bin, durchlebte ich – rückblickend betrachtet – mehrere Stadien.

Zunächst war ich das Türkenkind. Später, es vergingen nur wenige Jahre, wurde ich zur Ausländerin, die immer wieder die Frage zu hören bekam, wann wir – also meine Familie – in die Heimat zurückkehren wollten. Aus der Frage wurde ein Appell. Doch von der Aufforderung ließ ich mich nicht leiten. Denn aus dem Türkenmädchen, das von der Hauptschule auf die Realschule wechselte und schließlich das Abitur machte, wurde eine Bildungsinländerin, die gelernt hatte, sich gegen Anfeindungen eloquent zu behaupten.

Meine Metamorphose zur Migrantin vollzog sich, ohne dass ich es bewusst wahrnahm. Heute, mit Mitte Vierzig, bin ich eine Frau mit Migrationshintergrund.

Nicht dass Missverständnisse entstehen: Ich habe keinerlei Probleme mit meinem Migrationshintergrund. Ich stehe dazu, Tochter türkischer Gastarbeiter zu sein, die sich auf den Weg nach Almanyta machten – ohne jegliche Vor-

stellung über das hiesige Leben, aber mit jeder Menge Hoffnungen. Ich leide nicht an meinem Schatten, im Gegenteil. Doch dazu später.

Es ist nur so, dass ich mit mir nicht einig bin darüber, was ich davon halten soll, wenn mich wildfremde Menschen auf meinen Migrationshintergrund ansprechen. »Ihr Name ... wo kommt der denn her?« »Das ist aber kein deutscher Name oder?« Natürlich weiß der, der so eine Frage stellt, dass es kein deutscher Name ist.

Meine bio-deutschen Freunde, denen ich davon erzähle, dass es mich nervt, Auskunft über meine Herkunft geben zu müssen, kaum dass ich fremden Menschen meinen Namen genannt habe, können es nicht verstehen. Es sei doch ein Ausdruck des Interesses! Mag sein. Es gibt aber Zeiten und Situationen, in denen ich ohne meinen Anhang unterwegs sein möchte. In denen ich einfach nur ich sein will und keine Auskunft über Türken im Allgemeinen und Muslime im Besonderen geben möchte. Auf diese Themen konzentrieren sich nämlich auf Partys oder anderen gesellschaftlichen Ereignissen, bei denen ich auftauche, früher oder später die Gespräche.

Jetzt will ich aber auch mal über die positiven Seiten meines Schattens berichten:

Der Migrationshintergrund verschafft mir nämlich auch Vorteile, seitdem sich der politische Wind gewendet hat und Migranten als Experten gefragt sind. Der Schatten trägt zu einem nicht unerheblichen Teil zu meinem Lebensunterhalt bei; er verhilft mir zu journalistischen Aufträgen, zu Vorträgen und Auftritten auf Podien.

In meinen Notizblöcken taucht der Begriff Migrationshintergrund aber nie auf. Es ist ein viel zu langes und sperriges Wort; es lässt sich von Hand schwer schreiben, kostet viel Tinte und das Ausformulieren beansprucht Zeit. Daher kürze ich ab – anstelle von Migrationshintergrund notiere ich MHG in



Canan Topçu

Foto: Sybille Renoncé

Großbuchstaben. Das kann ich leider nicht in meinen Artikeln, obwohl ich es gerne machen würde, da es ein Zeilenfüllendes Wort ist.

Wie gesagt: Ich will mich nicht beschweren über den Migrationshintergrund, an dieser Stelle lediglich anmerken: Ich selbst bekomme diesen Schatten nie zu Gesicht. Wann immer ich in den Spiegel schaue, sehe ich nur mich – ohne den Hintergrund. Ich weiß aber, dass er vorhanden ist und ich ihn nicht loswerde. Ich habe meinen Migrationshintergrund verinnerlicht, weil er für die anderen vorhanden ist.

Ich versperre mich nicht sprachlichen Veränderungen. Wer immer sich eine andere Bezeichnung für Menschen wie mich einfallen lässt, der sollte nur bitte darauf achten, dass es ein kurzes Wort wird.

Die Realität wird aber nicht schöner durch schönere Wörter. Die Menschen werden nicht weniger ausgegrenzt und nicht weniger diskriminiert. Sie werden nicht heimischer werden in diesem Land, wenn ein Wort durch ein anderes ersetzt wird. Was wir brauchen, sind nicht schönere Wörter, sondern eine andere Einstellung zu Menschen wie mich.

■ Canan Topçu ist Redakteurin der Frankfurter Rundschau und Mitglied im ÖVA.

■ Kontakt:
c.topcu@fr-online.de

DISKRIMINIERUNG IN DER EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT – PROBLEME UND HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN

Christine Lüders

Die Interkulturelle Woche ist etwas Besonderes: Jahr für Jahr setzen sich Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Migrantenorganisationen und Vertreter von Kommunen auf Initiative der Kirchen dafür ein, dass Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen einander näher kommen. Dass es nicht selbstverständlich ist, dass Menschen in einer Gesellschaft friedlich und gerecht miteinander umgehen, erleben wir alle leider täglich.



Christine Lüders

Foto: Shirin Shahidi

Komplexe Themen wie Diskriminierung lassen sich am Besten anhand von konkreten Beispielen verdeutlichen. Deswegen möchte ich Ihnen Emin Capraz vorstellen:

Emin Capraz ist 36 Jahre alt, Anwalt und arbeitet in einer Kanzlei in Köln. Er hat einen deutschen Pass, sein Studium im Rheinland absolviert und selbstverständlich spricht er einwandfrei Deutsch. Capraz sagt, dass er Deutschland liebt, es ist seine Heimat. Die Türkei dagegen ist für ihn das Land seiner Eltern. Trotzdem hat er vor kurzem beschlossen, in die Türkei zu ziehen. – Warum? Seine Antwort lautete:

»Ich will eine Familie gründen. Und wenn meine Kinder hier das Gleiche erleben wie ich, würde ich das nicht aushalten.«

»Das Gleiche«, damit meint Herr Capraz zum Beispiel Vorstellungsgespräche, in denen man ihm erklärt, dass er zwar bestens geeignet sei für den Job. Dass er aber leider mit seinem türkischen Namen eher Mandanten anziehen würde, »die nicht in das Kanzlei-profil passen«.

Überhaupt hat er viel zu oft erlebt, dass er wegen seines türkischen Namens anders behandelt wird als seine Mitmenschen mit deutschen Namen.

Seine Entscheidung, Deutschland zu verlassen, war ein schleichender Prozess, das Ergebnis einer Aneinanderreihung von kleineren und größeren Kränkun-

gen, von Beleidigungen und alltäglichen Diskriminierungserlebnissen.

Wer in den letzten Wochen und Monaten Zeitungen durchgeblättert hat, hat unzählige Geschichten von Menschen mit Migrationshintergrund gelesen, die Deutschland verlassen wollen.

Deutschland ist de facto zum Auswanderungsland geworden. Nehmen wir das Beispiel der Türken, der größten ethnischen Minderheit in Deutschland: 2009 sind knapp 30.000 Menschen aus der Türkei eingewandert. 40.000 Türken aber haben ihre Koffer gepackt und Deutschland verlassen. Wenn demnächst die Zahlen von 2010 vorgelegt werden, könnte diese Zahl noch weiter gestiegen sein.

Das Fatale daran ist: Diese Menschen sind zwar bestens integriert. Als Integrationserfolg aber kann Deutschland sie nicht verbuchen. Der Grund: Sie wollen hier nicht länger leben. Sie fühlen sich nicht willkommen in Deutschland. So, wie Emin Capraz.

Sein Beispiel macht in radikaler Weise deutlich: Diskriminierung und Integration haben unmittelbar miteinander zu tun.

Zwar erleben Menschen Diskriminierung in sämtlichen Lebensbereichen und in unterschiedlichster Art und Weise. Für das Merkmal ethnische Herkunft können wir jedoch besonders viele Fälle im Bereich Arbeit feststellen. Die Universität Konstanz hat 2010 einen Feldversuch dazu gestartet:

Die Forscher haben mehr als 1.000 fiktive Bewerbungen auf Praktikumsstellen für Wirtschaftsstudenten verschickt und dabei identische Bewerbungsunterlagen mit deutschen und türkischen Namen versehen. Das Ergebnis der Studie, die beim Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) erschienen ist, war ernüchternd: Die Angabe eines türkischen Namens hat die Chancen auf eine Einladung zum Vorstellungsgespräch um bis zu 24 Prozent reduziert. Das IZA geht davon aus, dass die entscheidenden Personalerinnen und Personaler bei Bewerbungen mit ausländischen Namen eine geringere Leistungsfähigkeit annehmen. Grund dafür ist die so genannte »statistische Diskriminierung«. Sie findet statt, wenn Personalverantwortliche glauben, dass arabisch- oder türkischstämmige Bewerberinnen und Bewerber zum Beispiel weniger geeignet sind, weil ihre Gruppe in Statistiken schlechter abschneidet.

Dieser manchmal auch unbewusste Reflex bedingt einen Teufelskreis: In den entsprechenden Statistiken nehmen einige ethnische Minderheiten tatsächlich eine schlechtere Position ein als der deutsche Durchschnitt. Und weil sie das tun, wird es vielen Menschen mit Migrationshintergrund schwer gemacht, den Anschluss an die Mehrheitsgesellschaft zu finden.

Insbesondere Musliminnen mit Kopftuch haben auf dem deutschen Arbeitsmarkt schlechte Chancen. Eine deutliche Mehrheit der deutschen Arbeitgeber will keine Frauen mit Kopftuch einstellen. Dabei nehmen die Religions-

freiheit (Art. 4 GG) und das Benachteiligungsverbot wegen religiösen Anschauungen (Art. 3 Abs. 3 GG) einen hohen Stellenwert in der deutschen Verfassung ein.

KOMMEN WIR ALSO ZUR FRAGE ALLER FRAGEN: WIE KANN MAN HANDELN?

Eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist Voraussetzung für die erfolgreiche Integration von Einwanderinnen und Einwanderern und ihren Nachkommen. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) enthält in diesem Sinn nicht nur Benachteiligungsverbote. In Paragraph fünf eröffnet es auch die Möglichkeit zu so genannten positiven Maßnahmen. Dabei geht es um Fördermaßnahmen für Personen oder Personengruppen, die Nachteile erfahren. Man muss hier allerdings zwischen »weichen« und »harten« Maßnahmen zur Förderung bestimmter Gruppen unterscheiden.

■ Fangen wir mit den »harten« an:

Hierunter versteht man insbesondere Quotenregelungen. Bekannt sind dabei vor allem sogenannte »einzelfallbezogene Quotenregelungen« zur Frauenförderung, die im Bundesgleichstellungsgesetz oder in den Gleichstellungsgesetzen der Länder im öffentlichen Dienst geregelt sind. Danach können Frauen – bei gleicher Qualifikation – bevorzugt eingestellt oder befördert werden, so-

fern das zum Ausgleich ihrer Unterrepräsentanz dient und so lange nicht bei Mitbewerbern Gründe für deren Einstellung überwiegen.

Bislang spielen Quoten als Fördermaßnahme für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund keine Rolle. Juristisch werfen sie einige Fragen im Verhältnis zu Benachteiligungsverboten auf. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs hat dazu bislang nur im Bereich der Frauenförderung Entscheidungen getroffen.

Daraus geht hervor, dass Quoten zwar unter bestimmten Voraussetzungen angewendet werden können. Dass es jedoch nicht zulässig ist, Mitgliedern einer bestimmten Gruppe einen automatischen Vorteil bei Einstellungen einzuräumen. Diese Rechtsprechung muss immer mitbedacht werden, wenn über eine Quote für Menschen mit Migrationshintergrund diskutiert wird.

Um Einwanderern und ihren Nachkommen eine bessere Teilhabe in der Arbeitswelt zu ermöglichen, erscheinen daher so genannte »weiche« positive Maßnahmen sinnvoller.

Dazu zählen zum Beispiel:

- Nachwuchsförderprogramme für junge Menschen mit Migrationshintergrund.

- Gezielte Ansprachen von Migranten für bestimmte Berufe durch Vorbilder oder Werbeaktionen.

- Und eigene Zielvorgaben für Einstellungen, wie sie beispielsweise das Land Berlin in seinem Integrationsgesetz von 2010 macht. Dabei werden keine fixen Quoten auferlegt, sondern hier heißt es: »Der Senat strebt die Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit Migrationshintergrund entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung an«.

Der Abbau von Vorurteilen und die Veränderung von Einstellungen brauchen allerdings mehr als ein Gesetz. Es handelt sich um einen langen Prozess, der immer neue Anstöße benötigt und von der Gesellschaft getragen werden muss. Ich verstehe meine Stelle daher auch als Impulsgeber. Bevor wir in die gemeinsame Diskussion einsteigen, will ich Ihnen daher unsere wichtigsten Projekte und Studien vorstellen:

- Im Bereich Forschung sehe ich eine zentrale Herausforderung in der strukturellen Diskriminierung im Bildungswesen. Die Pisa-Studie von 2010 belegt beispielsweise, dass Kinder von Einwanderern bei vergleichbarer Leistung eine fünfmal geringere Chance haben, eine Empfehlung für das Gymnasium zu erhalten als deutsche Schüler. Und es handelt sich hier nicht um ein Randthema: Fast jeder dritte Jugendliche in Deutschland hat einen Migrationshin-



© Gerhard Meiser



tergrund. Und wir wissen: Ein guter Schulabschluss stellt die Weichen ins Berufsleben. Die Antidiskriminierungsstelle (ADS) wird das Thema in den kommenden Jahren genau untersuchen und einen Bericht dazu veröffentlichen.

■ Für den Bericht wollen wir eine Bestandsaufnahme der Situation im Bildungsbereich vornehmen und Forschungslücken zum Thema Bildung und Diskriminierung schließen. Ziel ist es herauszufinden, inwiefern strukturelle Diskriminierung bei den Bildungsergebnissen von Menschen mit Migrationshintergrund eine Rolle spielen. Daraus werden wir Handlungsempfehlungen ableiten und vorstellen.

■ Ein weiteres Projekt betrifft den Arbeitsmarkt: Denn die Ungleichbehandlung im Bildungswesen setzt sich später im Arbeitsleben nahtlos fort: Laut Untersuchungen der OECD zum Beispiel müssen Nachkommen aus Einwandererfamilien bei gleicher Qualifikation drei- bis viermal so viele Bewerbungen schreiben, bis sie zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen werden. Um dagegen etwas zu tun, muss man den Alltag in Deutschland unter die Lupe nehmen. Und beim Zugang zu Arbeit fällt auf: Deutschland hat eine sehr spezielle Bewerbungskultur. Bei uns ist es selbstverständlich, schon in der ersten Runde dicke Bewerbungsmappen mit Foto und sämtlichen persönlichen Angaben einzureichen.

Das ist in vielen anderen Ländern keineswegs üblich. Und das mit gutem Grund:

Ein kurzer Blick auf den Namen, das Geschlecht oder das Alter reicht in vielen Fällen, um eine Bewerbung auszusortieren – oftmals unabhängig davon, welche Qualifikationen die Bewerberin oder der Bewerber mitbringt.

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat im November 2010 ein deutschlandweites Pilotprojekt gestartet. Hier testen verschiedenen Unternehmen, staatliche Behörden und Kommunen anonymisierte Bewerbungsverfahren. Wichtig ist dabei, dass die Entscheidung über die Einladung zum Vorstellungsgespräch ausschließlich aufgrund der Qualifikation erfolgt. Bei anonymisierten Bewerbungen wird daher zu-

- auf ein Foto der sich bewerbenden Person,
- ihren Namen,
- die Adresse,
- das Geburtsdatum
- und Angaben zu Alter,
- Familienstand
- oder Herkunft verzichtet.

Abgesehen davon können alle üblichen Informationen abgefragt werden, wie etwa Berufserfahrung, Ausbildung, Motivation, usw.

Wenn die Einladung zum Vorstellungsgespräch ausgesprochen ist, erhalten Personaler die vollständigen Unterlagen und können sich auf das Gespräch vorbereiten. Sie sitzen also nicht – wie oft angenommen wird – vor einer ihnen völlig unbekanntem Person. Das Pilotprojekt wird wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Aus den Ergebnissen wollen wir Handlungsempfehlungen ableiten, die wir 2012 präsentieren.

■ Ein weiteres Projekt betrifft die Akteurslandschaft in Deutschland: Wenn Menschen mit Migrationshintergrund beleidigt, beschimpft oder unfair behandelt werden, wissen viele nicht, wohin sie sich wenden sollen. Oftmals versuchen sie, mit den frustrierenden Erlebnissen alleine klarzukommen – ein Umstand, der sämtlichen Integrationsbemühungen entgegen wirken kann.

Umso wichtiger ist es, betroffenen Menschen Perspektiven aufzuzeigen und ohne Umschweife Hilfe anzubieten. Diese Hilfe sollte möglichst niedrigschwellig sein und in ihrem nahen Umfeld angeboten werden. Bislang ist die Unterstützung von Betroffenen in Deutschland allerdings nicht zufriedenstellend. Zwar gibt es zahlreiche Anlaufstellen, die Hilfe anbieten. Etliche von ihnen arbeiten jedoch sehr spezialisiert und sind beispielsweise nur für Frauen oder nur für Menschen mit Behinderung oder eben nur für Einwanderer da. Hinzu kommt: Oft wissen die einen nicht, was die anderen tun.

■ Die ADS setzt ihren Schwerpunkt in der aktuellen Legislaturperiode daher darauf, die Vernetzung der Akteurinnen und Akteure untereinander zu fördern und die lokale Beratungsarbeit zu unterstützen. Wir haben dazu eine Offensive gestartet, um ein Bundesnetzwerk gegen Diskriminierung zu schaffen. Ziel ist es, allen Menschen – gerade auch vor Ort – die bestmögliche Unterstützung zu bieten. Zu diesem Zweck wird die ADS regionale Netzwerke fördern.

Deutschland ist ein Einwanderungsland, in dem schätzungsweise 15,6 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund leben. Der Grundsatz der Gleichbehandlung ist daher keine Höflichkeit gegenüber einzelnen Einwanderern. Es ist eine existenzielle Voraussetzung für ein Einwanderungsland, wie Deutschland es ist.

■ Auszüge aus der Rede von Christine Lüders, Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, anlässlich der bundesweiten Vorbereitungsstimmung zur Interkulturellen Woche 2011 am 5. Februar 2011 im Haus am Dom in Frankfurt/M. Der vollständige Text steht auf unserer Homepage: www.interkulturellewoche.de

■ Kontakt:
Antidiskriminierungsstelle des Bundes
Glinkastraße 24, 10117 Berlin
Tel.: 03018 / 555 - 18 55
poststelle@ads.bund.de
www.antidiskriminierungsstelle.de

BLEIBERECHT – EINE UNENDLICHE GESCHICHTE?

Julia Hettenhausen

»Keine Lösung in Sicht« – so pessimistisch klingt ein Zwischentitel des Flyers der Aktion Bleiberecht (s. Kasten) von Diakonie und Caritas, der die bisherigen Bleiberechtsregelungen beschreibt. Aktuell wurde eine weitere Regelung in die Wege geleitet – diesmal für geduldete Jugendliche. Mancher fragt sich: Schon wieder eine Bleiberechtsregelung? Ist das Problem denn immer noch nicht gelöst? Ist es nicht: Immer noch leben über 87.000 Geduldete in Deutschland, 53.000 von ihnen länger als sechs Jahre.

2006 und 2007 verständigte sich die Politik auf Bleiberechtsregelungen für Menschen, die seit acht oder im Fall von Familien mit Kindern seit sechs Jahren geduldet waren. Im März 2011 beschließt der Bundestag eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung für gut integrierte geduldete Jugendliche und Heranwachsende. Das ist positiv, abzusehen ist aber: Auch von dieser Regelung könnten vorerst nur wenige Geduldete profitieren. In den Alterskorridor passen zunächst, nach Berücksichtigung der vorgesehenen Aufenthaltszeit, voraussichtlich zwischen 4.500 und 5.000 Jugendliche – ob sie aufgrund ihrer Integrationsleistungen den Titel erhalten, liegt auch im Ermessen der Behörde.

Wie kommt es dazu, dass kein Bleiberecht zufriedenstellend »funktioniert«, wieso »scheitern« die bisherigen Blei-

berechtsregelungen, indem sie für den Großteil der hier lebenden 87.000 Menschen nicht greifen?

1. DIE REGELUNGEN SCHEITERN, WEIL KRITERIEN ZU ENG GEFASST WERDEN

Bei den Regelungen von 2006/2007 scheiterten viele von vornherein an den Bedingungen: Vorausgesetzt wurden ein langjähriger Aufenthalt mit strenger Stichtagsgrenze, die (teilweise bzw. prognostizierte) Sicherung des Lebensunterhalts, ausreichender Wohnraum, nachgewiesene Deutschkenntnisse, die Vorlage eines Nationalpasses und anderes. Die Bestimmung, nach der keine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird, wenn ein Asylantrag als »offensichtlich unbegründet« abgelehnt worden war, wurde mit den Bleiberechtsregelungen von 2006/2007 nicht außer Kraft gesetzt und verhinderte ebenfalls ein Bleibe-



Julia Hettenhausen

Foto: privat

recht. Allein durch die lange zurück liegenden Stichtage blieb schon ein relevanter Teil der Geduldeten außen vor.

Herr B. ist ein Roma aus dem Kosovo und lebt seit 1999 in Deutschland. Herr B. spricht gut Deutsch, wohnt mit seiner Frau in einer eigenen Wohnung und hat guten Kontakt zu Nachbarn und Arbeitskollegen. Seine erwachsenen Kinder sind selbst berufstätig und haben eigene Familien gegründet. Herrn B. fehlen 17 Tage, um als »Altfall« zu gelten. Er lebt und arbeitet deshalb in Deutschland weiter ohne Bleiberecht.

2. DIE REGELUNGEN SCHEITERN, WEIL ZU VIELE AUSSCHLUSSGRÜNDE FORMULIERT WERDEN

Jede Bleiberechtsregelung sollte, als sie konzipiert wurde, die letzte sein. Zu ihr wurden Ausschlussgründe formuliert und zum Ausdruck gebracht, den Aufenthalt aller, die nicht unter die frisch formulierten Kriterien fallen, konsequent zu beenden. Ausschlussgründe können sein: fehlerhafte Angaben gegenüber deutschen Behörden, mangelnde Mitwirkung bei der eigenen Abschiebung, strafrechtliche Verurteilungen. Auch durch solche Ausschlussgründe blieben viele Geduldete von den Regelungen ausgeschlossen. Die Frage ist hier: Welche Ausschlussgründe behindern das Ziel, die Praxis der Kettenuldung zu beenden? Soll man Menschen die Aufenthaltserlaubnis versa-

AKTION BLEIBERECHT

■ Kirchen und Wohlfahrtsverbände treten seit Jahren dafür ein, die Praxis der Kettenuldungen zu beenden und langjährig geduldeten Ausländern eine gesicherte Aufenthaltsperspektive zu geben. **Machen Sie mit bei der Aktion Bleiberecht!**

Informieren Sie sich über das Thema, vernetzen Sie sich, unterstützen Sie die Flüchtlingsarbeit der Beratungsstellen, initiieren Sie Podiumsdiskussionen und Gottesdienste zum Thema, regen Sie kommunale und Kirchenbeschlüsse an. Beteiligen Sie sich mit Aktionen zum Tag des Flüchtlings und der Interkulturellen Woche.

■ Hilfreiche Ideen, Anregungen und Materialien finden Sie im Internet unter www.aktion-bleiberecht.de

■ Die bundesweite Arbeitsgemeinschaft PRO ASYL hat unter dem Titel »Hier geblieben! Anforderungen an eine neue Bleiberechtsregelung« die Bleiberechtsregelungen analysiert und konkrete Beispielfälle zusammengestellt. Weitere Informationen unter: www.proasyl.de



©Hessischer Flüchtlingsrat

WELCHE FORDERUNGEN BLEIBEN BESTEHEN?

Klar ist: Immer noch braucht es eine stichtagsfreie Bleiberechtsregelung im Aufenthaltsgesetz. Diese sollte als Anspruch ausgestaltet sein und ...

→ ... Kriterien flexibel formulieren, Ermessensspielräume verankern und nutzen

Die Politik sollte den »Geist« ihrer Bleiberechtsregelungen nicht durch nebensächliche Voraussetzungen untergraben. Das heißt: Die Regelungen sollten, offen und geeignet sein, dem Einzelfall in pragmatischer Weise Rechnung tragen zu können. Das Ziel ihrer Bleiberechtsregelungen – Abschaffung der Kettenduldungen – sollte die Politik immer wieder deutlich machen, auch ihren ausführenden Behörden.

→ ... Fehler mit Integrationsleistungen und Bedürfnissen abwägen

Fehler in der Vergangenheit wie falsche Angaben, Täuschungen oder unerhebliche Straftaten sowie alle ausländerrechtliche Straftaten sind außer Acht zu lassen. Andere Verurteilungen sollten Integrationsleistungen gegenübergestellt und so ausgeglichen werden können. Auch bei höheren Strafen sollte nach Würdigung des Einzelfalls ein Bleiberecht gewährt werden können, dies gilt besonders im Hinblick auf die Wahrung der Familieneinheit. Und wenn hier aufgewachsene Jugendliche – als Kinder unserer Gesellschaft – straffällig werden, müssen wir uns die Frage stellen, ob es richtig ist, dass ihre Verurteilung gleichsam den Ausschluss aus dieser (ihrer!) Gesellschaft mit sich bringt und ob diese nicht vielmehr weiterhin für sie verantwortlich ist.

gen, weil sie z.B. ohne Fahrerlaubnis Auto gefahren sind oder weil ein Kind der Familie zeitweise die Schule »geschwänzt« hat?

Herr D. lebt in Bayern. Der Iraker floh 1999 nach Deutschland. 2008 wurde ihm die erste Arbeitserlaubnis erteilt. Das Bleiberecht aber wird ihm unter Hinweis auf eine Vorstrafe von 80 Tagessätzen verweigert: Bei der Einreise habe Herr D. gefälschte Dokumente¹ vorgelegt. Damals hat Herr D. gegen den Strafbefehl keinen Einspruch eingelegt, obwohl er die Dokumente von seiner Heimatstadt Sulaimaniya erhalten hatte. Ein gerichtlicher Gutachter prüft jetzt bereits seit einem Jahr die Echtheit des irakischen Ausweises. Seine Vorstrafe macht eine Aufenthaltserlaubnis für Herrn D. unmöglich.

krank ist oder alt, weil er Angehörige pflegt oder alleinerziehend mit kleinen Kindern ist. Deutlich wird die Haltung, nur Leistungsfähigen ein Bleiberecht zu erteilen, auch beim neuen Bleiberecht für gut integrierte Jugendliche: »Integration muss sich lohnen« erklärte der damalige Hamburger Innenminister Heino Vahldieck die Idee. Eine Regelung à la »Bleiberecht als Belohnung«? Man muss der Politik zugute halten: Die Regelung operiert nicht mit hoch angesetzten Leistungsbegriffen, wie jedoch die Behörden den Integrationserfolg von Jugendlichen bewerten, muss abgewartet werden. Der Wunsch, möglichst diejenigen Kinder herauszufiltern, die als Bildungsinländer dem Staat nutzen – so die Hoffnung – wird jedenfalls überdeutlich.

Familie O. stammt aus Libyen und kam 1997 nach Deutschland. Frau O. ist die Ausbildung ihrer vier Kinder sehr wichtig, sie selbst nutzt jede Möglichkeit, ihr Deutsch weiter zu verbessern. Doch dann erkrankt Frau O. schwer an Krebs, ihr Mann muss sie und die Kinder versorgen: An Vollzeitarbeit ist nicht mehr zu denken. Ein Bleiberecht ist in weite Ferne gerückt, weil die eigenständige Lebensunterhaltssicherung nicht möglich ist.

3. DIE REGELUNGEN SCHEITERN, WEIL NUR DER BLEIBEN DÜRFEN SOLL, DER NICHTS KOSTET

Diese Haltung zeigt sich schon bei den Regelungen 2006 und 2007, die wirtschaftliche Integration einseitig belohnen und sich auf die erfolgreiche Lebensunterhaltssicherung konzentrieren: Die sozialen Bindungen von Menschen mit langjährigem Aufenthalt werden dabei kaum beachtet. Und wer nicht arbeiten kann, soll von den Regelungen nicht profitieren: Beispielsweise weil er

DULDUNG IN ZAHLEN

Geduldete zum 30.11.2010:	87.191
davon länger als 6 Jahre geduldet:	53.020 (knapp 2/3)

→ ... humanitäre Kriterien integrieren

Eine Aufenthaltserlaubnis muss auch gewährt werden, wenn Menschen nicht arbeiten können, etwa weil sie alt, krank, traumatisiert oder behindert sind, weil sie Angehörige pflegen oder Kinder erziehen. Verwurzelung findet auch dann statt, wenn Menschen vorübergehend nicht genug »leisten«. Die Lebensunterhaltssicherung als alleiniges Kriterium reicht hier nicht. Die Aufenthaltsbeendigung muss nach langer Aufenthaltsdauer als unzumutbar gelten. Dass eine restriktive Flüchtlingsanerkennung mitverantwortlich ist, Duldungen zu produzieren, soll hier nicht vertieft werden. Um die Praxis der langjährigen Duldungen nachhaltig zu beenden, bräuchte es eine Politik, die im Rahmen ihrer Regelungsaufgaben er-

kennt, dass sie es mit Schicksalen von Menschen zu tun hat. Menschen weiter in der Duldung zu halten ohne Aussicht auf eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis wegen kleinlicher Kriterien (1.), weit reichender Ausschlussgründe (2.) und mangelhafter »Leistung« (3.) – bei gleichzeitiger Verwurzelung im Land – ist realitätsfern und kleinherzig. Stattdessen könnte die Politik geduldeten Menschen die Hand ausstrecken und dabei nur gewinnen: Menschen, die sich mit einer Aufenthaltsperspektive ganz anders einbringen (können).

- 1 Bei irakischen Dokumenten ist es oft schwierig zu erkennen, ob es sich tatsächlich um Originale handelt, Dokumente sind oftmals nur durch Bestechung und über Mittelspersonen zu erlangen

GESETZESÄNDERUNG VERSCHÄRFT ZWANGSLAGE VON FRAUEN

Hiltrud Stöcker-Zafari

Dies ist die Geschichte einer jungen Frau. Sie heißt Olga, kommt aus Russland und ist seit einem Jahr mit Stefan, einem Deutschen, verheiratet. Sie leben in einer größeren Stadt in Deutschland. Olga lernte Stefan während ihres Auslandssemesters in Deutschland kennen. Sie beendete ihr Studium in Russland – der Kontakt zu Stefan blieb bestehen. Er besuchte Olga mehrfach in Russland und so entstand irgendwann der Entschluss, gemeinsam in Deutschland zu leben. Sie heirateten, Olga reiste mit einem Visum zum Ehegattennachzug ins Bundesgebiet ein und erhielt einen Monat später die befristete Aufenthaltserlaubnis.

NUN WAREN SIE AM ZIEL

Nach gut einem Jahr kommt Olga zu uns in die Beratung. Sie verstehen sich nicht mehr, trägt sie vor. Das Zusammenleben klappt nicht und sie würde sich gerne von Stefan trennen, ehe die Situation noch mehr eskaliert. Sie stockt immer wieder beim Erzählen. Es fällt ihr ausgesprochen schwer, die familiäre Situation zu beschreiben. Stefan trinkt oft, führt sie aus. Dann schreit er sie an, schlägt sie und droht, zur Ausländerbehörde zu gehen und sie abschieben zu lassen, wenn sie ihn verlassen wolle. So will sie nicht mit ihm leben. Sie halte das alles nicht mehr aus. Sie will aber auch nicht nach Russland zurück, da sie dort alles aufgegeben habe und nun weiß sie nicht, wie es weiter gehen soll!

Olga hatte zu Beginn des Jahres 2011 eine befristete Aufenthaltserlaubnis, deren Fortbestand noch zwei Jahre lang abhängig vom Zusammenleben mit Stefan war. Trennte sie sich während dieser Zeit, so hätte sie keinen von der ehelichen Lebensgemeinschaft unabhängigen Status und würde Deutschland verlassen müssen. Diese Regelung kannte Stefan und drohte ihr entsprechend.

Aus dieser schwierigen familiären Situation kommt Olga nur dann heraus, wenn sie eine besondere Härte anführen kann. Diese liegt dann vor, wenn sie nachweisen kann, dass es ihr unzumutbar ist, weiterhin an der ehelichen Lebensgemeinschaft festzuhalten. Hilfreich wären hierfür z.B. ärztliche Attes-

■ Julia Hettenhausen ist Referentin im Arbeitsfeld Flüchtlings- und Asylpolitik beim Diakonischen Werk der EKD, Berlin. Den Volltext finden Sie auf der Seite www.interkulturellewoche.de

■ Kontakt:
Diakonisches Werk der EKD e.V.
Zentrum Familie, Integration, Bildung und Armut
Reichensteiner Weg 24, 14195 Berlin
Tel.: 030 / 830 01 - 348
hettenhausen@diakonie.de
www.diakonie.de



Hiltrud Stöcker-Zafari

Foto: privat

te über Verletzungen, Protokolle von Polizeieinsätzen, Aussagen von Zeugen, Notizen aus dem Frauenhaus.

Ob Olga sich für den Weg entscheidet, gegen ihren Mann vorzugehen und Privates aus ihrem Zusammenleben offen zu legen, wissen wir nicht. Sie wäre nicht die erste Frau, die noch einige Monate ausharren würde, um dann nach zwei Jahren den eigenständigen Status zu haben.

Die bisherige gesetzliche Regelung war für viele Frauen und Männer, die sich trennen wollen, nicht optimal. Jedoch verschlechterte der Gesetzgeber diese Situation. Er erhöhte im März 2011 die Zeit des ehelichen Zusammenlebens von zwei auf drei Jahre. Begründet

wurde diese Änderung damit, Anreize für so genannte Scheinehen verringern zu wollen.

Für Olga heißt das, dass sie noch ein weiteres Jahr in einer gewalttätigen und somit unzumutbaren Situation verbleiben muss, wenn sie nicht Gefahr laufen will, Deutschland verlassen zu müssen.

Die Gründe für die Verschärfung der Rechtslage sind nicht ersichtlich. Es liegen keine sachlich nachvollziehbaren Nachweise dafür vor, dass vermehrt so genannte Scheinehen geschlossen wurden. Vielmehr ist die Zahl der Tatverdächtigen seit 2000 von 5.269 auf 1.698 im Jahr 2009 stark zurückgegangen, wie das Bundesinnenministerium auf eine Anfrage der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Die Linke, im Dezember 2010 mitteilte. Keine Angaben liegen vor über die Anzahl jener, die überführt wurden, eine so genannte Scheinehe eingegangen zu sein.

Die Verschärfung im Aufenthaltsgesetz lehnen wir strikt ab. Sie führt zu einer weiteren Verschlechterung der Situation insbesondere vieler Mädchen und Frauen. Aus der Beratungsarbeit unseres Verbandes wissen wir nur zu gut, dass es für Betroffene sehr schwierig ist, einen Härtefall geltend zu machen, da sie die Beweislast trifft. Oft haben sie nur ihre eigenen Darstellungen, da sie aus Scham oder Angst weder die Polizei verständigen noch einen Arzt aufsuchen. Zudem besteht die Furcht, dass die vorliegenden Beweise nicht ausreichen könnten.

Die Erhöhung des ehelichen Zusammenlebens auf drei Jahre stellt eine deutliche Verschlechterung der aufenthaltsrechtlichen Situation für Betroffene dar und verhindert aus unserer Sicht keine einzige so genannte Scheinehe.

Im gleichen Gesetzpaket wurde den Opfern von Zwangsheirat ein eigenständiges Wiederkehrrecht eingeräumt, was ausdrücklich zu begrüßen ist. Es war längst überfällig, die Rückkehrmöglichkeit von Migrantinnen, die nach einer Zwangsheirat im Ausland festgehalten werden, von aktuell sechs Monaten auf maximal 10 Jahre zu erhöhen. Zwangsheirat ist eine Menschenrechtsverletzung, die die Würde, die Selbstbestimmung und die Freiheit der Betroffenen eklatant verletzt. Maßnahmen, die dem Schutz vor Zwangsheirat dienen, sind daher grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings werden Migrantinnen, die im Ausland zwangsverheiratet werden und über den Nachzug ins Bundesgebiet einreisen, nicht in den Blick genommen. Sie erhalten wie Olga in unserem Beispiel, eine befristete Aufenthaltserlaubnis, die in den ersten nun auch drei Jahren an das Zusammenleben mit dem Ehemann gebunden ist. Die Erhöhung der Ehebestandszeit von zwei auf drei Jahre erhöht somit auch ihr Leid. Wollten sie vorzeitig aus der Zwangslage ausbrechen, so sind substantiierte Nachweise zu erbringen, dass sie zwangsverheiratet wurden. Es stellt sich die Frage, wie diese individuell nachgewiesen werden sollen?

Tatsächliche Hilfe für von Zwangsheirat Betroffenen sehen wir im Ausbau eines niederschweligen Beratungsangebots, das Angebot von Schutzwohnungen sowie in einigen Situationen der therapeutischen Begleitung. Das gesamte Spektrum der Prävention blieb bei der Gesetzesregelung unberücksichtigt, stellt aber in der Praxis den weit aus bedeutenderen Aspekt dar.

Kennen Sie ähnlich gelagerte Situationen von Migrantinnen und Migranten? Dann nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf oder schicken uns Ihre Schilderungen. Wir bereiten diese anonymisiert auf und wirken auf den Gesetzgeber ein.

■ Hiltrud Stöcker-Zafari ist Bundesgeschäftsführerin des Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.

■ Kontakt:
Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Ludolfusstr. 2 - 4, 60487 Frankfurt / M.
Tel.: 069 / 71 37 56 - 0
info@verband-binationaler.de
www.verband-binationaler.de



■ Diese Dokumentation kann unter der Rubrik »iaf-informationen« (Ausgabe 2/2010) bestellt werden beim

Verband binationaler Familien und Partnerschaften
Tel.: 069 / 71 37 56 - 0
info@verband-binationaler.de
www.verband-binationaler.de

Preis: 6,- € (inkl. Versand).

Die »iaf-informationen« erscheinen zweimal jährlich und können über die Homepage der iaf abonniert werden.

KINDERRECHTE FÜR ALLE!

NACH DER RÜCKNAHME DES AUSLÄNDERRECHTLICHEN VORBEHALTS ZUR UN-KINDERRECHTSKONVENTION

Dr. Elke Tießler-Marenda

Die UN-Kinderrechtskonvention trat am 2. September 1990 in Kraft. In Deutschland galt sie nur unter dem Vorbehalt, dass das Ausländerrecht Vorrang vor den Verpflichtungen der Konvention habe. Die negativen Auswirkungen des Vorbehalts auf minderjährige Ausländer(innen) und insbesondere auf (unbegleitete) Flüchtlinge und asylsuchende Kinder und Jugendliche wurden seither unter anderem auch von den Kirchen immer wieder beklagt und die Rücknahme des Vorbehalts gefordert. Im Jahr 2010 hat Deutschland endlich reagiert und am 15.7.2010 die Rückübernahmeerklärung den Vereinten Nationen (UN) offiziell übergeben.



Dr. Elke Tießler-Marenda

Foto: privat

Nach der Rücknahme des Vorbehalts wird der daraus abzuleitende Handlungsbedarf sehr unterschiedlich beurteilt. Von offizieller Seite wird überwiegend vertreten, es gäbe gar keinen Änderungsbedarf, da das nationale Recht den Vorgaben der Konvention bereits entspreche.¹ Man fragt sich, warum Bund und Länder jahrelang am Vorbehalt festgehalten haben, wenn er doch ohne jede Auswirkung blieb.

Aus Sicht des Deutschen Caritasverbandes erfordert die konsequente Umsetzung der Kinderrechtskonvention vielfältige Änderungen sowohl der Rechtslage als auch auf der Umsetzungsebene. Der Vorbehalt erlaubte bisher, ausländischen Minderjährigen weniger Rechte zuzugestehen als es die Konvention vorsieht. Da diese Ungleichbehandlung von deutschen und ausländischen Minderjährigen nun nicht mehr zulässig ist, müssen Gesetze und Verwaltungshandeln systematisch überprüft und angepasst werden.

Ganz wesentlich muss der Schutz von Kindern und Jugendlichen verbessert werden, die als (noch) nicht anerkannte Flüchtlinge Schutz suchen. Konkret bedeutet das beispielsweise, dass der Vorrang des Sozialgesetzbuchs (SGB) VIII im Verhältnis zum Ausländer- und Asylrecht klargestellt werden muss. Unbegleitete Minderjährige dürfen an der Grenze nicht zurückgewiesen werden, müssen kindgerecht untergebracht und durch das zuständige Jugendamt betreut werden. Um sicherzustellen, dass sie die geforderte Hilfe bei der Wahrnehmung ihrer Rechte erhalten, muss für jeden unbegleiteten minder-

jährigen Flüchtling ein Vormund bestellt werden.

Nach Art. 1 der Konvention gilt ein Mensch bis zur Vollendung des 18. Lebensjahrs als Kind und genießt die entsprechenden Schutzrechte. Dennoch wurden bisher ausländische Kinder bereits ab dem 16. Lebensjahr in allen ausländerrechtlichen Verfahren, einschließlich Asylverfahren, wie Erwachsene behandelt. Es ist nicht ersichtlich, warum ausländische Jugendliche in diesen komplexen und teils lebensentscheidenden Fragen weniger schützenswert seien sollten als Deutsche, die erst mit 18 Jahren die volle Verfahrensfähigkeit erlangen. Die Verfahrensbzw. Handlungsfähigkeit ausländischer Jugendlicher muss deshalb auf 18 Jahre angehoben werden.

Auch bei der Beachtung des Rechts auf familiäres Zusammenleben (Familienzusammenführung), beim Schutz vor Abschiebung und vor Abschiebungshaft sowie beim Recht auf ein wohlwollendes, humanes und beschleunigtes Verfahren ist noch einiges zu tun.

Neben den genannten Änderungsbedarfen im Ausländerrecht sind auch der Zugang zu sozialen Rechten und die Gesundheitsversorgung betroffen. Auch hier orientieren sich die Rechte ausländischer Minderjähriger noch zu oft am Status und nicht am Kindeswohl.

Wesentlicher noch als diese Punkte im Einzelnen ist aber, dass es zu einem grundsätzlichen Paradigmenwechsel kommen muss: Die Konvention fordert, dass bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, das Wohl des Kin-

des vorrangig zu berücksichtigen ist – gleichgültig ob öffentliche oder private Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichte, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorgane handeln. Eine Abweichung von diesem Vorrang des Kindeswohls ist nur wegen höherer Werte zulässig und bedarf jeweils einer ausdrücklichen Begründung. Weiter fordert die Konvention im Sinne des Kindeswohls aktiv zu werden: Deutschland ist gehalten, alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen zur Verwirklichung der in der Konvention enthaltenen Kinderrechte zu treffen.

Zum Handlungsbedarf im Einzelnen hat der Deutsche Caritasverband das Fachpapier »Kinderrechte für alle! Handlungsbedarf nach der Rücknahme der ausländerrechtlichen Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention« vorgelegt.

Download: <http://www.caritas.de/2340.asp?detail=true&cid=1290>

¹ Vgl. Plenarprotokoll 17/39. Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht. 39. Sitzung, Berlin, Mittwoch, den 05. Mai 2010. 3751A

■ Dr. Elke Tießler-Marenda ist Referentin beim Deutschen Caritasverband im Referat Migration und Integration.

■ Kontakt:
Deutscher Caritasverband
Karlstraße 40, 79104 Freiburg i. Br.
Tel.: 0761 / 2 00 - 3 71
elke.tiessler-marenda@caritas.de
www.caritas.de

KINDER IN DER ILLEGALITÄT

P. Martin Stark SJ

Slavko (14), Mehmed (11) und Ativa (10) sind alle in Berlin geboren. Bis 2005 gingen sie auch hier zur Schule. Weil der Aufenthalt der Roma-Familie aber nicht mehr verlängert wurde, reiste die alleinerziehende Mutter zunächst nach Dänemark aus, kehrte jedoch nach knapp einem Jahr wieder – illegal. Vergeblich suchte Frau S. damals nach einer Schule, die ihre drei Kinder aufnehmen würde, alle lehnten ab mit der Begründung, dass sie hier gemeldet sein müssten.

Kinder und Jugendliche trifft die aufenthaltsrechtliche Illegalität in besonderer Weise. Weil Eltern aus Furcht vor Aufdeckung ihres illegalen Aufenthaltes häufig nicht wagen, ihre Kinder an Schulen anzumelden und Schulleiter aus demselben Grund diese Kinder nicht aufnehmen, konnten sie solche jahrelange Lücken ihrer Schulbildung kaum mehr aufholen. Ihre Chancen für die weitere Ent-

wicklung in der Zukunft sind für immer vertan. In Deutschland hat das Kindeswohl eben nicht, so wie es die UN-Kinderrechtskonvention eigentlich vorsieht, uneingeschränkten Vorrang vor der Durchsetzung der Ausreisepflicht. Nachdrücklich hat das »Katholische Forum Leben in der Illegalität« in den letzten Jahren deswegen ange mahnt, die politische Debatte um Fragen der Illegalität zu enttabuisieren, zu



P. Martin Stark SJ

Foto: privat

versachlichen und für differenzierte und pragmatische Lösungswege zu werben.

Inzwischen gibt es dafür in der Öffentlichkeit eine große Bereitschaft. Gerade was die Folgen der Illegalität für die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen anbetrifft, ist heute eine Abkehr von der umstrittenen Position festzustellen, wonach jegliche Unterstützung von Menschen ohne Status mit der Rechtsordnung unvereinbar sei. Nunmehr wird eine Abwägung unterschiedlicher Rechtsgüter vorgenommen, bei der im Ergebnis das Recht von Kindern auf Bildung höher gewichtet wird als der Anspruch des Staates, Migranten ohne Aufenthaltsstatus aufzuspüren.

Bereits die im September 2009 vom Bundesrat beschlossenen Verwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsgesetz, eine Art Auslegungshilfe für die Verwaltungsbehörden, schränken die Pflicht zur Meldung von Ausländern ohne Aufenthaltsstatus an mehreren sensiblen Punkten ein. Öffentliche Stellen sind danach nur noch zur Meldung verpflichtet, wenn sie die Kenntnis vom illegalen Aufenthalt „in Erfüllung ihrer Aufgaben“ erhalten. Wo hingegen das Landesrecht bestimmt, dass es nicht zu den Aufgaben einer Schule gehört, den jeweiligen Aufenthaltsstatus eines Kindes zu erfragen, soll die Meldepflicht nicht mehr eingreifen. Erste Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Hessen oder Berlin haben entsprechende Klarstellungen bereits erlassen, andere wollen dies noch tun.

BERATUNGSHANDBUCH AUFENTHALTSRECHTLICHE



ILLEGALITÄT

In Deutschland leben bis zu 460.000 Menschen, die weder eine Aufenthaltserlaubnis, noch eine Duldung oder eine Aufenthaltsgestattung haben. Sie leben in ständiger Angst entdeckt, festgenommen und ausgewiesen zu werden. Oft können sie ihre Grundrechte nicht in Anspruch nehmen. Eine unübersichtliche teilweise auch widersprüchliche Rechtslage erschwert es Personen und Einrichtungen, den Betroffenen zu helfen. Das sorgt für Unsicherheit und erschwert die Beratung.

Hier bietet das gemeinsam von Caritas und Deutschem Roten Kreuz herausgegebene

Beratungshandbuch Aufenthaltsrechtliche Illegalität Hilfestellung. Es skizziert die Rechtslage der Menschen in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität, wenn es um ihre Versorgung bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt, um den Zugang der Kinder zu Schulen und Kindertageseinrichtungen sowie um Arbeit und Wohnen geht und macht Handlungsvorschläge.

Es wendet sich an alle, die diese Menschen unterstützen – sei es im Rahmen ihrer Berufsausübung oder ehrenamtlich. Da die Betroffenen nicht nur die auf ihre Situation vorbereiteten Migrationsdienste besuchen, richtet sich das Handbuch auch an Beschäftigte in Kindertageseinrichtungen und Schulen, in Schwangerenberatungsstellen, in öffentlichen und privaten Krankenhäusern, in Standesämtern und anderen Behörden.

■ Download unter www.caritas.de/handbuch. Die Taschenbuchausgabe kann kostenlos bestellt werden bei der KAM-Redaktion unter kam@caritas.de

Das Vorhaben ist im Koalitionsvertrag der Bundesregierung von Oktober 2009 fest verankert: »Wir werden die aufenthaltsgesetzlichen Übermittlungspflichten öffentlicher Stellen dahingehend ändern, dass der Schulbesuch von Kindern ermöglicht wird«, heißt es da. Und die Bundesländer, die hierbei zustimmen müssen, haben auf der letzten Innenministerkonferenz Anfang Dezember 2009 Unterstützung signalisiert für alles, was der Bund in dieser Sache unternimmt.

Ob dies in der Zukunft dazu führen wird, dass Kinder ohne gültige Aufenthaltspapiere wirklich ihr Recht auf Bildung wahrnehmen können, wird davon abhängen, inwieweit die Schulen und die Betroffenen tatsächlich informiert werden. Hier sind die Beratungsstellen gefordert.

Im Gegensatz zum Schulbesuch ist der Kitabesuch für die betroffenen Kinder so gut wie unmöglich, da ihre Eltern keinen Kita-Gutschein bekommen, der zur Refinanzierung des Platzes zwingend erforderlich ist. Wenn statuslose Kinder nicht in die Kita und in den Hort gehen können, lernen sie die deutsche Sprache nicht und können nicht mit anderen Kindern kommunizieren. Eine Integration in die Gesellschaft ist nicht möglich, vielen droht die soziale Isolation. Humanitäre Hilfe bleibt die Aufgabe von konfessionellen Kindergartenträgern.

Ein weiteres Problem ist die medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus. Immerhin für akute Notfälle hat der Gesetzgeber nun auf die starke Verunsicherung von Ärzten und Kliniken reagiert und Klarheit geschaffen: Die Verwaltungsvorschriften beziehen die ärztliche Schweigepflicht jetzt nicht nur auf medizinisches Personal, sondern auch auf die Angestellten öffentlicher Krankenhäuser und darüber hinaus auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Sozialämtern. Bisher war unklar, ob Krankenhauspersonal die Betroffenen an die Ausländerbehörde hätte melden müssen; das gleiche galt bei den Sozialämtern im Zuge der Abrechnung der Behandlungskosten.



© www.flickr.com/Jens-Olaf

Trotzdem werden vermutlich auch weiterhin Eltern wie Frau S. aus Angst vor Aufdeckung ihre Kinder nur im äußersten Notfall zum Arzt schicken. Gesundheitliche Probleme bleiben unbehandelt, werden verschleppt oder chronisch. Faktisch bleiben die Betroffenen daher auf karitative Einrichtungen wie etwa die »Malteser Migranten Medizin« und andere nichtstaatliche Organisationen angewiesen, die auch ohne Krankenversicherung medizinische Hilfe leisten. Schwierig erweist sich vor allem die Finanzierung stationärer Behandlung. In manchen Städten sind lokale Fonds für Nichtversicherte in Form gemeinnütziger Vereine gegründet worden, die jedoch ausschließlich über private Spenden finanziert werden. Letztlich ist es aber eine Frage an die Politik, inwieweit sich der Staat bundesweit an den Kosten für die Wahrnehmung des Menschenrechts auf Gesundheit beteiligt.

Aus: Migrationsinfo 1/2010, Beilage zur Zeitschrift »Neue Caritas«

■ Pater Martin Stark ist Direktor des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes in Deutschland (JRS).

■ Kontakt:
Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland
Witzlebenstr. 30a, 14057 Berlin
Tel.: 030 / 32 60 - 25 90
martin.stark@jesuiten.org
www.jesuiten-fluechtlingsdienst.de

»DIE EINZIGE MENSCHHEITSFAMILIE«

BOTSCHAFT VON PAPST BENEDIKT XVI.

Liebe Brüder und Schwestern!

Der Welttag des Migranten und Flüchtlings bietet der ganzen Kirche Gelegenheit, über ein Thema nachzudenken, das mit dem wachsenden Phänomen der Migration verbunden ist, zu beten, dass die Herzen sich für die christliche Gastfreundschaft öffnen mögen und dahin zu wirken, dass Gerechtigkeit und Liebe in der Welt zunehmen, als Stützpfiler zum Aufbau eines wahren und dauerhaften Friedens. »Wie ich euch geliebt habe, so sollt auch ihr einander lieben« (*Joh 13,34*): Diese Aufforderung richtet der Herr stets aufs Neue mit Nachdruck an uns. Wenn der Vater uns aufruft, geliebte Kinder in seinem geliebten Sohn zu sein, dann ruft er uns auch auf, uns alle gegenseitig als Brüder in Christus zu erkennen.

Dieser tiefen Verbindung zwischen allen Menschen entspringt das Thema, das ich in diesem Jahr für unsere Reflexion gewählt habe: »Eine einzige Menschheitsfamilie«, eine einzige Familie von Brüdern und Schwestern in Gesellschaften, die immer multiethnisch und interkultureller werden, wo auch die Personen unterschiedlicher Religion zum Dialog geführt werden, um zu einem friedlichen und fruchtbaren Zusammenleben zu gelangen, unter Achtung der legitimen Unterschiede. Das Zweite Vatikanische Konzil sagt: »Alle Völker sind ja eine einzige Gemeinschaft, sie haben denselben Ursprung, da Gott das ganze Menschengeschlecht auf dem gesamten Erdkreis wohnen ließ (vgl. *Apq 17,26*); auch haben sie Gott als ein und dasselbe letzte Ziel. Seine Vorsehung, die Bezeugung seiner Güte und seine Heilsratschlüsse erstrecken sich auf alle Menschen« (Erklärung *Nostra aetate*, 1). So leben wir »nicht zufällig nebeneinander; als Menschen sind wir alle auf demselben Weg und darum gehen wir ihn als Brüder



© KINA

und Schwestern« (*Botschaft zur Feier des Weltfriedenstages 2008*, 6; in O.R. dt., Nr. 51/52 vom 21.12.2007, S. 14). Wir sind auf demselben Weg, dem Lebensweg, durchleben aber auf diesem Weg unterschiedliche Situationen. Viele sehen sich mit der schwierigen Erfahrung der Migration konfrontiert, in ihren verschiedenen Formen: innerhalb eines Landes oder im Ausland, ständige oder vorübergehende, wirtschaftliche oder politische, freiwillige oder erzwungene. In manchen Fällen ist das Verlassen des eigenen Landes durch unterschiedliche Formen der Verfolgung bedingt, die die Flucht notwendig machen. Auch das Phänomen der Globalisierung, das für unsere Zeit bezeichnend ist, ist nicht nur ein sozioökonomischer Prozess, sondern bringt auch

eine »zunehmend untereinander verflochtene Menschheit« mit sich und überwindet geographische und kulturelle Grenzen. In diesem Zusammenhang erinnert die Kirche stets daran, dass der tiefere Sinn dieses epochalen Prozesses und sein grundlegendes ethisches Kriterium in der Einheit der Menschheitsfamilie und in ihrem Voranschreiten im Guten gegeben sind (vgl. Benedikt XVI., *Enzyklika Caritas in veritate*, 42). Alle gehören also zu einer einzigen Familie, Migranten und die sie aufnehmenden Gastvölker, und alle haben dasselbe Recht, die Güter der Erde zu nutzen, deren Bestimmung allgemein ist, wie die Soziallehre der Kirche lehrt. Solidarität und Teilen haben hier ihre Grundlage.

»In einer Gesellschaft auf dem Weg zur Globalisierung müssen das Gemeinwohl und der Einsatz dafür unweigerlich die Dimensionen der gesamten Menschheitsfamilie, also der Gemeinschaft der Völker und der Nationen, annehmen, so dass sie der Stadt des Menschen die Gestalt der Einheit und des Friedens verleihen und sie gewissermaßen zu einer vorausdeutenden Antizipation der grenzenlosen Stadt Gottes machen« (Benedikt XVI., *Caritas in veritate*, 7). Unter diesem Gesichtspunkt muss auch die Wirklichkeit der Migrationen betrachtet werden. Wie bereits der Diener Gottes Paul VI. sagte, ist das »Fehlen der brüderlichen Bande unter den Menschen und unter den Völkern« die tiefere Ursache für die Unterentwicklung (*Enzyklika Populorum progressio*, 66) und – so können wir hinzufügen – nimmt starken Einfluss auf das Migrationsphänomen. Die Brüderlichkeit unter den Menschen ist die – manchmal überraschende – Erfahrung einer Beziehung, die vereint, einer tiefen Verbindung mit dem anderen, der anders ist als ich, basierend auf der einfachen Tatsache, Menschen zu sein. Wenn sie verantwortungsvoll angenommen und gelebt wird, nährt sie ein Leben der Gemeinschaft und des Teilens mit allen, insbesondere mit den Migranten; unterstützt sie die Selbsthingabe an die anderen, an ihr Wohl, an das Wohl aller Menschen, in der lokalen, nationalen und weltweiten politischen Gemeinschaft.

Der ehrwürdige Diener Gottes Johannes Paul II. betonte anlässlich desselben Welttages im Jahre 2001: »[Das universelle Gemeinwohl] umfasst die gesamte Völkerfamilie, über jeden nationalistischen Egoismus hinweg. In diesem Zusammenhang muss das Recht auf Auswanderung betrachtet werden. Die Kirche gesteht dieses Recht jedem Menschen zu, und zwar in zweifacher Hinsicht, einmal bezüglich der Möglichkeit sein Land zu verlassen und zum anderen hinsichtlich der Möglichkeit, in ein anderes Land einzuwandern zu können, um bessere Lebensbedingungen zu suchen« (*Botschaft zum Welttag des Migranten und Flüchtlings 2001*, 3; in O.R. dt., Nr. 13 vom 30.3.2001, S. 7; vgl. Johannes XXIII., *Enzyklika Mater et magistra*, 30; Paul VI., *Enzyklika Octogesima adveniens*, 17). Gleichzeitig haben die Staaten das Recht, die Einwanderungsströme zu re-

geln und die eigenen Grenzen zu schützen, wobei die gebührende Achtung gegenüber der Würde einer jeden menschlichen Person stets gewährleistet sein muss. Die Einwanderer haben darüber hinaus die Pflicht, sich im Gastland zu integrieren, seine Gesetze und nationale Identität zu respektieren. »Es wird sich dann darum handeln, die Aufnahme, die man allen Menschen, besonders wenn es Bedürftige sind, schuldig ist, mit der Einschätzung der Voraussetzungen zu verbinden, die für ein würdevolles und friedliches Leben der ursprünglich ansässigen Bevölkerung und der hinzugekommenen unerlässlich sind« (Johannes Paul II., *Botschaft zur Feier des Weltfriedentages 2001*, 13; in O.R. dt., Nr. 51/52 vom 22.12.2000, S. 10).

...

Auch gegenüber den Zwangsmigranten nährt sich die Solidarität aus dem »Vorrat« der Liebe, der daraus entsteht, dass wir uns als eine einzige Menschheitsfamilie und, im Falle der katholischen Gläubigen, als Glieder des mystischen Leibes Christi betrachten: Wir sind nämlich voneinander abhängig und tragen alle Verantwortung für unsere Brüder und Schwestern in der Menschennatur und – was die Gläubigen betrifft – im Glauben. Ich hatte schon einmal Gelegenheit zu sagen: »Die Flüchtlinge aufzunehmen und ihnen Gastfreundschaft zu gewähren ist für alle eine Pflicht menschlicher Solidarität, damit diese sich aufgrund von Intoleranz und Desinteresse nicht isoliert fühlen« (*Generalaudienz* am 20. Juni 2007; in O.R. dt., Nr. 26 vom 29.6.2007, S. 2). Das bedeutet, dass jenen, die gezwungen sind, ihr Zuhause oder ihr Land zu verlassen, geholfen werden muss, einen Ort zu finden, wo sie in Frieden und Sicherheit leben, wo sie in ihrem Gastland arbeiten und die bestehenden Rechte und Pflichten übernehmen und zum Gemeinwohl beitragen können, ohne dabei die religiöse Dimension des Lebens zu vergessen.

...

Liebe Brüder und Schwestern, die Welt der Migranten ist weit und vielschichtig. Es gibt darin wunderbare und vielversprechende Erfahrungen, aber leider auch viele andere, dramatische Erfahrungen, die des Menschen und der Gesellschaften, die sich als zivilisiert bezeichnen, unwürdig sind. Für

die Kirche stellt diese Wirklichkeit ein bereitetes Zeichen unserer Zeit dar, das die Berufung der Menschheit, eine einzige Familie zu bilden, deutlicher zum Vorschein treten lässt, gleichzeitig aber auch die Schwierigkeiten, die sie spalten und zerreißen statt sie zu vereinen. Wir wollen die Hoffnung nicht verlieren und Gott, den Vater aller Menschen, gemeinsam bitten, dass er uns helfen möge, Männer und Frauen zu sein, die – jeder ganz persönlich – zu brüderlichen Beziehungen fähig sind, und dass auf sozialer, politischer und institutioneller Ebene das Verständnis und die gegenseitige Wertschätzung zwischen Völkern und Kulturen wachsen mögen. Mit diesem Wunsch bitte ich die allerseligste Jungfrau Maria »Stella maris« um ihre Fürsprache und erteile allen von Herzen den Apostolischen Segen, insbesondere den Migranten und den Flüchtlingen sowie allen, die in diesem wichtigen Bereich tätig sind.

BENEDIKT XVI.
zum 97. Welttag des Migranten
und Flüchtlings 2011

■ Gekürzte Fassung.

Den vollständigen Text inklusive der im Text enthaltenen Links finden Sie unter:
www.interkulturellewoche.de

»ICH WILL'S WISSEN!«

Dr. Thomas Broch

Ein Kind schaut mich an, ein Mädchen – sechs oder sieben Jahre alt mag es sein; schwarze, leuchtende Augen; dunkle Haare, Pony über der Stirn, hinten in zwei Schwänzchen gebündelt; ein spitzbübischer Mund. Es könnte von überall her sein: aus einem Land Ost- oder Süd- oder Südosteuropas, vielleicht aus Frankreich oder auch aus Deutschland. Ich kann es nicht erkennen. Es spielt auch gar keine Rolle, wo dieses Kind herkommt. Es ist da. Es schaut mich an. Es will, dass ich den Blick erwidere, dass ich es wahrnehme, ernst nehme.

Das Mädchen sitzt an einem Tisch – vor sich ein Blatt, auf dem es malt oder schreibt. Mit dem blauen Stift in der

rechten Hand zeigt es auf mich. Sagt: »Ich will's wissen!« Sagt: »Gib mir Antwort auf meine Fragen!« Sagt: »Lass mich an deinem Wissen teilhaben! Es ist wichtig für mich und für mein Leben.«

Kinder sind neugierig. Sie wollen wissen – alles. »Warum ist der Mond manchmal rund und manchmal nur eine Sichel?«, »Wie funktioniert ein Computer?«, »Wo ist die Oma jetzt, die gestern gestorben ist?«, »Warum gibt es Kinder mit blonden und mit dunklen Haaren, mit heller, brauner oder schwarzer Haut?« Kinder stellen Fragen. Manchmal sind die Fragen so schwierig, dass ich sie kaum beantworten kann.

Kinder sind neugierig und wollen lernen. Jedes Kind. Sie sind offen für die Welt und das Leben und die Menschen. Man muss sie nicht zum Lernen motivieren, aber man muss sehr sorgsam darauf achten, dass man ihre Motivation nicht zerstört, dass man ihnen die Lust am Lernen nicht raubt.

Ich habe in den Townships Südafrikas und in den Slums indischer Metropolen gesehen, wie Kinder aus den Elendsquartieren die Schulbänke drücken – manchmal Tausende in einer Schule –, weil sie lernen wollen, weil sie sich und ihre Fähigkeit beweisen wollen. Sie wissen, dass Wissen und Bildung der einzige Weg sind, aus dem sozialen Elend herauszufinden und später einmal einen besseren Platz in der Gesellschaft zu finden als die Eltern. Ich habe auch gesehen, wie es für Eltern selbst aus den ärmsten Verhältnissen das wichtigste Anliegen ist, ihren Kindern eine Schulbildung zu ermöglichen. Ich habe ebenfalls gesehen, wie Kinder, für die die Schulkleidung zu teuer oder der Weg zur Schule zu weit, sich im Wohnraum einer armseligen Behausung drängen, wo im Rahmen einer »Fliegenden Schule« eine Ordensfrau sie besucht und Unterricht erteilt, weil es halt anders nicht geht. Und ich habe bei allen



Postkarten- und Plakatmotiv zur Interkulturellen Woche 2011

Postkarte: Bis 49 Expl. je 0,25 €, ab 50 Expl. 0,20 €.

Plakat DIN A3, A2 und A1:

siehe Bestellformular S. 65

Alle Preise zuzüglich Versandkosten.

Bestelladresse:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturelle Woche

Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.

Tel.: 069 / 23 06 05, Fax: 069 / 23 06 50

info@interkulturellewoche.de

www.interkulturellewoche.de

diesen Kindern eine riesige Freude und Begeisterung erlebt. Sie erfahren in ihrem kleinen Leben, was das große Wort »Würde« bedeutet.

Das ist hierzulande nicht anders. Es gehört zu den Skandalen unserer so sehr auf Leistung und Erfolg ausgerichteten Gesellschaft, dass viele Kinder von vorneherein geringere Chancen haben, in der Schule erfolgreich zu sein, weiterführende Schulen zu besuchen, einen qualifizierten Abschluss zu bekommen, eine Berufsausbildung zu absolvieren oder gar ein Studium aufzunehmen – wenn sie aus Familien mit einem so genannten Migrationshintergrund kommen, wenn ihre Familien zu sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen ge-

hören oder wenn sie gar als Flüchtlinge mit illegalem Status hier leben. Sie sind und bleiben ausgeschlossen. Aber Partizipation ist ein Menschenrecht.

»Ich will's wissen!« Da geht es noch um mehr als um Lernen und Wissen. Es bedeutet: Ich will sehen, ob ich den Platz in der Gesellschaft finde, der meinen Begabungen entspricht. Ich will erfahren, dass ich etwas wert bin. Es geht um Bildung. Es geht um ein sinnerfülltes Leben. Es geht darum, dass Kinder – jedes Kind, unabhängig von ethnischer Zugehörigkeit, kultureller Herkunft oder sozialer Lage – die Möglichkeit erhält, sich in seinen emotionalen und geistig-seelischen Fähigkeiten zu entfalten, das Leben in der Fülle seiner

sozialen, ethischen, gestalterischen und auch religiösen Dimensionen zu erfahren. In jedem Menschen ist etwas Großes angelegt, das sich entfalten will. Alle Kinder brauchen Bildung. Sie haben ein Recht darauf.

■ Dr. Thomas Broch ist Pressesprecher der Diözese Rottenburg-Stuttgart.

■ Kontakt:
Diözese Rottenburg-Stuttgart
Bischöfliche Pressestelle
Postfach 9, 72101 Rottenburg
Tel.: 07472 / 169 - 528
tbroch@bo.drs.de
www.drs.de

ZUSAMMENHALTEN – ZUKUNFT GEWINNEN

PREDIGT ZU JOHANNES 13,1-6, LESUNG: APG 17, 22 - 28

Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck

Liebe Schwestern und Brüder!

I.
Zusammenhalten – Zukunft gewinnen: mit diesem Motto trifft die Interkulturelle Woche mitten in eine der heftigsten Integrationsdebatten, die unser Land in den letzten Jahren erlebt hat. »Zusammenhalten? Schön wär's!«, sagen diejenigen, die den Eindruck haben, die Zuwanderer hätten gar kein Interesse an der deutschen Gesellschaft und würden sich der Integration verweigern. »Da sollen Dinge zusammen wachsen, die überhaupt nicht zusammen passen«, sagen andere, die meinen, die islamische Kultur sei mit den Werten des Abendlandes nicht kompatibel. Anstatt die Zukunft zu gewinnen, sei Deutschland auf dem Weg, sich selbst abzuschaffen. Der Politik schließlich wird vorgeworfen, sie habe vor der Aufgabe versagt, die Gesellschaft zusammen zu halten. Sie habe weggeschaut und zugelassen, dass sich Parallelgesellschaften entwickeln.

Zusammenhalten – Zukunft gewinnen: ist das also eine der Formeln, um die sich die Gutmenschen scharen, diejenigen, die die Probleme nicht sehen wollen? Die nach wie vor von einer bunten Multi-Kulti-Gesellschaft träumen?

II.

Als Christen nehmen wir diese Anfragen mit in unseren Gottesdienst. Wir bedenken sie im Angesicht Gottes und im Hören auf sein Wort.

Da ist zunächst die Areopagrede des Paulus, unsere erste Lesung. In Athen, der Metropole des griechischen Geisteslebens, ist der Apostel mit dem konfrontiert, was wir heute eine multikulturelle und multireligiöse Situation



Ökumenischer Gottesdienst anlässlich der bundesweiten Eröffnung der Interkulturellen Woche am 24. September 2010 in der Erlöserkirche in Essen.

Foto: Mario Kamps

nennen würden. Die verschiedenen Heiligtümer, die er beim Gang durch die Stadt entdeckt hat, sind für ihn Götzentempel, deren Kult er kritisiert. »Gott, der die Welt erschaffen hat und alles in ihr, er, der Herr über Himmel und Erde, wohnt nicht in Tempeln, die von Menschenhand gemacht sind. Er lässt sich auch nicht von Menschen bedienen, als brauche er etwas.«

Gleichzeitig begegnet Paulus den Athenern, die in der Mehrzahl auch nach seiner Predigt den Glauben an Jesus Christus nicht teilen, mit einer ausgesprochen positiven und offenen Haltung. Diese positive und offene Haltung leitet der Völkerapostel ab aus dem biblischen Schöpfungsglauben. Weil Gott nach dem biblischen Zeugnis das ganze Menschengeschlecht aus einem einzigen Menschen erschaffen hat und weil es zur gottgegebenen Natur aller Menschen gehört, Gott zu suchen, fühlt sich Paulus auch den Athenern verbunden. Anstatt sie in seiner Rede abzukanzeln, betont er das Gemeinsame, spricht er von »uns« und von »wir«. »Keinem von uns ist Gott fern. Denn in ihm leben wir, bewegen wir uns und sind wir.«

Für unsere Diskussionen über das Zusammenleben der Kulturen und Religionen hat Paulus damit ein biblisches Fundament gelegt und eine christliche Grundhaltung vorgezeichnet. Diese Grundhaltung lässt uns über alle kulturellen und religiösen Unterschiede hinweg die in Gott gründende Gemeinsamkeit sehen. Der Andere, die Fremde, der Migrant, die Andersgläubige gehört wie ich zur einen Menschheitsfamilie, hat wie ich denselben Ursprung in Gott und in ihm dasselbe Ziel (vgl. NA 1).

Das christliche Welt- und Menschenbild widerspricht damit allen Theorien, die unversöhnliche Gegensätze zwischen den Kulturen konstruieren. Es widerspricht jeder Einteilung der Menschheit in Gruppen oder Rassen, die einen unterschiedlichen Wert besitzen. Der Versuch, solche Ansätze in die Integrationsdebatte einzuführen, ist ein gefährlicher Missbrauch von Statistiken und Tabellen.

III.

Zusammenhalten – Zukunft gewinnen: gegen dieses Motto gibt es jedoch auch einen religionskritischen Widerspruch. Sind es nicht gerade die Religionen, die mit ihren konkurrierenden Wahrheitsansprüchen den Zusammenhalt gefährden?

»Ich bin der Weg und die Wahrheit und das Leben; niemand kommt zum Vater außer durch mich.« Dieser Satz Jesu aus unserem Evangelium, wirkt er nicht hart und unversöhnlich? Bleibt da noch Platz für einen Dialog etwa zwischen Christen und Muslimen, einen Dialog, bei dem man sich auf Augenhöhe begegnet? Wenn wir uns vor Augen führen, wie Jesus den Menschen begegnet ist, lautet die Antwort eindeutig Ja. Sein Weg zeichnet sich gerade dadurch aus, dass er sich denen zugewandt hat, mit denen man nicht verkehrt, weil sie nicht den religiösen und sozialen Normen entsprachen oder einen anderen, den »falschen« Glauben hatten. Denken wir etwa an das Gespräch mit der samaritanischen Frau am Jakobsbrunnen oder den Hauptmann von Kafarnaum, dessen Vertrauen Jesus mit den Worten kommentiert: »Einen solchen Glauben habe ich in Israel noch bei niemandem gefunden« (Mt 8,10).

So können wir an Jesus selbst ablesen, dass die Klarheit der eigenen Identität und das wertschätzende Einlassen auf andere zwei Pole sind, die gemeinsam zum christlichen Glauben gehören. Das Zusammenleben und Zusammenhalten in einer multireligiösen Gesellschaft setzt bei allen Beteiligten die Fähigkeit voraus, die eigene Überzeugung nicht auf Kosten, wohl aber im Angesicht anderer, zum Teil widersprechender Überzeugungen formulieren zu können. Wenn in der Bildung zu Recht ein zentraler Faktor der Integration gesehen wird, darf daher eine religiöse Bildung, die sprach- und auskunftsfähig macht, nicht vergessen werden. Wir brauchen daher dringend Fortschritte bei der Einführung des islamischen Religionsunterrichtes an den Schulen. Die Schule ist der zentrale Lernort für eine konfessionelle Identität in ökumenischer und interreligiöser Offenheit. Wir müssen außerdem auch durch unsere kirchliche Bildungsarbeit im Kindergarten, in der Familien- und Erwachsenenbildung und in kirchlichen Gruppen und Verbänden stärker Menschen begleiten, die durch die noch neue Präsenz nichtchristlicher Religiosität zum Teil tief verunsichert sind.



Präses Nikolaus Schneider, Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck und Metropolit Augoustinos (v.l.n.r.) beim ökumenischen Gottesdienst anlässlich der bundesweiten Eröffnung der Interkulturellen Woche am 24. September 2010 in der Erlöserkirche in Essen.

Foto: Mario Kamps

IV.

Zusammenhalten – Zukunft gewinnen: mit diesem Motto möchten die Kirchen eine Orientierung für das Zusammenleben von Zugewanderten und Einheimischen geben. Die Integration wird nur gelingen, wenn sie als eine gesamtgesellschaftliche und langfristige Aufgabe verstanden wird, die Zugewanderte und Einheimische mit eigenen Beiträgen aktiv angehen. Darüber besteht spätestens seit der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes im Jahr 2004 Konsens. Seitdem sind wir ein gutes Stück voran gekommen. Die Integration in Deutschland ist besser als ihr Ruf. Bei aller Kritik im Detail stehen die Sprachförderung vor der Einschulung, die Integrationskurse, der Nationale Integrationsplan und die Deutsche Islamkonferenz für eine politische Gestaltung von Zuwanderung und Integration, die nicht zuletzt die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände seit langem angemahnt hatten.

Das zentrale Integrationsproblem in Deutschland liegt trotz aller Fortschritte im Bereich Bildung, Ausbildung und beruflicher Qualifikation. Bessere oder schlechtere Zukunftsperspektiven werden dabei nicht genetisch, sondern sozial vererbt. In keinem Land der EU entscheidet das Herkunftsmilieu so stark über den Werdegang von Kindern. Diesen Integrationsdefiziten kön-

nen wir nicht begegnen, indem wir von den betroffenen Familien stärkeres Engagement fordern und mit Sanktionen drohen. Stattdessen ist hier eine Integrationsleistung der ganzen Gesellschaft erforderlich, um Bedingungen für Chancengleichheit, Bildungsgerechtigkeit und aktive Teilhabe am öffentlichen Leben zu schaffen und Diskriminierung abzubauen.

Darüber hinaus müssen wir mehr Aufmerksamkeit auf die soziale Entwicklung in benachteiligten Stadtteilen legen. Hier leben oft Einheimische und Zuwanderer zusammen, die zu den sozialen Verlierern gehören. Aus der Arbeit unserer Kirchengemeinden, der Caritas und der Diakonie in Stadtteilkonferenzen und Runden Tischen wissen wir, dass auch hier soziale Netze neu geknüpft und Konflikte gelöst werden können. Dazu gibt es zahlreiche Modellprojekte, die jedoch viel zu selten weiter getragen werden und damit zu selten zu dauerhaften Veränderungen führen.

V.

Liebe Schwestern und Brüder!

Nur wenn wir zusammenhalten, werden wir die Zukunft gewinnen.

Der kulturelle und weltanschauliche Pluralismus gehört dabei positiv zur Identität unseres Gemeinwesens. Die

Einheit der Gesellschaft ist nicht über ihre Einheitlichkeit, sondern über gerechte Teilhabe herzustellen.

Allen, die sich im Rahmen der Interkulturellen Woche und darüber hinaus für ein gelingendes Zusammenleben der Kulturen und Religionen, für die Rechte von Flüchtlingen und Asylsuchenden sowie für ein Bleiberecht für die langjährig Geduldeten einsetzen, möchte ich abschließend sehr herzlich danken. Ihr Einsatz gehört in die Mitte der christlichen Weltverantwortung und ist ein zentraler Beitrag, den wir als Christen heute für Frieden und Gerechtigkeit leisten können.

Leicht gekürzte Fassung der Predigt, die im ökumenischen Gottesdienst anlässlich der bundesweiten Eröffnung der Interkulturellen Woche am Freitag, den 24. September 2010 in der Erlöserkirche in Essen gehalten wurde. In voller Länge finden Sie die Predigt unter: www.interkulturellewoche.de

■ Dr. Franz-Josef Overbeck ist Bischof von Essen.

■ Kontakt:
Bistum Essen
Bischöfliches Generalvikariat
Zwölfling 16, 45127 Essen
Tel.: 0201 / 22 04-1
generalvikariat@bistum-essen.de
www.bistum-essen.de

HOFFNUNG IM GEPÄCK!

PREDIGT ÜBER RUT

OKR Thorsten Leißer

Liebe Schwestern und Brüder,

die Geschichte von Rut und Naomi ist eine bekannte Geschichte aus früheren Zeiten. Lange her und doch gar nicht so weit weg, wie es vielleicht auf den ersten Blick scheint.

Die Geschichte von Rut und Naomi ist eine Geschichte über Migration und Integration, eine Geschichte über Zuneigung und Liebe, über Fragen und Zweifel, aber auch eine Geschichte über Zusammenhalt und Zukunft. Sie

beginnt mit einer Hungersnot – einer Not, wie wir sie kennen von den bewegendsten Bildern, die aus den ärmsten Ländern um die Welt gehen.

Wo es nichts mehr zu essen gibt, fehlt im elementarsten Sinn die Lebensgrundlage. Da fehlt auch jede Zukunftsperspektive, weshalb immer wieder Menschen aufbrechen, sich auf die Reise machen und ihre Heimat verlassen, auf der Suche (nicht nur) nach einem besseren Leben, sondern überhaupt nach Leben.

Naomi selbst ist eine Migrantin, die mit ihrer Familie vor dem Hunger und der existenziellen Unsicherheit in ein anderes, fremdes Land flieht. Aber nachdem ihr Mann und ihre Söhne gestorben sind, gibt es für sie in der gastgebenden Gesellschaft keine Perspektive mehr. Zwar kann sie als gut integriert gelten im Lande Moab. Sie hat immerhin einheimische Schwiegertöchter, die nun aber als Witwen selbst in der Gefahr sind, durch prekäre Lebensumstände abgehängt zu werden. Deshalb entscheidet sich Naomi zur Rückkehr



OKR Thorsten Leißer
Foto: Shirin Shahidi

in ihr Heimatland. Eine ihrer Schwiegertöchter, Rut, folgt ihr. Ganz gegen alle Gepflogenheiten und Ratschläge der Migrationsberatungsstellen will Rut mit ihr gehen in die Ungewissheit eines unbekanntes Landes. Rut hält zu Naomi und lässt sich durch nichts davon abbringen.

Die beiden verarmten Frauen ziehen in die Gegend von Bethlehem, Beth-Lehem, dem »Haus des Brotes«, wo sie sich durch das Aufsammeln von Erntebfällen mit Mühe über Wasser halten können

Wie durch ein Wunder gerät Rut an einen Landbesitzer, der das Herz am rechten Fleck trägt und ihr freundlich begegnet, zunächst ganz ohne Absichten. Durch Boas und seine menschenfreundliche Haltung gelingt es den beiden Frauen, der bitteren Armut zu entgehen. Ja, es gibt sogar ein Happy End, bei dem sie Zukunft gewinnen – eine Zukunft, wie sie am Ende nur in einem Kind zum Ausdruck kommen kann.

In dieser Geschichte zeigt sich, dass Gott mitgeht in die Fremde und solidarisch ist. Dass Gott den Armen zur

Seite steht, den Migranten und Flüchtlingen, ja den Opfern der Zeit.

Die Geschichte berichtet davon, dass von einer fremden und ausgegrenzten Migrantin sogar ein König abstammen kann: König David, die wohl schillerndste Figur des Gottesvolkes und Begründer der israelitischen Großmacht im Nahen Osten. Sein Stammbaum reicht bis zu einem gewissen Jesus von Nazareth, den man Sohn Gottes und Erlöser der Welt nennt. So wird die Migrantin Rut zu einer Stamm-Mutter Jesu.

Es ist kein Zufall, dass der Stammbaum Jesu im Matthäusevangelium auch Rut und ihren Sohn Obed ausdrücklich nennt. Der Gottessohn, dessen eigene Geburt unter einem hellen aber schwierigen Stern stand, auf der Durchreise geboren und der – nach Matthäus – schon kurz danach mit seinen Eltern als Flüchtling auf dem Weg nach Ägypten war, dieser Gottessohn steht in einer Linie mit Migranten und Migrantinnen, deren Neuanfang und Integration wie durch ein Wunder der Menschlichkeit gelingt.

Darüber hinaus zeigt uns die Geschichte von Rut auch eine für die Bibel typische Seite von Gott. »Wohin du gehst, dorthin gehe ich auch. Wo du bleibst, da bleibe ich auch. Dein Volk ist mein Volk und dein Gott ist mein Gott«. Wenn Rut ihrer Schwiegermutter dieses wunderbare Bekenntnis schenkt, dann will sie damit auch sagen, dass sie diesem Gott vertraut. Sie drückt damit eine widerständige Hoffnung aus gegen ein übermächtiges Schicksal. Mit dieser Hoffnung im Gepäck macht sich Rut auf. Diese Hoffnung gibt ihr Kraft, sich auf die Felder zu wagen und die Erntereste aufzusammeln. Und angetrieben von dieser Hoffnung begegnet sie schließlich Boas, was ihrem Leben eine entscheidende Wende gibt.

Wir wissen nicht, ob Rut von diesem Gott schon einmal gehört hat, der für all jene sorgt, die ohne Lebensmut und Perspektive sind. Aber Ruts Geschichte ist auch die Geschichte eben jenes Gottes, der ganz bewusst diejenigen erwählt, die schwach und gesellschaftlich an den Rand gedrängt sind. Gott hat anscheinend eine große Vorliebe für all diejenigen, die Mühe haben, ihren Platz zu finden, statt sich einfach derer zu bedienen, die sich selbst für stark, reich und etabliert halten. Das ist die verrückte Logik Gottes! Gott nimmt sich der Schwachen und Armen an und befähigt sie dazu, selbst aktiv zu werden, Subjekte ihres Lebens zu sein und schließlich auch Gottes befreiendes Handeln für die Welt auszuführen.

Und wer weiß, wie sehr sich die Kommentatoren in den jüdischen Medien darüber gewundert haben, dass die Migrantin Rut ihr Leben selbst in die Hand nimmt und damit nicht in das Bild der vielbeschriebenen, doch bisher nicht gefundenen Integrationsverweigerer passt.

Auch der Bestseller in den Bücherregalen »Judäa schafft sich ab« wurde durch ihre Geschichte widerlegt. Denn man könnte sagen: Ruts und Naomis Integration ist gelungen! Und damit verändert sich auch die jüdische Gesellschaft bis hin zum Stammbaum Jesu, der in die Zukunft der Welt reicht.

Diese biblische Geschichte hilft uns zu verstehen, was wir alles gewinnen, wenn wir uns Flüchtlingen und Migranten zuwenden. Wenn wir auf jene

zugehen, die gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen – sei es durch Krieg und Folter, durch Hunger oder Perspektivlosigkeit.

Sie machen sich auch heute auf, um nach Europa zu kommen, ins moderne Beth-Lehem, das »Haus des Brotes« unserer Zeit, das Land der Fülle und des schier grenzenlosen Konsums, aber auch das Land geschlossener Schranken und gefährlicher Grenzen, an denen jedes Jahr tausende den Tod finden. Wenn wir auch in unserer Zeit heute auf der Suche nach Gott sein wollen, dann führt uns die Geschichte von Rut genau zu ihnen, an deren Seite Gott steht.

Deshalb ermutigt uns Gott dazu, uns zu engagieren für eine bessere Welt, eine menschlichere Welt.

Eine Welt, in der nicht die Herkunft zählt oder die Sprache, die wir sprechen, sondern allein unser Menschsein.

Eine Welt, die nicht unterscheidet in Fremde und Einheimische, sondern die offen ist für alle, die darin leben wollen.

Eine Welt, in der zivilgesellschaftliches Engagement nicht belächelt oder gar kriminalisiert wird, sondern gewürdigt und erwünscht ist.

Eine Welt, wo Multikulti kein Kampfbegriff mehr ist, sondern Ausdruck einer selbstverständlichen Vielfalt an Lebensformen und Kulturen.

Eine Welt, wo nicht Angst und Abgrenzung das letzte Wort haben, sondern Zusammenhalt und Zukunft.

Ja, eine Welt, die nicht den Himmel verspricht, sondern die Leben auf Erden gelingen lässt.

Von einer solchen Welt erzählt die Geschichte Ruts und für eine solche Welt steht am Ende auch der Mann aus Nazareth, in dem wir den Gottessohn und Menschenbruder erkennen. Mit ihm können wir an dieser Welt bauen und den Ruts und Naomis unserer Zeit eine echte Chance geben – aber auch uns selbst und unserer Gesellschaft! Indem wir zusammenhalten, können wir Zukunft gewinnen.

Amen.

Die Predigt wurde im Rahmen der bundesweiten Vorbereitungsstagung zur Interkulturellen Woche 2011 am 4. Februar 2011 in der Alten Nikolaikirche in Frankfurt/M. auf der Grundlage einer Auswahl von Textstellen aus dem Buch Rut gehalten. Sie finden diese Auswahl unter www.interkulturellewoche.de

■ OKR Thorsten Leißer ist Referent für Menschenrechte und Migration im Kirchenamt der EKD sowie Mitglied im ÖVA.

■ Kontakt:
Kirchenamt der EKD
Referat Menschenrechte und Migration
Herrenhäuser Str. 12, 30419 Hannover
Tel.: 0511 / 27 96 - 411
thorsten.leisser@ekd.de
www.ekd.de



Gottesdienst am 4. Februar 2011 im Rahmen der bundesweiten Vorbereitungsstagung zur Interkulturellen Woche in der Alten Nikolaikirche in Frankfurt/M.

Foto: Shirin Shahidi

VORSCHLAG FÜR EINEN ÖKUMENISCHEN GOTTESDIENST IM RAHMEN DER



INTERKULTURELLEN WOCHEN 2011

Dieser Gottesdienst wurde im Rahmen der bundesweiten Vorbereitungsstagung zur Interkulturellen Woche am 4. Februar 2011 in der Alten Nikolaikirche in Frankfurt/M. von OKR Thorsten Leißer, Msgr. Wolfgang Miehle und Erzpriester Dr. Georgios Basioudis gehalten. Die Predigt zu Rut finden Sie auf Seite 37 ff dieses Heftes.

Musik

Votum

Wir feiern diesen Gottesdienst im Namen Gottes,
des Vaters,
dessen Liebe grenzenlos ist,
im Namen des Sohnes,
dessen Menschlichkeit uns Mut macht,
und im Namen der Heiligen Geistkraft,
die uns Zukunft eröffnet. Amen.

Begrüßung

Lied: Herr, in deine Hände

Herr, in deine Hände

1.-4. Herr, in dei - ne Hän - de
(V/A)

le - ge ich

1. mei - nen
2. mei - ne
3. mei - ne
4. mei - nen

Weg, be - glei - te mich.
Zeit, er - bar - me dich.
Angst, er - hö - re mich.
Dank, ich glau - be an dich.

Text, Melodie und Satz: Gregor Linßen. Aus der Messe „Lied vom Licht“
© 1991 Edition GL, Neuss



Foto: Shirin Shahidi

Kyrie (dazwischen: Kyrie eleison)

Gott, in unserem Land werden immer noch rassistische Parolen ausgerufen und Menschen anderer Herkunft erniedrigt. Wir sind oft zu gleichgültig oder fühlen uns überfordert, dagegen einzuschreiten und dagegen unsere Stimme zu erheben: *Kyrie eleison!*

Gott, Sprachschwierigkeiten der Lippen und der Herzen lassen uns oft ermüden in unserer Bereitschaft, aufeinander zuzugehen. Sprachschwierigkeiten führen auch immer wieder zu großen Missverständnissen und Vorurteilen unter uns: *Kyrie eleison!*

Gott, du hast jeden Menschen in Liebe erschaffen und du willst uns in jedem unserer Mitmenschen begegnen. Oft nehmen wir diese Begegnung nicht ernst und sind nicht fähig, dich im Angesicht unserer Mitmenschen zu erkennen: *Kyrie eleison!*

Der allmächtige Gott erbarme sich unser, er nehme aus unserem Herzen hinweg alle Gleichgültigkeit, Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit und lasse uns mit zuversichtlichem Herzen diese heilige Feier begehen. Amen.

Gebet

Wo du bist,
Gott,
zählen Geschlecht, Hautfarbe und Herkunft
nicht mehr.

Wo du wirkst,
Gott,
leben Menschen und Kulturen
in aller Verschiedenartigkeit miteinander.

Wo du bleibst,
Gott,
verlieren Angst, Vorurteile und Hochmut
ihre Macht.

Darum lass uns,
Gott,
immer wieder bei dir sein und mit dir leben.

Amen.

(aus: Vera Sabine Winkler, aus: Du Gott, Freundin der Menschen.
Neue Texte und Lieder für Andacht und Gottesdienst,
Stuttgart 1991, S. 106.)

Lesung: Die Geschichte von Rut

Lied: Bless the lord, my soul

Bless the Lord

$\text{♩} = 76$

Bless the Lord, my soul, and
bless his ho - ly name. — Bless the Lord, my
soul, who leads me - in - to life.

MS: Jacques Berthier. © Atelier et Presses de Taizé, F-71250 Taizé-Communauté

Predigt über Rut

Lied: Der Heimat Gesicht

1. Ihr seid der Heimat Ge-sicht, den Heimat-lo-sen
Licht, der Be-ginn einer neuen Welt – ☩ kei-ne neue Welt,
die den Himmel verspricht, kei-ne neue Zeit, die das
Heute ver-gisst, ei-ne Welt, die le-ben lässt.

2. Ihr seid der Hoffnung Gesicht, den Hoffnungslosen Licht ...
3. Ihr seid der Zukunft Gesicht, den Ahnungslosen Licht ...

Text: Thomas Laubach
Musik: Thomas Quast
© tvd-Verlag Düsseldorf



Msgr. Wolfgang Miehle und Erzpriester Georgios Basioudis (v.l.n.r.)

Foto: Shirin Shahidi

Fürbitten (dazwischen: Herr, erbarme dich, EG 178.11)

Du unser Gott,
du schenkst uns immer wieder deine Nähe, die zur Solidarität anstiftet. Höre uns nun, wenn wir füreinander beten:
Wir bitten dich für alle Flüchtlinge, deren Heimat verloren geht.

Für alle Traumatisierten, deren Vertrauen in die Menschen erschüttert ist.

Für alle unbegleiteten Minderjährigen, deren Kindheit nur ein ferner Traum scheint.

Für sie rufen wir zu Dir: *Herr, erbarme dich.*

Wir bitten dich für alle, die sich gerne integrieren wollen und deren Freiheit doch durch Anpassungsdruck eingeengt wird.

Für alle, die Freude an Multikulti haben und deren Glück immer wieder durch den Ruf nach einer »Leitkultur« getrübt wird.

Für alle, die furchtlos zusammen halten wollen und die doch schnell als »Gutmenschen« belächelt werden.

Für sie rufen wir zu Dir: *Herr, erbarme dich.*

Wir bitten dich für alle, die aus Angst vor Überfremdung gar nicht mitbekommen, wie schön Vielfalt sein kann.

Für alle, die zum eigenen Vorteil auf Kosten von Migrantinnen und Migranten Stimmung machen.

Für alle, die sich mit verbaler und physischer Gewalt gegen ein friedliches Miteinander stemmen.

Für sie rufen wir zu Dir: *Herr, erbarme dich.*

Wir bitten dich für unser Land, unsere Kommunen und Kirchengemeinden, andere religiöse Gemeinschaften und Freundschaftsvereine, Verbände und Gruppen, die miteinander dazu beitragen, dass diese Welt gerechter wird und freier und gemeinschaftlicher, zum Wohle aller Menschen.

Für sie, für uns rufen wir zu Dir: *Herr, erbarme dich.*

Vater Unser

Lied: Masithi Amen
(EG Hessen-Nassau 605)

Schlussgebet

Öffne uns, Gott, die Augen, dass wir sehen, was die Menschen um uns herum am dringendsten brauchen. Setze unsere Hände in Bewegung, dass wir Hungrigen unseren Hunger stillen können.

Tue unseren Mund auf, damit wir andere ansprechen, trösten und ermutigen und denen eine Stimme verleihen, die sprachlos und resigniert sind.

Rühre unser Herz an, dass wir die Wärme gegenüber Menschen ausstrahlen können, die verzweifelt sind.

Lehre uns die Großzügigkeit, Fremde willkommen zu heißen.

Ermutige uns, unseren Besitz mit Menschen zu teilen, die nichts auf der Haut haben.

Wecke in uns die Verpflichtung zur Fürsorge für die Kranken, die Stärkung brauchen.

Indem wir unsere Angst und unsere Liebe, unsere Kraft und unseren Wohlstand teilen, nehmen wir Anteil an deiner göttlichen Gegenwart inmitten unserer oft kalten und lieblosen Welt. Amen.

Segen

Es segne uns Gott der Vater, Schöpfer der Welt.

Es segne uns Gott der Sohn, Erlöser der Welt.

Es segne uns Gott die Geistkraft, Hoffnung der Welt.

Es segne uns der grenzenlose und gerechte Gott, der Vater, der Sohn und der Heilige Geist. Amen.

Musik

■ Kontakt:

OKR Thorsten Leißer
Kirchenamt der EKD
Herrenhäuser Str. 12, 30419 Hannover
Tel.: 0511 / 27 96 411
thorsten.leisser@ekd.de
www.ekd.de

Weitere Bausteine für Gottesdienste finden Sie
in der Rubrik »Bausteine für Gottesdienste« unter
www.interkulturellewoche.de



Foto: Shirin Shahidi

BIBLISCHE MODELLE DES ZUSAMMENHALTS

Prof. Dr. Wolfgang Reinbold

»Zusammenhalten – Zukunft gewinnen« – das Motto der Interkulturellen Woche stellt den Zusammenhalt der Gemeinschaft in den Mittelpunkt. Damit greift es ein zentrales Anliegen vieler biblischer Schriften auf. Die Suche nach geeigneten Texten für Gottesdienste, Andachten oder Veranstaltungen zur Interkulturellen Woche fällt nicht schwer. Nach meinem Dafürhalten bieten sich folgende Texte im Jahr 2011 in besonderer Weise an:

1. DAS PROPRIUM DES SONNTAGS

Der vom Ökumenischen Vorbereitungsausschuss vorgeschlagene Termin für die Eröffnung der Interkulturellen Woche ist Sonntag, der 25. September 2011. Im evangelischen wie im katholischen Kirchenjahr sind für diesen Sonntag einige Texte vorgesehen, deren Thema sich eng mit dem Thema der Interkulturellen Woche berührt. So kann die Interkulturelle Woche auch dort zum Thema werden, wo keine gesonderten Veranstaltungen zur Sache geplant sind.

Evangelischer 14. Sonntag nach Trinitatis:

Evangelium des Sonntags ist Lk 17, 11-19, die Geschichte von den zehn Aussätzigen. Jesus heilt sie, nur einer der Aussätzigen kehrt nach der Bestäti-

gung der Heilung durch die Priester zu ihm zurück und dankt ihm. »Und das war ein Samariter« (V. 16). In seiner Antwort betont Jesus das Vorbild des Mannes: Er, der ein Fremder ist, hat gehandelt, wie es recht ist vor Gott (V. 18).

Es ist das einzige Mal im Neuen Testament, dass das griechische Wort für den Anders-artigen verwendet wird: Der *allo-genis*, der Andersstämmige, Landfremde, Ausländer wird zum Modell rechten Verhaltens. Damit rückt der Text in die Nähe der Grundgeschichte christlicher Nächstenliebe, der ebenfalls von Lukas erzählten Geschichte vom barmherzigen Samariter (Lk 10,25-37). Hier wie dort werden die Grenzen der religiös-kulturellen Selbstverständlichkeiten überschritten, wird das damals wie heute verbreitete Muster des Wir – Ihr durchbrochen. »Wir Juden« – »Ihr Samaritaner«? »Wir Christen« – »Ihr Muslime«? Nein: Der Ausländer mit der fremden Religion wird Jesus zum Vorbild für rechtes Handeln.

Römisch-katholischer 26. Sonntag im Jahreskreis:

Epistel des Sonntags ist Phil 2,1-11. Paulus ermahnt die Leserinnen und Leser zu Liebe, Einmut und Eintracht. »In Demut schätze einer den andern höher ein als sich selbst. Jeder achte nicht nur



Prof. Dr. Wolfgang Reinbold

Foto: Jens Schulze

auf das eigene Wohl, sondern auch auf das der anderen« (V. 3-4). Gemeinwohl, nicht Eigennutz, Zusammenhalt, nicht Gegeneinander soll das Leben in Philippi bestimmen. Die Gemeinde soll gesinnt sein »wie es dem Leben in Christus Jesus entspricht« (V. 5).

Der Ratschlag des Apostels gilt in erster Hinsicht für das Zusammenleben innerhalb der Gemeinschaft der Christgläubigen. Er gilt, wie stets bei Paulus, in zweiter Hinsicht aber auch für das Zusammenleben in der Stadt Philippi insgesamt. »Eure Güte lasst kund sein allen Menschen!«, ermahnt der Apostel die Gemeinde zwei Kapitel später (4,5). Griechen, Römer, Juden, sie alle sollen von der Menschenfreundlichkeit der Christen erfahren und von ihr profitieren. Die auf das Gemeinwohl bedachte christliche Praxis endet nicht an den Grenzen der Gemeinde.

2. DIE KOMMUNE

»So spricht der Herr Zebaoth: Baut Häuser und wohnt darin; pflanzt Gärten und esst ihre Früchte; nehmt euch Frauen und zeugt Söhne und Töchter, nehmt für eure Söhne Frauen und gebt eure Töchter Männern, dass sie Söhne und Töchter gebären; mehrt euch dort, dass ihr nicht weniger werdet. Suchet der Stadt Bestes ..., und betet für sie zum Herrn; denn wenn's ihr wohlgeht, so geht's auch euch wohl.«

GEDENKE HERR

Gedenke, Gott, derer, die in Zwangsarbeit, Verbannung, in bitterer Knechtschaft, in aller Bedrängnis, Not und Drangsal sind, und all derer, die nach deiner großen Barmherzigkeit verlangen, und derer, die uns lieben, wie auch jener, die uns hassen, und auch derjenigen, die uns Unwürdigen aufgetragen haben, für sie zu beten.

...

Denn du bist, Herr, die Hilfe der Hilflosen, die Hoffnung der Hoffnungslosen, der Retter der Sturmbedrängten, der Hafen der Seefahrenden, der Arzt der Kranken. Werde du selbst allen alles, der du jeden kennst, seine Bitten, sein Haus und seine Bedürfnisse.

■ Kleiner Auszug aus dem Anaphora-Gebet der Liturgie des Heiligen Basilios des Großen, aus dem Buch »Liturgie: die Göttliche Liturgie der Orthodoxen Kirche; deutsch – griechisch – kirchenslavisch / hrsg. u. erl. von Anastasios Kallis – Mainz: Matthias-Grünwald-Verl., 1989.

Der Brief des Propheten Jeremia an die Landsleute im Ausland (Jer 29,4-7) meldet sich zu Wort in einer politischen Lage, die Manches mit der aktuellen Lage in Deutschland gemein hat. Die Gemeinschaft der Israeliten fragt sich: Wie sollen wir leben in diesem Land, das nicht unser Geburtsland ist? Wie sollen wir uns in der Fremde verhalten? Sollen wir uns in unsere eigenen Viertel zurückziehen, unsere Kinder untereinander verheiraten und uns nur um unsere eigenen Angelegenheiten kümmern? Viele scheinen seinerzeit für dieses Modell plädiert zu haben. Ihr sollt euch nicht mit den Fremden einlassen, sagen sie. Grenzt euch von ihnen ab, wo immer ihr könnt. Kümmert euch nicht um die öffentlichen Angelegenheiten in dieser Stadt, die so ganz anders ist als die Städte, die wir kannten. Wir sind Bürger eines anderen Landes. Was haben wir mit diesen Leuten zu schaffen?

Der Prophet stellt diesem Modell, das man etwas zugespitzt ein Modell der Parallelgesellschaften nennen könnte, ein Modell der Kommune entgegen. Das war seinerzeit für viele unwillkommen und ist es mancherorts auch heute. An die Migranten wie an die Aufnahmegesellschaft stellt der Text die drängende Frage: Wie haltet ihr's mit den Anderen? Fremd sind sie und haben eine andere Kultur und Religion. Seid ihr dennoch bereit, mit ihnen zusammenzuleben? Kümmert ihr euch um die öffentlichen Angelegenheiten, die euch wie sie gleichermaßen betreffen? Und wie steht's im Privaten: Gebt ihr »eure Töchter Männern« auch dann, wenn diese Männer nicht euresgleichen sind? Wenn sie eine andere Religion haben und womöglich eine andere Hautfarbe? Es lohnt sich, diese hochaktuellen und für die Zukunft Deutschlands grundlegenden Fragen einmal anhand des Briefes des Propheten Jeremia durchzudeklinieren.

3. SOZIALE GERECHTIGKEIT

»Wenn du dein Land aberntest, sollst du nicht alles bis an die Ecken deines Feldes abschneiden, auch nicht Nachlese halten. Auch sollst du in deinem Weinberg nicht Nachlese halten noch die abgefallenen Beeren auflesen, sondern dem Armen und Fremdling sollst du es lassen; ich bin der Herr, euer Gott« (3. Mose 19,9-10).

Mit dem prophetischen Aufruf zum Zusammenhalt ist es nicht getan, so unverzichtbar er ist. Es braucht verbindliche Sozialgesetze, eine Zukunft eröffnende Unterstützung der Schwachen und der Fremden: Ihre Grundsicherung ist zu gewährleisten (V. 9-10), die Zeitarbeiter sind angemessen zu bezahlen (V. 13), die Behinderten fair zu behandeln (V. 14), es gilt gleiches Recht für alle (V. 15). Am Ende des 19. Kapitels des dritten Buches Mose sind diese Grundregeln biblischer Sozialethik verdichtet zu dem kühnen Satz: Du sollst den Fremdling lieben wie dich selbst (19,33-34).

Die Geschichte der Ruth, die der Ökumenische Vorbereitungsausschuss in diesem Jahr als Predigttext für den Gottesdienst anlässlich der Vorbereitungstagung der Interkulturellen Woche ausgesucht hat, ist eines von vielen biblischen Beispielen für die Praxis solcher Fremdenliebe. Obwohl Israel und Moab seit alters her im Streit liegen, behandelt der Israelit Boas die Moabiterin Ruth freundlich, ja wie eine Nächste: »Halte dich zu meinen Mägden. Und wenn dich dürstet, so geh hin zu den Gefäßen und trinke. Iss vom Brot. Und er legte ihr geröstete Körner vor, und sie aß und wurde satt und ließ noch übrig« (aus Ruth 2,8-14).

»Liebe« zum Fremden, »Liebe« zum Nächsten (3. Mose 19,18), das ist hier wie an vielen anderen Stellen in der Bibel nicht in erster Linie ein Gefühl, wie

es gelegentlich missverstanden worden ist, sondern eine Tat. Es ist, mit Worten unserer Zeit zu sprechen, Fairness, Teilhabe, Rechtsstaat. Es ist soziale Gerechtigkeit, auch für die Fremden.

P.S.

Das meistverkaufte Buch im Jahr 2010 war Thilo Sarrazins »Deutschland schafft sich ab«. Es hat die Stimmung im Blick auf die Fremden, insbesondere auf »die Muslime«, stark beeinflusst. Gut und tröstlich zu wissen, dass es ein altes Buch gibt, das in deutschen Bücherschränken noch häufiger zu finden ist. Lassen Sie uns sein klares Wort im Jahr 2011 deutlich zu Gehör bringen. »Wenn ein Fremdling bei euch wohnt in eurem Lande, den sollt ihr nicht bedrücken. Er soll bei euch wohnen wie ein Einheimischer unter euch, und du sollst ihn lieben wie dich selbst« (3. Mose 19,33-34).

■ Prof. Dr. Wolfgang Reinbold ist Beauftragter für Kirche und Islam im Haus kirchlicher Dienste der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers.

■ Kontakt:
Ev.-luth. Landeskirche Hannovers
Haus kirchlicher Dienste
Archivstr. 3
30169 Hannover
Tel.: 0511 / 12 41 - 972
reinbold@kirchliche-dienste.de
www.kirchliche-dienste.de/islam

GEDANKEN ZUR INTERKULTURELLEN WOCHEN 2011

»ZUSAMMENHALTEN – ZUKUNFT GEWINNEN«

Pfarrer Helge Hohmann

»Wie viel Mal schlafen, bis ich mit zu Marian darf?« Unsere Tochter hat eine neue Freundin im Kindergarten, mit der sie alles macht: Draußen herumtoben, im Sternenzimmer kuscheln, die Puppen an- und ausziehen, sich angiften und wieder vertragen. Morgens freut sie sich auf Marian und wenn es nach Hause geht, fragt sie, ob Marian morgen auch sicher wieder da ist. Ein besonderes Highlight in der Woche ist es, wenn sie sich nach dem Kindergarten nachmittags zu Hause besuchen.

»Marians Papa ist Spanier!« weiß unsere Tochter. Wir rätseln. Kann das sein? Ihre Mutter heißt doch »Zengin« mit Nachnamen, das kam uns immer türkisch vor. Eines Tages treffen wir Frau Zengin in der Stadt und trinken einen Kaffee miteinander – die Gelegenheit, sie einfach mal zu fragen. Und tatsächlich: Frau Zengin ist Türkin, ihr Mann Spanier. Fröhlich und stolz erzählt sie, dass ihre Kinder drei Sprachen können: Spanisch, Türkisch und Deutsch.

Unsere Verwirrung hat sich aufgelöst und uns wird klar: Die Welt wird immer bunter, auch unsere Welt hier vor Ort in Unna. Warum soll es das auch nicht geben: ein spanisch-türkisches

Mädchen in einem deutschen evangelischen Kindergarten? Schließlich spielt unsere Tochter dort ja auch noch mit Kindern mit vietnamesischem, griechischem, mazedonischem, portugiesischem Hintergrund.

Doch für sie spielt es überhaupt keine Rolle, woher ihre Spielkameradinnen kommen. Für sie ist entscheidend: hat die andere auch so Spaß an Puppen wie ich? Verteilt sie keine Schläge und Kniffe? Lässt sie sich gerne mal umarmen? Kann ich mit ihr auch mal etwas Freches anstellen?

Jesus sagt: »wer den Willen tut meines Vaters im Himmel, der ist mir Bruder und Schwester und Mutter« (Mt 12,50). Der Kindergarten ist ein wunderbarer Ort, diese Art von Seelenverwandtschaft zu entdecken, die nicht nur kulturelle Grenzen überwindet, sondern etwas Neues entstehen lässt, eine gemeinsame Identität der Verschiedenen, in der Herkunft und Abstammung keine Rolle mehr spielen.

Wir hören in letzter Zeit so viel von angeblich nicht gelungener Integration, von Parallelgesellschaften, von Verdächtigungen und Unterstellungen gegenüber Zugewanderten; Vorurteile und Schubladendenken gegenüber der



Helge Hohmann

Foto: Institut für Kirche und Gesellschaft der EKvW

Gruppe der Migrantinnen, die es als eine einheitliche Gruppe überhaupt nicht gibt, finden in Buchform reißenden Absatz.

Deutschland ist längst weiter, als es diese unsägliche Diskussion erscheinen lässt. Wir erleben es im Alltag und wir können es sehen, wenn wir nicht nur auf das Schwierige und Störende achten. Und wir können Freude an dieser Vielfalt entwickeln, an dem neuen, bunten Land, das wir längst sind. Das trägt weiter, als alle Parolen von »Fördern und Fordern«, die doch immer das »Fordern« betonen.

Lassen Sie uns nach noch mehr Orten suchen, an denen diese alltägliche Vielfalt gelebt werden kann, an denen das Motto der diesjährigen bundesweiten Interkulturellen Woche ein Stück weit umgesetzt wird: »Zusammenhalten – Zukunft gewinnen.«



Vater-Kind-Festival am Institut für Kirche und Gesellschaft der EKvW

Foto: Institut für Kirche und Gesellschaft der EKvW

■ Helge Hohmann ist Pfarrer für Zuwanderung, Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen.

■ Kontakt:
Haus Villigst
Iserlohner Str. 25, 58239 Schwerte
Tel.: 02304 / 755 - 32
h.hohmann@kircheundgesellschaft.de
www.kircheundgesellschaft.de

ZUSAMMENHALTEN – ZUKUNFT GEWINNEN

EIN KREATIVER EINSTIEGSIMPULS ALS GRUNDLAGE

ZU VERTIEFTER BESCHÄFTIGUNG MIT DEM THEMA

Susanne Haag

IDEE:

10 Akteurinnen und Akteure gestalten die unten beschriebene Performance, die weitgehend ohne Worte auskommt, sodass sie gut von Menschen dargestellt und verstanden wird, die über wenig Deutschkenntnisse verfügen. Die Performance ist bewusst offen gehalten, sodass sie auf die konkrete Situation vor Ort und die Herausforderungen, die sich dort für den Zusammenhalt und den Bau einer gemeinsamen Zukunft stellen, ausgelegt werden kann.

Folgende Elemente der Performance eignen sich zu weitergehender Vertiefung während des Gottesdienstes:

- **Die Klebestreifen:** Menschen versuchen ihren Alltag zu bestehen. Tun sie dies eher allein oder gemeinsam? An welchen Stellen verläuft ihr Alltag parallel – wie die Klebestreifen – und wo gibt es Unterschiede?
- **Der Stuhl:** Welchen Hürden begegnen wir im Alltag, die wir nicht alleine meistern können?
- **Die schwarz gekleideten Akteure:** Was macht Angst im Umgang mit einander? Wo bestehen Vorbehalte? Schlechte Erfahrungen?
- **Die bunt gekleideten Akteure:** Was stärkt den Zusammenhalt unter Menschen verschiedener Herkunft? Was hilft Brücken zu bauen?

DIE PERFORMANCE:

Zwei Klebestreifen werden parallel nebeneinander vor dem Altar auf den Boden geklebt (Länge ca. 6 m; Entfernung zwischen den Streifen ca. 1,5 m; ideal ist ein erhöhter Platz).

Zwei Akteure stellen sich vor die Gemeinde. Namensschilder sind in Größe A4 auf ihrer Brust befestigt. Der Name des einen Akteurs klingt typisch deutsch, der andere legt einen Migrationshintergrund nahe. Die Akteure stel-

len sich auf der gleichen Seite jeder an den Anfang eines Klebestreifens. Beide beginnen auf dem Klebestreifen zu balancieren. Schnell beginnen sie zu schwanken. Sie treten mit einem Fuß neben den Klebestreifen. Daraufhin gehen sie zurück zum Beginn des Klebestreifens und versuchen es erneut. Der Versuch wird 2-mal wiederholt. Beim dritten Mal kommt einer der beiden Akteure gut vorwärts. Als der andere merkt, dass er zurückbleibt, schiebt er den anderen von seinem Strich. Beide fangen von vorne an. Diesmal balancieren beide ca. 3 m weit ohne den Klebestreifen zu verlassen. Sie treffen auf ein Hindernis – jeweils ein Stuhl ist über ihren Klebestreifen gestellt. Als die beiden ihr jeweiliges Hindernis erreichen, mimen sie Ratlosigkeit. Sie kratzen sich am Kopf und denken nach. Sie versuchen einen Schritt auf den Stuhl zu machen um diesen zu überwinden. Dabei beginnen sie jedoch wieder zu schwanken und ziehen den Fuß zurück auf den Strich. Auch ein zweiter Versuch bleibt vergeblich. Beide strecken die Arme seitlich aus, um ihre Balance zu verbessern. Dabei berühren sich ihre Hände. Gestützt durch die Hand des anderen schaffen sie es auf den Stuhl zu steigen und schauen sich um.



Susanne Haag

Foto: privat

Drei bis vier weitere, schwarz gekleidete Akteure treten auf und laufen um die Stühle. Sie versuchen die auf den Stühlen stehenden Akteure zu erschrecken und deuten an, dass sie sie vom Stuhl stoßen möchten. Diese bekommen Angst. Sie gehen in die Hocke und umklammern ihre Beine. Vier weitere, bunt gekleidete Akteure treten auf und verscheuchen die Schwarzgekleideten. Jeweils zwei von ihnen stellen sich um einen Stuhl und strecken ihre Arme ausgebreitet nach oben. Die auf dem Stuhl Stehenden stützen sich auf die bunt gekleideten Akteure und können so vom Stuhl heruntersteigen, sodass sie auf der anderen Seite als vorher auf dem Strich stehen.

Sie beginnen wieder zu balancieren, legen dabei aber den buntgekleideten Akteure die Arme um die Schultern, sodass eine stabile Reihe aus allen Akteuren entsteht, die sicher zum Ende der Klebestreifen gehen kann. Dort drehen sich alle zur Gemeinde und beenden das Spiel mit einer gemeinsamen Verbeugung.

■ Susanne Haag ist Pfarrerin z.A. im Asylpfarramt Reutlingen.

■ Kontakt:
Evangelische Kontaktstelle für Asylarbeit
Planie 17, 72764 Reutlingen,
Tel.: 07121 / 94 86 13
asylpfarramt@kirche-reutlingen.de

PREDIGT IM DIALOG

Pfarrerin Dr. Ursula Schoen

Diese Predigt fand im Weihnachtsgottesdienst 2009 im Ökumenischen Zentrum Christuskirche in Frankfurt am Main statt. Die Dialogpartner waren Ursula Schoen, Beauftragte für Flüchtlingsaufnahme der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, und Merga Negeri Arabe, ehemals Friedens- und Konfliktbeauftragter der ev.-luth. Mekana Jesu-Kirche in Äthiopien.



Merga Negeri Arabe und Ursula Schoen

Foto: Petra Heipke

IN DIALOG TRETEN

Ein altersschwacher Pappkarton, darin Maria und Josef mit ihrem Kind: Diese polnische Krippenszene und die Weihnachtsgeschichte vor Augen begannen mein Kollege, Merga Negeri Arabe, und ich unsere Vorbereitung für eine »Predigt im Dialog«, die wir gemeinsam gestalten wollten. Vor der Predigt stand der Dialog – und das Lernen voneinander:

»Wie gut«, dachte ich beim Anblick der Krippenszene, geprägt vom täglichen Umgang mit Menschen ohne rechtliche Sicherheit und familiären Rückhalt, Flüchtlingen wie Maria und Josef eben, »die haben wenigstens eine Herberge, klein und dürrftig, aber doch ein Schutzraum«.

»Wie schrecklich«, sagte mein äthiopischer Kollege, »dieses Bild erinnert mich an ein Lager, das ich in einer Friedensmission in Uganda besucht habe. Ungefähr 50 000 Menschen lebten in diesem Lager. Sie leben in kleinen, völlig überfüllten Hütten mit erbärmlichen sanitären Einrichtungen. Dieser Pappkarton erinnert mich daran, unter welch schrecklichen Umständen Menschen leben oder vielmehr vegetieren müssen.«

IM DIALOG PREDIGEN – GRUNDLAGEN

Ein Bild oder ein Text wecken sehr unterschiedlichen Gedanken und Gefühle in jedem einzelnen von uns. Dies führt in der Alltagskommunikation nicht selten zu Missverständnissen unabhängig davon, ob Menschen die gleiche oder verschiedene Sprachen sprechen. Wo

aber diese Wahrnehmungsunterschiede in einen Dialog treten können, da werden sie Ausgangspunkt für Neuentdeckungen und Horizonterweiterungen – so auch die Predigt im Dialog.

Die Dialogpredigt lässt anders als ein monologischer Predigtvortrag verschiedene Zugänge zu einem Text zu. Diese müssen am Ende der Predigt nicht versöhnt sein. Sie beziehen vielmehr die Hörenden aktiv in das Predigt geschehen ein: Sie können die vorgetragenen Positionen in sich vereinigen, sich auf eine Seite schlagen oder eine dritte Meinung in den Dialog einführen. Der biblische Text ist – so macht die Dialogpredigt deutlich – ein Geheimnis, das immer neu erschlossen werden muss. Dazu ist es wichtig im Gespräch zu bleiben: mit anderen und mit der Bibel. Das macht sie zu einem wichtigen In-

ENGEL DER KULTUREN SKULPTUR UND KUNSTPROJEKT ZUR FÖRDERUNG DES INTERKULTURELLEN DIALOGS



Die Skulptur enthält die Zeichen der drei abrahamischen Weltreligionen. Diese stehen hier stellvertretend für alle Kulturen und Religionen. Im Anschluss an den Auftakt-Gottesdienst am 24. September 2010 in Essen wurde in einer gemeinsamen Aktion diese Skulptur von der Erlöserkirche zum Aalto-Theater gerollt, um dort einen Sandabdruck (Bodenintarsie) zu gestalten. Mit dem Projekt Engel der Kulturen soll der interkulturelle und interreligiöse Dialog unterstützt werden, der das friedliche Zusammenleben, das gemeinschaftliche Agieren, aber auch den Erfahrungsaustausch und das Verständnis für die jeweilige Spiritualität zum Ziel hat.

■ www.engel-der-kulturen.de

Vor der Moschee in Solingen-Wald bei der Kunstaktion
»Engel der Kulturen – Von Köln nach Essen«

Foto: Atelier Merten/Dietrich

strument interkultureller und ökumenischer Begegnung.

DEN PREDIGTDIALOG GESTALTEN – EMPFEHLUNGEN ZU DURCHFÜHRUNG

1. Ausgangspunkt bei der Vorbereitung einer Dialogpredigt sollte immer das gemeinsame Gespräch über den auszulegenden biblischen Text sein.
2. Bei diesem Gespräch ist wie bei jeder Predigtvorbereitung die Unterscheidung

zwischen persönlichen Assoziationen zu diesem Text und exegetischen Überlegungen wichtig.

3. Am Ende der gemeinsamen Textauslegung ist es hilfreich, noch einmal Gemeinsamkeiten und Differenzen in der Sichtweise des Textes im Sinne einer Ergebnissicherung zu formulieren.
4. Dann erfolgt die Entscheidung, wer welchen Part in der Dialogpredigt übernehmen soll. Hier lassen sich sehr ver-

schiedene Gegenüberstellungen denken: Zwei Figuren des Textes, Mann und Frau, Angehöriger einer Mehrheits- und einer Minderheitskirche etc.

5. Die eigentlich Predigt kann entweder auf der Basis einer gemeinsamen Absprache erfolgen, wie das Predigtgespräch in der inhaltlichen Abfolge verläuft. Oder ein Dialogpartner schreibt eine erste kurze Predigt, die die Partnerin im Anschluss mit Einschüben ihrerseits ergänzt.

6. Dialogpredigten als zweisprachige Predigten brauchen in der Vorbereitung eine Übersetzung in die jeweilig andere Sprache. Diese muss den Gottesdienstbesuchern am Eingang durch vorbereitete Blätter zugänglich gemacht werden. Wenn große Sprachdifferenzen bestehen, ist es für die Hörenden hilfreich, wenn die Anlage der Predigt so gestaltet ist, dass Menschen, die nur eine Sprache verstehen, in ihrer Sprache eine abgeschlossene Kurzpredigt hören.

FÜRBITTEN

VERWUNDET – VERWANDELT – LEIB CHRISTI

Christus, durch Deine Wunden sind wir geheilt. Zu Dir kommen wir mit den Verletzungen dieser Welt:

Abschluss jeder Fürbitte: Herr, unser Gott ... – Gemeinde: Wir bitten Dich erhöere uns.

1. (Slowenisch) Viele Familien leben in schwierigen Verhältnissen: die Wohnungen sind klein, das Einkommen reicht nicht, Arbeitslosigkeit ist verbreitet. Segne die Familien mit Deiner heilenden Gegenwart.
2. (Spanisch) Auch in unserer Stadt leben Frauen, die schwanger werden und sich nicht darüber freuen können. Viele Sorgen drücken sie nieder und lassen sie an Abtreibung denken. Segne die Frauen mit Deiner heilenden Gegenwart und schenke ihnen Mut, damit die Kinder geboren werden.
3. (Englisch) Die Wirtschaft und unser Finanzsystem sind krank. Wir machen zu viele Schulden. Segne die verantwortlichen Banker und Politiker mit Deiner Gegenwart und lass uns alle wahrhaftig leben.
4. (Portugiesisch) Unser Bistum ist in einem tiefen Wandel. Gemeinden wachsen zusammen, größere Einheiten entstehen. Segne und verwandle die Pastoralen Räume mit Deiner Gegenwart.
5. (Italienisch) Die Kirche in unserem Land ist tief verwundet. Der zunehmende Priestermangel bereitet uns tiefe Sorgen. Schenke uns Demut und Ehrlichkeit, und segne unsere Kirche mit Deiner heilenden Gegenwart.
6. (Tagalog) In unserer Stadt leben viele Menschen, die aus anderen Ländern zugewandert sind. Manchmal erfahren sie Ausgrenzung, weil sie schlecht Deutsch sprechen oder eine andere Hautfarbe haben. Segne unser Miteinander mit Deiner Gegenwart.
7. (Polnisch) Viele Menschen werden psychisch krank: sie leiden an Depressionen oder haben Selbstmordphantasien. Andere Menschen können sich nicht selbst annehmen und nicht an die Liebe Gottes glauben. Segne und verwandle sie mit Deiner heilenden Gegenwart.
8. (Kroatisch) Viele Menschen werden Opfer von Gewalt und Terror. Wir denken besonders an die Menschen im Nahen Osten, im Irak, in Afghanistan, in Thailand. Segne sie mit Deiner heilenden Gegenwart.
9. (Deutsch) Die Welt, Deine Schöpfung, ist tief verwundet. Umweltkatastrophen machen uns ratlos. Segne die Natur mit Deiner heilenden Gegenwart und hilf uns allen, respektvoll mit der Schöpfung umzugehen.

Gott unseres Lebens, Du kennst unsere Not. Du verwandelst uns in das, was wir empfangen dürfen: in den Leib Christi. Darauf vertrauen wir durch ihn, Christus, unseren Herrn. Amen.»

■ Dr. Brigitta Sassin
Referat Muttersprachliche Gemeinden, Referat Christlich-Islamischer Dialog
Fachstelle für katholische Stadtkirchenarbeit, Frankfurt/M.

■ Dr. Ursula Schoen ist Pfarrerin und Beauftragte für Flüchtlingsaufnahme der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, ab Mai 2011 Dekanin in Frankfurt Mitte-Ost.

■ Kontakt:
Diakonisches Werk in Hessen und Nassau
Tel.: 069 / 79 47 - 326
ursula.schoen@dwhn.de
www.diakonie-hessen-nassau.de

GEMEINSAME LESUNGEN ZUM 11. SEPTEMBER 2011

Abrahamisches Forum in Deutschland

Am 11. September 2011 erinnern wir uns an ein Ereignis, das mit menschenverachtender Gewalt die Welt verändert hat. Blutige Kriege und Anschläge waren eine Folge. Hunderttausende wurden weltweit zu Opfern von Gewalt, insbesondere Muslime in Afghanistan und Irak, aber auch Menschen in London, Madrid oder Istanbul. Bis heute dauern die damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen an.

Das Abrahamische Forum in Deutschland hat in Erinnerung an den 11. September 2001 eine Erklärung erarbeitet. Sie soll in der Zeit vom 9. - 11. September 2011 gemeinsam von Juden, Christen und Muslimen in Moscheen, Synagogen und Kirchen verlesen werden – möglichst in Zusammenhang mit dem Freitagsgebet, der Sabbatfeier und dem Sonntagsgottesdienst am 11. September 2011. Damit wird öffentlich gemacht, dass Gewalttaten wie am 11. September 2001 von Juden, Christen und Muslimen verurteilt werden.

Jüdische, christliche und muslimische Gemeinden oder Einrichtungen können für die Lesungen geeignete Persönlichkeiten benennen. Natürlich kann die Erklärung auch von Persönlichkeiten von zwei oder aus einer Religionsgemeinschaft verlesen werden. Im Anschluss an die Lesungen ist es auch möglich, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens um einige Worte zu bitten. Solche Ansprachen sollten wenige Minuten nicht überschreiten.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZUM 11. SEPTEMBER 2011

Menschenverachtende Gewalt hat am 11. September 2001 die Welt aufgerüttelt. Juden, Christen, Muslime wie auch Menschen anderer Religion oder ohne Religion verabscheuen diese Verbrechen. Solche Gewalttaten sind durch

nichts zu rechtfertigen. Sie lassen sich mit den Grundwerten unserer Religionen nicht vereinbaren.

Seit Jahren gibt es immer häufiger Dialoge und Kooperationen zwischen Menschen abrahamischer Religionen. Gemeinsam wollen wir dazu beitragen

- den Frieden zu festigen und Gewalt zu verhindern,
- für Gerechtigkeit aktiv zu sein und Armut zu verringern,
- die Schöpfung zu erhalten und für künftige Generationen zu bewahren,
- das Miteinander zu verbessern sowie Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit und Christenfeindschaft zu überwinden.

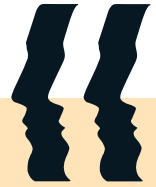
Wir treten dafür ein, die Ursachen von Spannungen und Konflikten zu beseitigen. Wir engagieren uns dafür, das 21. Jahrhundert zum Jahrhundert der Menschenrechte werden zu lassen.

Geprägt von diesen Zielen besuchen wir – die Mitglieder des Abrahamischen Forums in Deutschland Synagogen, Kirchen und Moscheen und lesen in Erinnerung an den 11. September 2001 gemeinsam diese Erklärung.

Die Gemeinsame Erklärung des Abrahamischen Forums wird mitgetragen vom Deutschen Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Deutschen Islamforum, Three Faiths Forum, London, Interfaith Encounter Association, Jerusalem, Europäischen Abrahamischen Forum und dem Internationalen Rat der Christen und Juden.

Der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Durão Barroso, begrüßt die Initiative und wünscht dem Abrahamischen Forum bei diesen Bemühungen viel Erfolg.

Interkultureller Rat in Deutschland



Das Abrahamische Forum

ist ein Zusammenschluss von Juden, Christen, Muslimen, Bahá'í mit Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Stiftungen beim Interkulturellen Rat in Deutschland. Ziel ist die Verbesserung des Miteinanders von Juden, Christen, Muslimen und Bahá'í. Ausführliche Informationen enthält das Buch »Abrahamische Ökumene. Dialog und Kooperation« von Karl-Josef Kuschel und Jürgen Micksch, Frankfurt/M. 2011, Lembeck-Verlag, das im Buchhandel oder beim Interkulturellen Rat zu erhalten ist.

Bitte informieren Sie den Interkulturellen Rat über eine vorgesehene Lesung oder Veranstaltung. Wir wollen dies in einem Veranstaltungskalender auf der Homepage des Interkulturellen Rates veröffentlichen.

Bitte teilen Sie uns den Ort mit, den Namen der Einrichtung (z.B. Name der Kirche) und die Adresse, die vorgesehene Veranstaltungsform (z.B. Gottesdienst mit Lesungen), Datum und Uhrzeit sowie eine Ansprechperson bzw. organisierende Stelle mit Telefon.

Das Abrahamische Forum hat eine nach Orten geordnete Liste von Persönlichkeiten zusammengestellt, die bereit sind, Gemeinden bei dieser Initiative zu beraten. Die genannten und erfahrenen Persönlichkeiten können telefonisch kontaktiert oder per Mail angefragt werden. Die Liste mit den Kontaktdaten finden Sie in der Langfassung dieser Erklärung unter: www.interkultureller-rat.de

■ Herausgeber und Kontakt:
Interkultureller Rat in Deutschland
Goebelstr. 21, 64293 Darmstadt
info@interkultureller-rat.de
www.interkultureller-rat.de

»EINE INSTITUTION DES VERTRAUENS«

DER RAT DER RELIGIONEN IN FRANKFURT AM MAIN

Ilona Klemens

SIND RELIGIONEN EHER QUELLE DES FRIEDENS ODER DES GEWALTSAMEN KONFLIKTS?

Viele der im interreligiösen Dialog Aktiven wissen, dass diese Frage heute viele mit letzterem beantworten werden. Das Bild von »Religion« in der Öffentlichkeit ist mitunter wenig positiv besetzt und so wird durchaus des Öfteren behauptet, dass eine Welt ganz ohne Religion eine bessere, weil friedlichere Welt wäre.

Umso erstaunlicher schien es, dass die Frankfurter Bild-Zeitung den Rat der Religionen zu seiner Gründung im April 2009 mit der Überschrift »Sie schaffen Frieden in Frankfurt!« geradezu herzlich willkommen hieß.

Die Oberbürgermeisterin der Stadt, Petra Roth, knüpfte an den Rat in einer Pressemitteilung vom September 2008 die Hoffnung, dass er zu einer »Institution des Vertrauens« werden könne, der im Alltag des Großstadtlebens Wege zum gegenseitigen Verstehen und zur konstruktiven Konfliktbewältigung aufzeigen möge.

ENTSTEHUNG, ZUSAMMENSETZUNG UND DEFINITION

Nach fünfjähriger, intensiver Vorbereitungszeit hat sich am 1. April 2009 der Frankfurter Rat der Religionen gegründet. Er versteht sich als *freiwilliger, selbstorganisierter und politisch unabhängiger Zusammenschluss* von möglichst mandatierten Vertreterinnen und Vertretern aus verschiedenen Frankfurter Religionsgemeinschaften und Verbänden.

Zurzeit besteht er aus 23 Mitgliedern aus neun Religionen bzw. Religionsfamilien (die Baha'i Gemeinde, Buddhistische Gemeinden, Christliche Kirchen und [ökumenische] Vereinigungen, Kirche Jesu Christi d. Hl. d. letzten Tage [Mormonen], Hinduistische Gemeinden, Islamische Gemeinden, Jüdische Gemeinde, die Ahmadiyya Muslim Ja-



Mai 2009: Empfang des Rates der Religionen Frankfurt im Römer durch OB Petra Roth

maat und die Sikh Gemeinde) in einem relativen Zahlenverhältnis, das einerseits die Größe der jeweiligen Religionsgemeinschaften berücksichtigt, aber ein Übergewicht der großen Religionen verhindert. Zudem soll sich auch die innere Vielfalt der Religionen im Rat widerspiegeln, d.h. verschiedene Strömungen, Konfessionen und Traditionen repräsentiert sein.

Der Rat versteht sich nicht als Gremium von geistlichen und religiösen Würdenträgern, sondern setzt sich aus ehrenamtlich tätigen Menschen ganz verschiedener Berufsgruppen zusammen, unter denen sich auch, aber eben nicht vornehmlich, Theologinnen und Theologen befinden.

DIE ZIELE UND DIE ARBEIT DES RATES

Der Rat hat sich bei der Gründung eine Satzung gegeben und einen Vorstand gewählt, der sich ca. alle sechs Wochen trifft. Die Mitglieder des Rates kommen etwa 4- bis 5-mal im Jahr zusammen; konkrete Projektarbeit leisten vom Rat initiierte Arbeitsgruppen. Im Vergleich zu den vielen anderen, in Frankfurt ebenfalls aktiven interreligiösen Initiativen, hat der Rat der Religionen einen klar *gesellschaftspolitischen Fokus*. Es geht nicht um theologische, sondern um praktische Fragen des Zusammenlebens in einer multikulturellen und multireligiösen Stadt.

Die Mitglieder haben sich dafür folgende Ziele gesetzt

Wir wollen nach innen

- uns gegenseitig besser kennen und verstehen lernen
- respektvoll miteinander umgehen
- Verbindendes suchen und Differenzen akzeptieren und tragen
- gemeinsame Interessen entdecken und zur Sprache bringen
- auf Missionierung im Sinne des Drängens zum Religionswechsel verzichten.

Wir wollen nach außen

- beispielhaft die Möglichkeit friedlichen Zusammenlebens verschiedener Religionen und Kulturen vorleben
- uns mit aktuellen gesellschaftlichen und politischen Themen in der Stadt beschäftigen und gemeinsam Stellung nehmen
- uns für das friedliche und gleichberechtigte Miteinander aller Frankfurterinnen und Frankfurter einsetzen
- Vorurteilen, Diskriminierung und Gewalt entgegenwirken – insbesondere gegen eine Religion, wie auch im Namen einer Religion.

Wir wollen gemeinsam eintreten für

- die Grund- und Menschenrechte als gemeinsame Werteordnung
- das Recht, eine Religion frei auszuüben oder sie wechseln zu können, wie auch für das Recht, keine Religion zu haben

- Integration und Anerkennung der religiösen und kulturellen Vielfalt.

Wir verfolgen diese Ziele

- durch Dialog und Vernetzung
- durch Kooperation mit der Stadt und geeigneten Akteuren der Zivilgesellschaft
- durch Prävention und Mediation in Konflikten.

Der Rat hat in den bisherigen zwei Jahren mehrere öffentliche Podien organisiert, eine Reihe von Stellungnahmen zu aktuellen Ereignissen mit einem Bezug zur Stadt Frankfurt verfasst und eine Reihe von Projekten und Kooperationen angestoßen. Zurzeit sind ein Jugendprojekt, ein Schulprojekt und ein Seelsorgeprojekt in Vorbereitung.

Trotz der Fokussierung auf gesellschaftspolitische Fragen ist dem Rat

jedoch auch daran gelegen, nach innen die verschiedenen religiösen Traditionen für seine Mitglieder bekannter zu machen. So finden die Sitzungen wechselnd in den Mitgliedsgemeinden statt, die dadurch die Möglichkeit bekommen, sich den Ratsmitgliedern genauer vorzustellen. Darüber hinaus gibt es interne Fortbildungen zu Glauben, Theologie und Traditionen der jeweiligen Religionen.

ZU DEN INTERKULTURELLEN WOCHEN:

Seit der Gründung des Rates ist eine Multireligiöse Feier Teil der offiziellen Eröffnung der Frankfurter Interkulturellen Wochen. Damit gibt es ein Angebot, das einerseits die multireligiöse Vielfalt in Frankfurt sichtbar macht, in dem Gebete, Texte, Lieder uvm. aus den verschiedenen Religionen zu gemeinsam vereinbarten Themen vorge-

stellt werden. Gleichzeitig wird durch eine Zweiteilung der Eröffnung der Tatsache Rechnung getragen, dass sich mittlerweile etwa ein Drittel der Bevölkerung keiner Religion zugehörig fühlt. Gerade hier liegt in Zukunft ein weiteres Feld für den Dialog, der noch mehr Beachtung erfordert, um wechselseitige Ängste ab- und notwendiges Vertrauen auch über die religiösen Grenzen hin zu nicht-religiösen Menschen aufzubauen.

■ Kontakt:

Ilona Klemens
Pfarrerin für Interreligiösen Dialog,
Evangelische Kirche Frankfurt und
Geschäftsführung Rat der Religionen
Frankfurt
Tel.: 069 / 42 726 17 16
kontakt@rat-der-religionen.de
www.rat-der-religionen.de

INTERRELIGIÖSER PROJEKTTAG AN DER KONRAD-ADENAUER-SCHULE IN SELIGENSTADT

Claus Ost

Ein Dienstagvormittag im Mai 2010: In Gewänder gehüllte Gestalten sind in der Aula der Grundschule unterwegs.

»Ach, ist heute wieder der Tag mit den Religionen?« fragt ein Mädchen, das durch die offene Tür sieht.

Zum vierten Mal gibt es den Projekttag »Christentum – Islam« für die dritten Klassen der Konrad-Adenauer-Schule im Norden Seligenstadts.

250 Kinder besuchen die Schule, viele davon leben im Seligenstädter Stadtteil Niederfeld, in dem rund 35 % der Bewohnerinnen und Bewohner einen Migrationshintergrund haben.

Die Idee zu dem Projekttag hatten die Gemeindeferentin Gabi Laist-Kerber von der katholischen Pfarrgemeinde St. Marien und Claus Ost, Gemeindepädagoge der Evangelischen Kirchengemeinde Seligenstadt und Mainhausen. Dritter im Bunde und die prägende Figur der Veranstaltung ist Yilmaz Memisoglu, der den Islam vertritt. Memisoglu

ist vielfach aktiv, zum Beispiel als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen. Mit seinen weißen Haaren und dem Bart verkörpert er den Stammvater Abraham beziehungsweise Ibrahim, wie er im Koran heißt.

An der Durchführung des Projekts, das die zweite bis fünfte Schulstunde umfasst, sind alle Religionslehrerinnen der Grundschule beteiligt, ebenso die Lehrerin für türkischen muttersprachlichen Unterricht.

Zum Beginn im Jahr 2007 gab es einen intensiven Vorbereitungsprozess: »Sollen wir wirklich die Geschichte mit der Opferung des Sohnes nehmen?« fragte die evangelische Religionslehrerin skeptisch. Yilmaz Memisoglu konnte überzeugen: Die Geschichte ist der Hintergrund des Opferfestes, des höchsten islamischen Festes.

Und: Sie steht in der Bibel und im Koran – mit dem Unterschied, dass in der biblischen Fassung der von Abra-



Foto: Gisela Weiler

hams Frau Sarah geborene Sohn geopfert werden soll, während in der muslimischen Überlieferung Ismael, Sohn von Sarahs Dienerin Hagar, diese Rolle spielt.

Um 8.35 Uhr beginnt die zweite Stunde, die rund 60 Schülerinnen und Schüler dürfen am Eingang der Aula ein farbiges Kärtchen mit dem Symbol ihrer Religion – Kreuz oder Halbmond – ziehen.

Die Farbe bestimmt später die Gruppenzugehörigkeit für die Stationenarbeit.

Die Lehrerinnen in langen Gewändern helfen dabei, ein Kopftuch aufzusetzen, das von einer Kordel gehalten wird. Die Schultaschen werden alle in einer Ecke gelagert, Teppichstücke laden zum Sitzen auf dem Boden ein. Alle sind im Nomadenlager in der Wüste, der Herkunftsgegend der Religionen, angekommen und grüßen sich gegenseitig mit Salaam aleikum – Friede sei mit Dir – U aleikum assalaam – und der Friede mit dir!

Mit der Frage »Habt ihr Geschwister?« beginnt Yilmaz Memisoglu seine Erzählung vom Aufbruch Abrahams und der lange verheißenen Geburt der beiden Söhne Isaak und Ismael, der beiden Brüder, die die Israeliten und die Araber repräsentieren. Dass Brüder sich nicht immer gut verstehen, kennen die Kinder aus ihrem Alltag. Die Geschichte bildet die Grundlage, sich in den folgenden 80 Minuten näher mit Gemeinsamkeiten und Unterschieden im Christentum und Islam zu beschäftigen.

Gebetshaltungen, Feste, Gebäude (Kirche und Moschee), Heilige Bücher (Bibel und Koran) sind die Überschriften der Stationen, die in kleinen Gruppen für jeweils 20 Minuten besucht werden. Immer geht es darum, nach einigen Grundinformationen die Kinder über erlebte und erfahrene religiöse Praxis ins Gespräch zu bringen. Besonders beliebt ist die Station »Feste und Feiern«, denn dort gibt es neben Be-

TAG DER OFFENEN MOSCHEE: 3. OKTOBER 2011



■ Kontakt:
Zentralrat der Muslime
in Deutschland
www.zentralrat.de

© Torsten Born/PIXELIO

richten über die jeweiligen Festtage auch die passenden Süßigkeiten zum Probieren.

Der Tag endet wieder in der Aula. Im Plenum wird das Lied »Habt ihr schon gehört von Abraham?« gesungen.

Schülerinnen und Schüler aus der Zeitungs-AG moderieren eine Auswertungsrunde: Was habt Ihr Neues erlebt? Was kanntet Ihr schon?

Mit der Erinnerung daran, dass der Segen Gottes beiden Söhnen – und damit beiden Religionen – gilt, und dem Abschiedsgruß »Ich entlasse Dich in die Hände Gottes« endet der Projekttag um 12.15 Uhr.

Die Kinder waren dabei die ExpertInnen für ihre Religion. Muslimische Kinder hatten oft mehr zu berichten

und lösten bei ihren MitschülerInnen aus christlichen Familien Erstaunen aus: Wieso kannst Du diese Schriftzeichen lesen? Woher weißt Du, was das bedeutet?

Schule wird zum Kommunikationsort für Lebenspraxis – nicht nur für die Schülerinnen und Schüler. Jetzt bereiten wir den fünften Projekttag vor, er ist zum festen Bestandteil der Grundschulzeit geworden.

■ Kontakt:
Gemeindepädagoge Claus Ost
Evangelischen Kirchengemeinde
Seligenstadt und Mainhausen
Tel.: 06182 / 2 96 54
claus.ost@seligenstadt-evangelisch.de
www.seligenstadt-evangelisch.de

»VERSCHIEDENHEIT ACHTEN – GEMEINSCHAFT STÄRKEN«

GEMEINSAMER RELIGIONSUNTERRICHT AN DER THEODOR-HEUSS-SCHULE IN OFFENBACH

Carolin Simon-Winter

Arjun, Dilek, Marija, Peter, Rosanna und Jessica sitzen im Kreis mit weiteren jungen Menschen zusammen und sprechen darüber, was sie in den vergangenen Wochen Besonderes erlebt haben. Es ist Anfang Januar, die Moslems hatten ihr Opferfest, die Juden Chanukka, bei den Christen war Weihnachten und alle

haben sie den Jahreswechsel gefeiert, wenn auch in unterschiedlichen Formen.

Dass Juden, Christen, Moslems, Atheisten, Buddhisten, Hindus und andere gemeinsam über Religionen und Weltanschauungen, ihre Feste und Traditionen sprechen, gehört zum Unterrichts-

alltag der Theodor-Heuss-Schule in Offenbach. Seit 3 Jahren gibt es dort das Projekt »Verschiedenheit achten – Gemeinschaft stärken«, das Teil des schulischen Gesamtprojektes »Interkulturelles Lernen, damit Bildung gelingt« ist.

Die Idee zu dieser Arbeit ist aufgrund der Zusammensetzung unserer Schüler-

schaft entstanden. Die Schule wird von etwa 2100 Schülerinnen und Schülern besucht, von denen über 70 Prozent Migrationshintergrund haben. Ziel der Projektarbeit ist es einerseits, bestehende Konflikte zu thematisieren, Hintergründe verständlich zu machen und gegebenenfalls Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln. Andererseits, und dies ist ganz wichtig, geht es uns darum, die Chancen dieser Multikulturalität zu nutzen.

Eines davon ist die Gestaltung des Religions- und Ethikunterrichts in der 11. Klasse des beruflichen Gymnasiums. Normalerweise wählen sich die Schüler zu Beginn des Schuljahres in die Kurse Evangelische und Katholische Religion oder Ethik ein. Sie erleben somit ihre Religion bzw. Weltanschauung als etwas, was sie voneinander trennt. Wir, das waren zunächst Stephan Pruchniewicz (katholischer Diplomtheologe) und ich, Carolin Simon-Winter (evangelische Pfarrerin) wollten dieser impliziten Botschaft entgegentreten, ohne die Unterschiede der Religionen zu verwischen oder gar aufzuheben. In unserer Unterschiedlichkeit wollten wir die Schüler im Team unterrichten. Da der größte Teil unserer Schülerschaft einer der muslimischen Religionsgemeinschaften angehört, war es uns wichtig, von Anfang an gemeinsam mit einer Muslima zu unterrichten. Wir konnten Frau Gonca Aydin, eine ausgebildete muslimische Theologin sowie Magister der Religionswissenschaften der Uni Frankfurt, für unser Projekt gewinnen. So unterrichten wir nun zu dritt, nicht immer alle gleichzeitig, aber für die Schülerinnen und Schüler der vier 11. Klassen gemeinsam verantwortlich und ansprechbar.

Ausgehend von den Lehrplänen der Fächer evangelische und katholische Religion sowie Ethik, haben wir ein Curriculum entwickelt, das im Wesentlichen die drei Religionen Judentum, Christentum und Islam sowie säkulare Weltanschauungen in Verbindung mit den Begriffen »Toleranz« und »Dialog« in den Blick nimmt. Unser Projekt soll keine grundsätzliche Alternative zum klassischen Religionsunterricht sein, sondern als Bereicherung für bestimmte Jahrgangsstufen dienen.

Wir denken, dass es wichtig ist, jungen Menschen die Möglichkeit zu bieten, innerhalb ihrer Religion und Tradition Heimat zu finden, ohne sich von anderen wertend abzugrenzen oder sich verteidigen zu müssen.

Und wie erleben das die Schüler? Die erste Lernerfahrung in allen Klassen ist: »Wir sind anders!« Und es wird nicht nur sichtbar, dass sich Christen von Moslems unterscheiden und diese wiederum von Atheisten oder Buddhisten, sondern auch die scheinbar homogenen Blöcke der Moslems, der Christen, der Atheisten weichen auf, ohne jedoch Unterschiede zu verwischen. Wir erleben, dass gerade in der Differenzierung die Chance zur Verständigung liegt. Die Religionen bekommen viele verschiedene Gesichter. Es erscheinen neben evangelischen, katholischen, syrisch-, serbisch-, griechisch-orthodoxen Christen solche aus Pfingst- und Freikirchen; wir erleben sunnitische, alevitische, schiitische Muslime, Zugehörige der Ahmadiyya-Gemeinde und Buddhisten aus

Tibet und Myanmar. Diese bewusst wahrgenommene Vielfalt stiftet eben keine Verwirrung, vielmehr lernen die Schüler an sich selbst, dass es ein Anders-Sein gibt, dass das Eigene nicht bedroht und somit nicht als Konkurrenz gesehen werden muss. Ein Schüler sagte einmal: »Man lernt Gemeinsamkeiten und Unterschiede (!) zu schätzen und beginnt Hintergründe zu verstehen. Das schafft ein besseres Miteinander«. Wir hoffen, dass wir dieses Miteinander weiterhin gestalten können, denn es ist nicht nur lehrreich, sondern bringt auch viel Spaß.

■ Kontakt:
Pfarrerin Carolin Simon-Winter
Theodor-Heuss-Schule
63071 Offenbach
carolin-si-wi@gmx.de

ÖFFENTLICHE FOTOAKTION AUF BLAUEM SOFA GEGEN ABSCHIEBUNG

■ Über 100 Menschen beteiligten sich in Essen an der Aktion »Keine Abschiebung in Folterstaaten!«, die anlässlich des bundesweiten Auftakts der Interkulturellen Woche am 24. und 25. September 2010 stattfand. Passanten und Besucher des ökumenischen Eröffnungsgottesdienstes ließen sich auf einem blauen Sofa mit der Forderung »Keine Abschiebungen in Folterstaaten!« fotografieren und einige von ihnen unterstrichen ihre Forderung mit individuellen Kommentaren.



Foto: ProAsyl/Flüchlingsrat Essen

ZUSAMMENHALTEN – ZUKUNFT GEWINNEN

AKTIONEN DER GRIECHISCH-ORTHODOXEN KIRCHENGEMEINDE MANNHEIM

IM JUBILÄUMSJAHR

Erzpriester Dr. Georgios Basioudis

Die Staatsverschuldung Griechenlands und die öffentliche Diskussionen um die Beteiligung Deutschlands an der Europäischen Finanzhilfe für den Mittelmeerraum haben nicht nur die Europäische Union, sondern auch das Zusammenleben von Griechen und Deutschen in Deutschland auf eine Bewährungsprobe gestellt. Neben vielen beleidigenden und undifferenzierten Berichten der deutschen Medien über die Situation in Griechenland mussten sich viele Menschen täglich von ihren Kollegen auf der Arbeit, von ihren Kunden, von ihren Nachbarn und Bekannten viele dumme Sprüche anhören. Es gab sogar anonyme Drohbriefe und ganze Familien mussten teilweise unter Polizeischutz gestellt werden. Diese Krise im Verhältnis der etwa 350.000 in Deutschland lebenden Bürgerinnen und Bürger mit griechischem Migrationshintergrund zu den Einheimischen ist Gott sei Dank schnell überwunden worden. Dazu haben auch die verschiedenen Veranstaltungen, die die griechisch-orthodoxe Kirchengemeinde und die griechischen Verbände und Vereine überall in Deutschland im vergangenen Jahr anlässlich des Jubiläumsjahrs »50 Jahre Deutsch-Griechisches Anwerbeabkommen 1960-2010« organisiert haben, beigetragen. Sie haben bewiesen, dass die hier lebenden griechischstämmigen Menschen nicht nur dazu beigetragen haben, dass Deutschland ein wirtschaftlich vorangekommenes Land ist, sondern dass sie auch völlig integriert und unverzichtbare Partner in der Ökumene, in der Gewerkschaft, in der Nachbarschaft und in der interkulturellen Landschaft der zeitgenössischen Bundesrepublik geworden sind. Drei kleine Beispiele aus den vielen Veranstaltungen zum Jubiläumsjahr möchte ich Ihnen im Folgenden darstellen:

Am 30. März 1960 ist in Bonn die Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Griechenland über die Anwerbung und Vermittlung von griechischen Arbeitnehmern durch die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet worden. Infolgedessen kamen tausende griechische Arbeiter und Studenten nach Deutschland. Im Jahr 2010 feierten wir Griechen überall in Deutschland das 50. Jubiläum unserer Gegenwart in der Bundesrepublik. Verschiedene kulturelle Veranstaltungen wurden organisiert. Wir haben in Mannheim auf eine große festliche Veranstaltung verzichtet. Stattdessen haben wir versucht, im Rahmen mehrerer Veranstaltungen einige kleine Zeichen zu setzen. So ist uns gelungen, am 23. Januar im Rahmen der offiziellen Übergabe der Kirche im Stadtteil Luzenberg,

die wir von der katholischen Gesamtkirchengemeinde Mannheim gekauft haben, eine Kollekte zugunsten der Initiative der katholischen Seelsorgeeinheit Waldhof-Gartenstadt für den Kindermittagstisch für die armen Kinder in Waldhof als eine kleine Geste der Anerkennung und Dankbarkeit gegenüber der Muttergemeinde unserer Kirche, der St. Franziskusgemeinde in Waldhof, zu sammeln. Dieses erste Zeichen galt also der römisch-katholischen Kirche.

Das zweite Zeichen war die aktive Mitorganisation einer Blutspendeaktion in Kooperation mit dem Deutschen Roten Kreuz in Waldhof im Oktober. Wir konnten 35 Blutspendewillige aus der Griechischen Kirchengemeinde mobilisieren, was vom Roten Kreuz als ein gelungener Anfang wahrgenommen wurde. Dieses zweite Zeichen galt also der breiteren Gesellschaft.



Foto: Nikolaos Dimakas

Als dritte Aktion konnten wir den griechischen Pächter des historischen Gasthofes »Zum Adler« in Sandhofen, Herrn Konstantinos Tsoumanis, dazu bewegen, einen Teil des Erlöses seines »Griechischen Abends« im November 2010 zugunsten der Migrationsberatung des Diakonischen Werkes in Mannheim zu spenden. Uns Griechen geht es heutzutage – Gott sei Dank – gut in der Bundesrepublik und wir sind mehr oder weniger integriert. Es gibt aber weiter viele Menschen, die dort stehen, wo wir bzw. unsere Mütter und Väter vor 50 Jahre gestanden haben; sie benötigen dringend Hilfe, Beratung und Integrationsangebote. Als Zeichen der Dankbarkeit zunächst gegenüber dem Diakonischen Werk, aber auch aus Solidarität gegenüber den anderen Migranten und Asylsuchenden in Mannheim, widmeten wir diesen Abend und einen Teil seines Erlöses der Migrationsarbeit des Diakonischen Werkes in Mannheim.

■ Erzpriester Dr. Georgios Basioudis, Griechisch-Orthodoxe Kirchengemeinde in Mannheim, ist Mitglied im ÖVA.

■ Kontakt:
mannheim@orthodoxie.net
www.orthodoxie.net

UNSERE GESCHICHTEN – EURE GESCHICHTE? STADTTEILMÜTTER AUF DEN SPUREN DER GESCHICHTE

Jutta Weduwen

Berlin-Neukölln, ein gut gefüllter Saal mit etwa zweihundert Frauen und Männern unterschiedlichster Herkunft. Das Thema der Veranstaltung: »Miteinander statt Übereinander – Geschichte in der Einwanderungsgesellschaft«. Das Publikum stellt Fragen: »Ob die ASF-Seminare zum Nationalsozialismus die Stadtteilmütter politisiert hätten«, möchte eine ZuhörerIn wissen. Lächelnd antwortet eine Stadtteilmutter mit einer Gegenfrage: »Warum denken Sie eigentlich, wir seien vorher nicht politisch gewesen?«

Trotz der Realität von mehr als fünfzig Jahren Einwanderungsgesellschaft im Nachkriegsdeutschland wissen Mehrheitsgesellschaft und Migranten oft wenig voneinander. Kaum jemand erwartet, dass Muslime aus sozialen Brennpunkten in Berlin-Neukölln und Kreuzberg Seminarreihen zum Holocaust initiieren.

Mit dem Projektbereich Interkulturalität ist bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste eine Plattform entstanden, sich intensiv mit der Frage nach der Bedeutung und Ausgestaltung des erinnerungspolitischen Diskurses in der Einwanderungsgesellschaft zu beschäftigen. Seit vier Jahren organisieren wir Seminare zum Nationalsozialismus mit Stadtteilmüttern in Berlin-Kreuzberg und Neukölln. Stadtteilmütter sind Frauen mit Migrationshintergrund, die in sozialen Brennpunkten Familien beraten. Es waren die Stadtteilmütter, die diese Seminare angeregt hatten. Denn für sie ist die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der Schoa einer der Schlüssel zum Verständnis der deutschen Gesellschaft. Sie wol-

len ihren Kindern Antworten geben können, wenn sie sich in der Schule mit dem Holocaust beschäftigten und sich aktiv an gesellschaftlichen Debatten beteiligen, die Bezugspunkte in der deutschen Geschichte haben.

Eine Seminarreihe umfasst zehn Termine und eine Wochenendfahrt. Neben der Begegnung mit Zeitzeugen und dem Besuch von Gedenkstätten setzen die Stadtteilmütter sich in filmischen und schriftlichen Materialien mit unterschiedlichen Perspektiven und Aspekten der Geschichte des Nationalsozialismus auseinander.

Wenn wir von den ASF-Seminaren mit den Stadtteilmüttern berichten, stoßen wir häufig auf große Verwunderung, dass Migrantinnen und Migranten sich mit dem Thema Nationalsozialismus und Judenverfolgung auf eigene Initiative hin beschäftigen wollen. Besonders Muslimen wird häufig unterstellt, sie seien nicht an Themen der Aufnahmegesellschaft interessiert bzw. zu antisemitisch, um sich mit der Verfolgung und Vernichtung der Juden empathisch auseinander zu setzen. Häufig wird

ihnen auch gesagt, sie sollten sich erst mal mit ihrer eigenen Geschichte beschäftigen, womit immer die Geschichte ihres Herkunftslandes gemeint ist, unabhängig davon, wie lange sie in Deutschland leben bzw. welcher Geschichte sie sich zugehörig fühlen.

Diese negativen Bilder über Migranten, die ihnen pauschal Des-Interesse und Antisemitismus unterstellen und sie auf ihre Herkunftsgeschichte reduzieren, (re-)konstruieren ein ethnisches »Wir« und »Sie« und schließen Migranten aus historisch-politischen Diskursen der Mehrheitsgesellschaft aus.

Zu den Visionen von ASF gehört es, dass Migranten und Herkunftsdeutsche in Deutschland mit gleichen Rechten zusammenleben können und dass alle, die in dieser Gesellschaft leben, ihre Vorstellungen gleichberechtigt einbringen können und die Möglichkeit der gleichberechtigten Partizipation haben. Damit diese Vision Realität wird, müssen Eingewanderte mit ihren jeweiligen Realitäten und Geschichten wahrgenommen werden. »Ich wünsche mir, eines Tages auch meine Geschichte im deutschen Unterricht wiederzufinden« schreibt Perwin Ahmad in der ASF-Broschüre »Unsere Geschichte(n) – Eure Geschichte?«. Diese Perspektive möchten wir mit unserer Arbeit stärken: Zur deutschen Geschichte gehören auch die Geschichten der Deutschen mit Migrationshintergrund. Es geht darum, geschichtliches und politisches Lernen in der Einwanderungsgesellschaft als Dialog zu gestalten. Migrantinnen und Migranten können Herkunftsdeutsche ebenso politisieren wie andersherum.



In der Broschüre »Unsere Geschichte – eure Geschichte?« schildern vierzehn Stadtteilmütter ihre Eindrücke und Erfahrungen der Seminarreihe zur nationalsozialistischen Geschichte.

Sie kann für 3,- Euro bezogen werden über:
infobuero@asf-ev.de

Informationen zum Stadtteilmütter-Film »Es ist auch unsere Geschichte« finden Sie unter:
www.asf-ev.de/de/zeichen-setzen/interkulturalitaet/stadtteilmuetter-film.html

Kontakt: Jutta Weduwen
Projektbereich Interkulturalität
Aktion Sühnezeichen Friedensdienste
Auguststr. 80, 10117 Berlin
Tel.: 030 / 2 83 95 -154
weduwen@asf-ev.de
www.asf-ev.de/de/ueber-uns/interkulturalitaet.html

DIE HAUSAUFGABENHILFE – EIN FRÜHWARNSYSTEM

BEIM CARITASVERBAND DARMSTADT ERLEBEN 90 FREIWILLIGE HELFERINNEN UND HELFER BEGLÜCKENDE ERFOLGE MIT »IHREN« KINDERN

Elisabeth Götz

Andersenschule, Diesterwegschule, Erich-Kästner-Schule, Goetheschule ... Im Büro von Gülsün Özcan im Migrationsdienst des Caritasverbandes Darmstadt stehen jede Menge Ordner, auf denen die Namen von Grundschulen verzeichnet sind. Schlägt man einen von ihnen auf, finden sich Stundenpläne, Teilnehmerlisten, Adressen und Telefonnummern von Honorarkräften und Ehrenamtlichen, Abrechnungen und Protokolle von Gesprächen mit Schulleitungen. Ein richtiges kleines Bildungswerk verbirgt sich in Frau Özcan's Büro. Die vom Land Hessen geförderte Hausaufgabenhilfe der Caritas betreut in Darmstadt pro Schuljahr circa 500 Kinder in 16 Schulen. Aber das alles zu managen ist nur der kleinste Teil der Arbeit.

Spannend wird es, wenn man die Listen der teilnehmenden Kinder anschaut und nach ihrem Hintergrund fragt. Gülsün Özcan weiß um die schwierige Situation einer Flüchtlingsfamilie, in der kaum Deutsch gesprochen wird. Sie kennt die allein erziehende Mutter eines Mädchens, deren Wohnsituation ein geregeltes Hausaufgabenmachen für die Tochter kaum zulässt. Sie weiß, dass viele Kinder den ganzen Nachmittag allein zu Hause wären, könnten sie nicht in die Hausaufgabenhilfe der Caritas an ihrer Schule gehen. Etwa 80 Prozent derer, die sie in Anspruch nehmen, sind Kinder aus Zuwandererfamilien. Sie kommen aus allen möglichen Nationen. Im Jahr 2008 waren es 36.

Die von der Schule angebotene Ganztagsbetreuung kostet Geld – für viele Familien zu viel. Die 20 Euro im Schulhalbjahr für die Hausaufgabenhilfe dagegen sind gerade noch möglich. Geringverdiener und ALGII- oder Sozialhilfeempfänger sind ohnehin davon befreit.



Foto: Caritasverband Darmstadt

Die größte Leistung der Organisatoren ist es, Menschen zu finden, die für eine kleine Aufwandsentschädigung oder sogar ganz ohne Bezahlung regelmäßig und verlässlich an ein oder zwei Nachmittagen pro Woche in der Schule für die Kinder da sind.

Die Zusammenarbeit mit den Schulen ist eng. Zum Schuljahresanfang werden bei den Schulen »Antrittsbesuche« gemacht. Dabei wird das Angebot für das kommende Schuljahr verabredet. Nicht alle Schulen, die Interesse haben, können berücksichtigt werden. Da die Nachfrage größer als das Angebot ist, müssen immer wieder Absagen erteilt werden.

Die Lehrer stellen den Kindern oder auch den Eltern das freiwillige Angebot vor. Viele Migrantenfamilien, für die die Schule als Institution fremd ist, reagieren zurückhaltend. Gülsün Özcan bietet sich im Rahmen von Elternversammlungen in der Schule zum Gespräch an. Sie sucht aber Zuwandererfamilien auch zu Hause auf, um das Angebot in Ruhe zu erklären. Ihre eige-

ne türkische beziehungsweise kurdische Herkunft kommt ihr dabei entgegen. So kann sie gerade Familien türkischer Herkunft in ihrer Sprache erklären, warum die Sache mit der Schule, das Deutschlernen und die Bildungschancen für ihre Kinder so wichtig sind.

So wird beispielsweise eine Zeitlang eine Einzelbetreuung ermöglicht, um einen Wechsel in eine Förderschule zu verhindern oder die Versetzung in die jeweils nächste Klasse zu erreichen. Die Hausaufgabenhilfe fungiert als Frühwarnsystem, wenn es darum geht, Sonderschuleinweisungen von ausländischen Kindern zu vermeiden. Der örtliche Ausländerbeirat ist mit im Boot und hilft bei den Honorarkosten.

An die 90 Personen wirken bei der Hausaufgabenhilfe mit. Frau Özcan kennt sie alle. Sie besucht die Gruppen und bietet Fortbildungen und Termine zum gegenseitigen Austausch an. Die Hausaufgabenhilfe ist zwar kein neues Angebot, aber dennoch alles andere als ein alter Hut! Für Menschen, die sich nachmittags für einen begrenzten Zeit-

raum zur Verfügung stellen können und wirksam helfen wollen, erweist sich die Hausaufgabenhilfe als tolle Möglichkeit für ein gut strukturiertes Engagement. Eine Reihe junger Leute, vorwiegend Studierende, sind dabei, mehrere Pensionäre, auch ehemalige Lehrerinnen machen mit. Familienfrauen, die derzeit nicht oder nur Teilzeit im Erwerbsleben stehen, bringen sich ein.

Die kleinen Erfolge, wenn ein Kind das Klassenziel doch erreicht, der Besuch der weiterführenden Schule gelingt, die Dankbarkeit der Eltern zum Ausdruck kommt, erleben sie als beglückend. Und nicht selten werden aus solchen Lernbekenntnissen auch eine Art Familienempatschaften oder Freundschaften

PARTNER FÜR DIE ZIVILGESELLSCHAFT: BÜNDNIS FÜR DEMOKRATIE UND TOLERANZ – GEGEN EXTREMISMUS UND GEWALT

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) ist Ansprechpartner, Impulsgeber und Unterstützer, wenn es darum geht zivilgesellschaftliches Engagement von Bürgerinnen und Bürgern zu unterstützen, die mit ihrem Einsatz einen Beitrag für eine lebendige demokratische Gesellschaft leisten wollen.

Am 23. Mai 2010 feierte das BfDT im Rahmen des jährlich am Tag des Grundgesetzes stattfindenden Festakts zu seiner Gründung mit hunderten von Gästen seinen zehnten Geburtstag. Das von den Bundesministerien des Inneren und der Justiz gegründete Bündnis versteht sich als zentraler Ansprechpartner und Impulsgeber für zivilgesellschaftliche Projekte, Initiativen und engagierte Einzelpersonen in Deutschland. Es ist unsere Aufgabe, zivilgesellschaftliche Projekte und Initiativen miteinander zu vernetzen, zu bündeln und durch Publikationen, Veranstaltungen und Ehrungen bekannt zu machen. Als Mittler zwischen Staat und Zivilgesellschaft arbeiten wir dabei stets dezentral mit großen und kleinen Kooperationspartnern zusammen. Gemeinsam bringen wir Menschen unterschiedlichster Herkunft und mit verschiedenen Blickwinkeln zusammen, um mittels einer Vielzahl und großen Bandbreite an Veranstaltungen, Aktionen, Jugendbegegnungen oder Handreichungen praxisorientierte Lösungen voranzutreiben und jedem Interessierten zugänglich zu machen. Das BfDT nimmt seine aktive Rolle in den Themenbereichen: Demokratie, Toleranz, Extremismus, Gewaltprävention, Antisemitismus und Integration wahr. Nicht nur können hierzu Akteure zu konkreten Vorhaben mit uns Kontakt aufnehmen, sondern wir setzen auch ge-

zielt Impulse, um Missstände zu beheben. Ein Hinweis in eigener Sache sei noch erlaubt: Das Jubiläumsjahr möchten wir gemeinsam mit langjährigen Partner, Freunden und Interessierten nutzen, um einen Rückblick auf die vergangenen 10 Jahre zu werfen und in einem Ausblick gemeinsam Lösungs- und Handlungsstrategien zu entwickeln und umzusetzen, die nah an den wichtigen gesellschaftlichen Problemen sind.

Weitere Informationen finden Sie dazu stets zeitnah auf der Homepage des BfDT: www.buendnis-toleranz.de.

10 Jahre Bündnis bedeuten auch 10 Jahre Engagement für und mit der Zivilgesellschaft. Dabei haben wir die Erfahrung gemacht, dass Dialog und Austausch, aber auch der persönliche Einsatz eines jeden etwas bewegen. Die Schaffung von Bildungschancen und Chancengleichheit ist ein häufiges Anliegen der Initiativen, Vereine und Bündnisse, die wir fördern und u.a. mit dem Wettbewerb »Aktiv für Demokratie und Toleranz« auszeichnen. Konkretes Wissen zu vermitteln muss nicht allein die Aufgabe der bundesdeutschen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen sein, sondern kann auch auf anderen Wegen gefördert werden. Frauen und Männer aus ganz Deutschland engagieren sich ehrenamtlich für Kinder und Jugendliche, begleiten sie durch ihren

■ Kontakt: Gülsün Özcan
Caritasverband Darmstadt
Tel.: 06151 / 99 91 43
g.oezcan@caritas-darmstadt.de
www.caritas-darmstadt.de

Leicht gekürzte Fassung aus: Mig-Mag
Migrationsmagazin, Sozialcourage 3/2010
Deutscher Caritasverband (Hrsg.)
Karlstr. 40, 79104 Freiburg



Schulalltag, stehen z.B. jungen Flüchtlingen durch Bildungs- und Freizeitangebote bei oder geben jungen Schulabsolventen den Mut ihre Zuwanderungsgeschichte in den Schul- und Lehrbetrieb aktiv einzubringen. Bildung ist für jedes Kind der Schlüssel zum Erfolg. Kinder und Jugendliche mit einer Migrations- oder Zuwanderungsgeschichte, aber auch ihre Eltern, die für eine gute Zukunft ihrer Kinder Sorge tragen möchten, bedürfen zum Teil einer besonderen Unterstützung und Begleitung im System Schule.

Die nun folgenden Projekte und Initiativen aus ganz Deutschland tragen dazu bei. Das BfDT zeichnete sie im Rahmen seines jährlich stattfindenden Wettbewerbs »Aktiv für Demokratie und Toleranz« aus. Sechs Gewinner-Projekte möchten wir Ihnen nun vorstellen, um Mut und Lust zu machen eigene Ideen oder bereits erprobte vor Ort, in Ihren Stadtteilen, Bündnissen oder Vereinen umzusetzen.

■ Kontakt:
Josephine Steffen
Bündnis für Demokratie und Toleranz
Friedrichstraße 50, 10117 Berlin
Tel.: 030 / 2 36 34 08 - 0
steffen@bfdt.de
www.buendnis-toleranz.de

EHRENAMTLICHES NETZWERK VON LEHRKRÄFTEN »MEHR LEHRKRÄFTE MIT ZUWANDERUNGSGESCHICHTE«

© www.yaman-communications.de



■ Im Jahr 2006 durch die nordrhein-westfälische Landesregierung initiiert und in den landesweiten »Aktionsplan Integration« integriert, ging das Projekt »Mehr Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte« ein Jahr später an den Start. Hinter dem Projektnamen stehen weit über 400 Lehrerinnen und Lehrer, die selber eine Zuwanderungsgeschichte bzw. einen Migrationshintergrund haben. Sie werben für ihren Beruf, gehen in die Klassen und stehen ihren Schülerinnen, Schülern und deren Eltern beratend zur Seite, wenn sie Interesse an diesem Beruf haben. Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte tragen maßgeblich zur interkulturellen Öffnung von Kollegien an Schulen landesweit bei. Rund 40 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen haben eine Zuwanderungsgeschichte, aber nur geschätzte 2 % Prozent der Lehrerinnen und Lehrer teilen ihre spezifischen Erfahrungen. Lehrende mit einem vergleichbaren Hintergrund können Mittler zwischen Lehrern ohne Zuwanderungsgeschichte und Schülern sein. Ihre bilinguale wie bikulturelle Milieuerfahrung lassen sie zu authentischen Vorbildern gelungener Integration für alle Lehrerinnen und Lehrer werden. Sie sind auch ein Vorbild und Identifikationsfigur für die Jugendlichen und zeigen in persona, dass Bildung der Schlüssel zu dieser Gesellschaft und dem beruflichen Weiterkommen ist. »Mehr Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte« wurde auch in anderen Bundesländern erfolgreich umgesetzt.

■ Weitere Informationen unter: www.raa.de/mehr-lehrkraefte-mit-zuwanderung.html

DIAKONIEVEREIN MIGRATION: »ELTERNLOTSEN«



■ In dem Projekt »Elternlotsen« engagieren sich seit 2006 vier Elternlotsen an Haupt- und Realschulen im Landkreis Quickborn. Rund 50 Kinder und ihre Eltern begleiteten sie bereits durch das »System Schule«. Der Grundgedanke ist einfach, aber wirkungsvoll: Die Lotsen, die selbst türkisch, albanisch, russisch oder afghanisch sprechen, stehen den Eltern beratend und unterstützend zur Seite. Sie bedürfen ob Sprachschwierigkeiten und wenig bekannten Formalitäten und Abläufen ebenfalls der Hilfe. So gehen die Elternlotsen mit zu wichtigen Terminen in der Schule, geben persönliche Hilfestellungen und Beratung rund um die Themen Bildung und Erziehung, aber zeigen auch sinnvolle Freizeitgestaltungsmöglichkeiten wie den Besuch einer öffentlichen Bibliothek oder des Kindertheaters auf. In Hausbesuchen thematisieren sie u.a. den Medienkonsum der Kinder und fragen nach, ob es Schwierigkeiten gibt. Die Elternlotsen führen ein Verlaufsprotokoll, durch das am Ende eine Auswertung möglich ist. In den Jahren 2007/2008 erhielten alle betreuten Kinder ihren Schulabschluss und konnten in Ausbildungsplätze vermittelt werden.

■ Weitere Informationen unter:
www.buendnis-toleranz.de/cms/beitrag/10032113/425959/

SOZIALAMT/ ALTENHILFE UND INTEGRATIONS-BÜRO/ RAA BOCHUM »PATENSCHAFTSPROJEKT GLÜCKSKÄFER«



■ Bei dem Projekt »Glückskäfer« treffen eine Seniorin oder ein Senior auf ein Kind aus der Grundschule oder den ersten Klassen der Sekundarschule. Nicht unbedingt eine Konstellation, die man auf Anhieb als Erfolg versprechend einstufen würde, und doch teilen beide Seiten mehr miteinander, als es auf den ersten Blick scheint. Die erfahrenen Älteren können ihre Ressourcen – Zeit und Wissen – für ein Kind investieren, das auf Grund soziokultureller Problematiken bisher wenig Unterstützung im Schulalltag erfuh. Entsprechend ihren kulturellen oder fachlichen Neigungen sowie eventueller eigener Zuwanderungserfahrungen finden sich die Senioren und Kinder mit passenden Bedürfnissen – und sie finden wöchentlich und über das Jahr verteilt zueinander. Beide lernen die Bedürfnisse und Geschichte des anderen kennen und respektieren, Hemmschwellen und Vorurteile werden abgebaut und Kindern wird eine individuelle und persönliche Förderung zuteil.

■ Weitere Informationen unter:
www.bochum.de/C125708500379A31/vwContentByKey/W27DWB5H981BOLDDE

AUSBILDUNG STATT ABSCHIEBUNG (ASA) E.V.

»HILFEN FÜR JUNGE FLÜCHTLINGE IN BONN UND RHEIN-SIEG-KREIS«

Es geschieht nicht selten, dass sich Kinder und Jugendliche allein aus den Kriegsgebieten der ganzen Welt aufmachen um in einem anderen Land Zuflucht und eine Perspektive zu finden. Werden diese Jugendlichen volljährig, fallen sie oft aus dem gängigen Betreuungsnetz heraus. Die Initiative Ausbildung statt Abschiebung e.V. begleitet diese jungen Frauen und Männer und legt dabei den Fokus auf Bildung und politische Selbst- und Mitbestimmung. Rund 35 ehrenamtliche LehrerInnen fördern die Jugendlichen durch Nachhilfe und gezielte Sprachförderungsmaßnahmen wie Schreibwerkstätten und Konversationskurse. Durch individuelle Bewerbungstrainings und die Arbeit von zehn ehrenamtlichen Jobpaten werden sie entweder auf die Ausbildung vorbereitet oder gezielt begleitet. In ihrer Freizeit finden die jungen Menschen zahlreiche kreative Angebote vor, wie zum Beispiel die Ausbildung zum »Poli Coach«. In Gesprächen werden die aktuellen politischen Themen thematisiert und Partizipationsmöglichkeiten aufgezeigt. Zehn Jugendliche werden dann zu so genannten »Poli-Coaches« geschult, um in Eigenregie Diskussionsrunden anleiten zu können.

Insgesamt werden durch das Projekt derzeit 85 junge Flüchtlinge aus 32 Herkunftsländern betreut. Wenn sie in ihre Heimat zurückgehen wollen oder müssen, können sie zumeist einen Beruf vorweisen oder als Sprach- und Kulturenmittler für deutsche BürgerInnen in ihrem Land arbeiten.

■ Weitere Informationen unter: www.asa-bonn.org/



COURAGE-WERKSTATT FÜR DEMOKRATISCHE BILDUNGSARBEIT E.V.

»SOZIALKOMPETENZ IN DER AUSBILDUNG«

Zum Arbeitsalltag gehören heute längst nicht mehr allein handwerkliche Fähigkeiten als Voraussetzung für Erfolg. Ebenso gefragt sind soziale Kompetenzen, nicht nur weil immer mehr mittelständische und große Unternehmen im Ausland agieren und hierbei nicht allein Sprachkenntnisse Voraussetzung sind, sondern auch der sichere und vorurteilsfreie Umgang miteinander. Hier setzt das Projekt »Sozialkompetenz in der Ausbildung« an. Die Courage-Werkstatt wird dabei vom DGB Sachsen, der sächsischen IHK sowie der Handelskammer unterstützt. Kernelemente der partizipativen und gemeinsam gestalteten Unterrichtseinheiten sind der Umgang in Konflikten, Teamfähigkeit, Empathie und Offenheit. Das Projekt, das durch rund 80 junge Teamerinnen und Teamer getragen wird, ist dabei nicht defizitorientiert, sondern setzt da an, wo die jugendlichen Auszubildenden bereits Stärken und Kenntnisse zeigen. Die teilnehmenden Betriebe haben im Anschluss die Möglichkeit sich für den Titel »Betrieb ohne Rassismus« zu bewerben, so sie nachweisen können, dass sie sich dauerhaft für einen gewalt- und diskriminierungsfreien Umgang in ihrem Betrieb engagieren wollen.

■ Weitere Informationen unter: www.netzwerk-courage.de/web/153-653.html



LESELEO E.V.

Ein Leseleo – das ist ein Kind in der Grundschule, das einen Paten zur Seite hat, der mit ihm gemeinsam liest und ihm die Welt der Bücher und der Literatur näher bringt. Das Projekt »Leseleo« wurde in Hamburg von der Lehrerin Annegret Boehm und sechs Studenten gestartet, weil sie immer häufiger Lesedefizite bei Grundschulern wahrnahmen. Lesen ist eine wichtige Voraussetzung, um den schulischen Alltag bewältigen zu können und um kulturelle Teilhabe zu ermöglichen. Einige der Schülerinnen und Schüler bekommen zuhause selten vorgelesen oder ihre Eltern haben selbst noch Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache. Die ehrenamtlichen Lesepaten, meist Studenten, treffen sich einmal wöchentlich für eine Stunde mit ihrem Schützling zum gemeinsamen Lesen und gehen so gezielt auf individuelle Defizite ein. Das Ziel eines kleinen Leseleos ist es, am Ende des Schuljahres eigenständig lesen zu können. Dass dieser Ansatz erfolgreich ist, hat sich auch in den zwei Fällen gezeigt, in denen die Leseleos eine Klasse überspringen und direkt auf das Gymnasium wechseln konnten.

■ Weitere Informationen unter: www.leseleo.de/



LESEMOBIL

Die Lust auf das Lesen wecken

Mit über 200 Veranstaltungen haben die Bremer Kinderbuchautoren Lilo Almstadt und Heinz Meyer bisher rund 16.000 Kinder erreicht. Mit ihrem interkulturellen Mitmachbuch »Fredo« besuchen sie beispielsweise Kindergärten oder Kinderbibliotheken und begeben sich mit den Kindern auf eine interaktive Lesereise. Der Stoffhund Fredo wandert zwischen in Deutschland lebenden Familien aus Asien, Afrika, Südamerika und Osteuropa hin und her und das junge Publikum erhält unter anderem durch Spiele und Reime Einblick in die jeweiligen Kulturen. Auch im Programm ist das interreligiöse Kinderbuch für Kinder ab 8 Jahre »So leben und glauben wir in Deutschland«. Es eignet sich u.a. für den Einstieg zum Thema Weltreligionen.

Die Autoren reisen mit dem Lesemobil »Fridolin« und können bundesweit für Lesungen – zum Beispiel im Rahmen der Interkulturellen Woche – angefragt werden. Sie bringen das gesamte Equipment selber mit und die Honorarvorstellungen sind moderat, da keine Hotelkosten anfallen.



■ Kontakt: Lilo Almstadt, Heinz Meyer
Tel.: 0421 / 3 96 57 39 oder 01520 / 1 81 96 25
liloalmstadt@arcor.de
www.das-lesemobil.de



WANDERAUSSTELLUNG Blackbox Abschiebung

Abschiebung ist Alltag. Jedes Jahr verlassen Deutschland etwa 10.000 Menschen unfreiwillig. Wer sind sie? Und auf welche Reise werden sie geschickt? Mit ihrer Ausweisung verschwinden die Schicksale dieser Menschen aus unserem Blickfeld und aus unserem Bewusstsein. Die Blackbox Abschiebung, eine Medieninstallation des Dokumentarfilmers Ralf Jesse, macht das Phänomen an öffentlichen Orten sichtbar. Neun Personen, die von Abschiebung bedroht sind oder abgeschoben wurden, erzählen ihre Geschichten – in Videointerviews und Digitalkamera-Aufnahmen, mit denen sie ihre Reise und die Ankunft im Aufnahmeland selbst dokumentiert haben.

In der BLACKBOX steht in einem rudimentären Wohnzimmer aus Gebrauchtmöbeln ein Fernsehgerät. Die Sofagruppe könnte das provisorische Zuhause eben der Abgeschobenen sein, die sich in dem Augenblick, in dem der Zuschauer das Ausstellungs-Set betritt, nur noch über den Bildschirm äußern können. Das Programm, das auf diesem Fernseher läuft, ermöglicht Einblicke in Lebenssituationen, die oft im Verborgenen bleiben: In Deutschland, weil sie von Illegalisierung oder unsicherer Duldung geprägt sind. Und in den Ländern, in die die Abschiebung führt, weil sie aus unserem Blickfeld verschwinden.

Die Installation zeigt auf, welche Umstände, Zufälle, Entscheidungen und Schicksale Zuwanderer in unser Land gebracht haben, welche Erlebnisse ihre Wahrnehmung von Deutschland prägten und was sie mitnehmen in das Land, in das sie gebracht werden – und das ihnen häufig fremd geworden ist.

Einzigartig an dem Projekt Blackbox Abschiebung ist, dass es Betroffene zu Akteuren macht. In ihrer Abwesenheit, aber mit ihren eigenen Worten fordern sie zur Auseinandersetzung mit dem Thema Abschiebung auf.

Allen Interessierten, die die Blackbox Abschiebung an ihrem Wohnort aufbauen möchten, stellt das Institute for Studies in Visual Culture den nötigen Datensatz zur Verfügung.

■ Kontakt: Ralf Jesse, Institute for Studies in Visual Culture
ralf.jesse@isvc.org



DIE LEBENDE BIBLIOTHEK Sprich mit deinen Vorurteilen

Die »Lebende Bibliothek« ist eine Veranstaltungsform der besonderen Art. Sie dient der Begegnung und dem Dialog zwischen Menschen, die sich anderswo und anderswie vielleicht niemals begegnet wären. Wie in jeder anderen Bibliothek auch können in der Lebenden Bibliothek Bücher für die Dauer einer Ausleihfrist und zu den Bedingungen einer Bibliotheksordnung entliehen und »gelesen« werden. Der Unterschied ist: In der Lebenden Bibliothek sind die Bücher Menschen, die so genannten »Lebenden Bücher«. Diese gehören Gruppen an, die häufig von Vorurteilen und stereotypen Zuschreibungen betroffen sind. Von diesen Erfahrungen berichten sie und über diese Erfahrungen sprechen sie – in einem vertraulichen Rahmen – mit ihren »Entleiherinnen« und »Entleihern«.

Im Selbstverständnis der Lebenden Bücher geht es in der Lebenden Bibliothek in erster Linie darum, die eigenen Menschenrechte, insbesondere die Rechte von jeglicher Form von Diskriminierung frei zu sein, und das Recht auf gleiche Würde mit den Mitteln des Dialogs zu

verteidigen, in die Öffentlichkeit zu gehen und für das eigene Anliegen einzutreten.

Entleiherinnen und Entleiher sowie Lebende Bücher haben von sehr bereichernden Begegnungen und vertieften Einsichten erzählt: »Dialog wird durch den Dialog gefördert. Es wird die Möglichkeit gegeben, ohne Angst und Scheu, Fragen zu stellen und jemanden kennen zu lernen.« / »Wenn es das nicht schon geben würde, müsste es noch erfunden werden.« / »Kommen Sie doch auch an Schulen!!!«.

Langfristig soll die Lebende Bibliothek zu einem soliden »Werkzeug« im Rahmen präventiv ausgerichteter Bildungs- und Projektarbeit reifen und damit einen Beitrag zur Entwicklung einer vorurteilsbewussten und menschenrechtlich orientierten Pädagogik leisten.

■ Weitere Informationen:
www.lebende-bibliothek.de

FILM SHAHADA Wer bist du? Wen liebst du? Woran glaubst du?

Ein Film von Burhan Qurbani
in Koproduktion mit dem ZDF/
Das kleine Fernsehspiel und
der Filmakademie Baden-Württemberg

Prädikat »besonders wertvoll«

SHAHADA erzählt die Geschichten von drei jungen Muslimen in Deutschland, deren bisherige Werte und deren Glaube durch persönliche Krisen ins Wanken geraten. Ihre Wege kreuzen sich in Berlin, in der Moschee von VEDAT, einem aufgeklärten Berliner Geistlichen.

Shahada ist ein Film über deutsche Moslems, die in einer immer noch fremden Heimat ihren Lebensweg suchen. Der Titel SHAHADA bezieht sich auf die erste Säule des Islam – das Glaubensbekenntnis. Shahada ist die Entscheidung für einen Weg. Die Hauptfiguren des Films ringen, jede auf ihre Art, mit der Suche nach dem richtigen Weg. Sie müssen sich entscheiden, woran sie glauben, wen sie lieben und wer sie letztlich sind.



SHAHADA gibt dem Zuschauer Einblicke in die muslimische Alltagswelt in Deutschland. Er nimmt ihn mit in die Moschee, in den Club, zur Arbeit, in die Wohnung, und wirft einen neuen, unmittelbaren und frischen Blick auf muslimisch geprägtes Leben in der Hauptstadt.

Der Film ist modern und traditionell zugleich und zieht den Zuschauer in seinen Bann, ohne jemals ins Klischeehafte abzurutschen. Mit eindrucksvollen Bildern inszeniert Qurbani das oftmals widersprüchliche, komplexe Verhältnis von Religion und Kultur, vom Islam im 21. Jahrhundert und der bunten Gesellschaft im heutigen Berlin.

■ Mehr Infos: www.shahada-der-film.de

MULTIMEDIA-CD Musik als Sprachrohr

Musikalische Auseinandersetzung
mit Rechtsextremismus

Die Multimedia-CD ist ein Ergebnis
der Kampagne schlauer statt rechts
der vier Arbeiterjugendverbände
DGB Jugend NRW,
SJD – Die Falken NRW,
Landesjugendwerk der AWO NRW
und Naturfreundejugend NRW.

Rechtsextreme versuchen Jugendliche insbesondere über das Medium Musik für sich zu gewinnen. Als niedrigschwellige Anspracheform spielt Musik eine große Rolle. Seit ihrer Entdeckung wird sie zur Stimmungsmache gegen Konkurrenten ebenso wie zur Verbreitung eigener Ideologien genutzt. Sie ist verbindendes Element unter Gleichgesinnten und fasziniert Unbedarfte.

Welche Rolle Musik im Nationalsozialismus gespielt hat und welche Rolle rechte Musik heute einnimmt, soll auf der CD zum Unterricht aufbereitet werden. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Kooperation mit Esther Bejarano, Überlebende des Mädchenorchesters in Auschwitz, mit der Microphone Mafia, als heute aktueller Band. Sie haben gemeinsam an dem Thema gearbeitet und Lieder neu vertont. Darüber hinaus enthält die CD einen Film von einer Lesung mit Esther Bejarano sowie eine Argumentationshilfe (Arbeitsstelle Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf) gegen die rechte Schulhof-CD der NPD. Die übrigen Materialien wurden von Aktiven aus den Jugendverbänden erarbeitet und umgesetzt.



Begleitet werden die Bildungsbausteine von Hinweisen zur Methodik, die im Unterricht oder in der außerschulischen Bildungsarbeit angewendet werden können. Durch die Moderationsanweisungen soll auch inhaltlich unerfahrenem Lehrpersonal der Einstieg ins Thema erleichtert werden.

■ Informationen und Bestellmöglichkeit unter:
www.schlauer-statt-rechts.de

BUCH + DVDs

»Respekt! Kein Platz für Rassismus«

Respekt ist die Grundlage unserer Zivilgesellschaft, von allen gefordert, aber längst nicht jedem gezollt. Gefragt ist glaubwürdiges Engagement, das besonders Jugendlichen konkret vermittelt, wie wichtig das Eintreten für gegenseitigen Respekt ist. Der Bildband versammelt zu diesem drängenden gesellschaftlichen Thema die unterschiedlichen Geschichten von 100 Menschen.



Viele bekannte Fußballer, Schauspieler und andere Prominente berichten in kurzweiligen Interviews über ihre Erfahrungen im Umgang mit Respekt. Sie erzählen auf eine sehr private Weise von spannenden, interessanten, berührenden, lehrreichen, lustigen und traurigen Begegnungen mit anderen Menschen. Die Erzählerinnen und Erzähler ergreifen Partei, setzen sich ein, zeigen Zivilcourage.

Zu diesem Bildband gehören zwei DVDs, auf denen sich alle Interviews sowie jeweils ein Special befinden. Bei den Specials

handelt es sich zum einen um das Musikvideo »Viel zu tun!« von der Band Irie Révoltés und zum anderen um einen Beitrag von Hendrik Nachtsheim (Badesalz).

Mit diesem Buch startet die neue Aktion »Respekt! Kein Platz für Rassismus«. Begleitet wird die Initiative unter anderem durch die eigens für die Kampagne entwickelten Leitlinien – die als Diskussionsgrundlage verbreitet werden sollen sowie z. B. durch eine bundesweite Schilderaktion.

■ Mehr dazu unter www.respekt.tv.

THEATER

Türkisch Delight spielt Schultheaterstück zum 50. Jahrestag des Anwerbeabkommens zwischen Deutschland und der Türkei



Am 31. Oktober 2011 jährt sich zum 50. Mal der Jahrestag, an welchem das Anwerbeabkommen zwischen Deutschland und der Türkei geschlossen wurde. Ziel war die zeitlich begrenzte Anwerbung von Arbeitskräften. Diese angeworbenen Arbeiter wurden in Deutschland als Gastarbeiter bezeichnet. Der Begriff Gastarbeiter hat die damalige Bundesrepublik Deutschland über viele Jahre geprägt. Bereits in den 50er Jahren herrschte aufgrund der hohen Zahl von Kriegstoten und -gefangenen sowie ermordeter und geflüchteten Verfolgten des nationalsozialistischen Regimes ein Arbeitskräftemangel.

Obwohl durch besondere vertragliche Vereinbarungen, wie der Befristung der Aufenthaltsdauer auf maximal zwei Jahre, eine Einwanderung

verhindert werden sollte, führte das Abkommen eben genau zur nicht gewollten türkischen Einwanderung nach Deutschland. Da man glaubte, das Rotationsprinzip würde eben eine dauerhafte Ansiedelung verhindern, gab es auch keine Überlegungen diese Volksgruppe in Deutschland zu integrieren. Der Abschluss 1961 war der erste geregelte Abschluss eines solchen Abkommens zwischen Deutschland und der Türkei.

Das aus sechs Personen bestehende Ensemble Türkisch Delight bereitet derzeit eine szenische Inszenierung vor, die das Thema in Form von Sketchen in ca. 60 Minuten darstellen soll. Im Anschluss an die Aufführung kann je nach Wunsch:

1. ein Vortrag von Numan Sarrac zum Thema Anwerbeabkommen gehalten werden mit anschließender Fragerunde für Schülerinnen und Schüler;
2. ein Runder Tisch organisiert werden, an dem Probleme angesprochen und Lösungen gesucht werden können, um die Schülerinnen und Schüler für dieses Thema zu sensibilisieren.

■ Weitere Informationen und Kontakt:
Kultur Kontakt gGmbH
Tel.: 0221 / 13 06 73 30
info@kulturkontakt.de
www.kulturkontakt.de

INTERAKTIVE AUSSTELLUNG

»Was sind es für Bilder und Vorstellungen, die den Blick auf unsere Mitwelt prägen? Wie entstehen sie und wie können wir sie verändern?«



Bilder im Kopf

Um die Welt zu verstehen, vereinfachen wir sie. Vorurteile und Stereotype sind solche Vereinfachungen und lebensnotwendig – ohne sie könnten wir unsere Umwelt nicht begreifen. Ihre Komplexität würde uns überfordern. Halten wir diese Reduzierungen jedoch für die Realität, drohen sinnvolle Vereinfachungen zu Verurteilungen zu werden und es kommt zu Ausgrenzung und Diskriminierung.

Dieser Gefahr will die Wanderausstellung Bilder im Kopf entgegenwirken. Konkretisiert wird dieses abstrakte Thema an Bildern über Afrika, da dieser Kontinent besonders mit Vorurteilen besetzt ist. Schülerinnen, Schüler und Studierende haben sich auf kreative Weise der Frage genähert, welche Bilder in ihren Köpfen existieren und sich Gedanken dazu gemacht, wie sie so verändert werden können, dass sich alle Menschen mit Respekt begegnen. Das Ergebnis sind Exponate, die zeigen, dass sich ein zweiter Blick durchaus lohnt; die spannend und überraschend sind; und vor allem, die dazu anregen, seine eigenen Bilder zu hinterfragen.

Die Ausstellung ist ideal für Familien und Schulklassen geeignet.

Einige Reaktionen auf die Ausstellung:

Eine Mutter lobte diese Ausstellung und merkte zusätzlich an, sie sei überrascht gewesen:

»Dass ich mit meinen kleinen Kindern (2 Jahre alt) bereits interessante Ausstellungen besuchen kann.«

»Sehr bunt! Die Mitarbeit der Kinder spiegelt sich in der Ausstellung wieder. Die Exponate laden nicht nur zum Anschauen ein, sondern auch zum Reflektieren und Mitmachen! Besonders für Kinder und Jugendliche geeignet.«

■ Die Ausstellung kann über den Freundeskreis Tambacounda e.V. ausgeliehen werden.

Ansprechpartner: Abdou Karim Sané, Tel.: 0511 / 1 61 26 12
tambacounda@arcor.de, www.afrika-macht-schule.de



■ Kontakt und weitere Informationen:
 Verband binationaler Familien
 und Partnerschaften
 Geschäftsstelle Leipzig
 Tel.: 0341 / 6 88 00 22
 leipzig@verband-binationaler.de

FOTOAUSSTELLUNG

»Abu, Mama und bébé – Leipziger Familienwelten«

Ein Projektteam des Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften in Leipzig entwickelte eine Ausstellung, in der Bilder und Eindrücke aus dem Alltag binationaler Leipziger Familien vermittelt werden. Texte, Hörbeiträge und Fotografien sollen die Besucher und Besucherinnen dazu einladen, die besondere Situation von interkulturellen Familien in all ihrer Heterogenität zu erfassen und in der Folge die oberflächliche Zweiteilung in »Deutsche und Migranten« – »Wir und die anderen« – zu überdenken.

Die eindrucksvollen Fotos des Fotografen Frank Meier halten binationale Eltern und Kinder am Ort der eigenen Wahl fest, sei es auf dem Pferdehof, im Park oder zu Hause – die zerbrechliche Balance zwischen einem »ganz normalen« und einem besonderen Leben in interkulturellen Kontexten wird durch die Fotos vermittelt. Deutlich wird, dass der Umgang mit Anfeindungen der Umgebung, mit Diskriminierung und Rassismus, in jeder Familie, von jedem Individuum anders gehandhabt wird. Aber auch die Vielfalt interkultureller Lebensformen kommt in den Fotos und Texten zum Ausdruck – es gibt nicht DIE interkulturelle Familie. Von der klassischen Kleinfamilie über Einelternfamilien bis hin zu Patchworkfamilien ist auch in interkulturellen Familien jede mögliche Familienkonstellation zu finden.

Die im Dezember 2009 eröffnete Ausstellung wurde im letzten Quartal 2010 durch eine zweite Staffel Fotos von Frank Meier ergänzt, so dass ab März 2011 eine neue Version der Ausstellung im Leipziger Rathaus zu sehen sein wird. Die Ausstellung ist bundesweit ausleihbar.

Fotos: Frank Meier; Texte: Muriel Garcea, Melanie Heyde, Franziska Heinze
 Hörbeiträge: Melanie Heyde, Franziska Heinze, Christin Bauer

BILDUNGSPROJEKT

»Der Vielfalt in der Gesellschaft mit Respekt begegnen«

DVD zu einem Bildungsprojekt mit Jugendlichen, Lehrerinnen und Lehrern sowie Eltern

Ein neues Projekt zeigt, wie »Werteerziehung für ein respektvolles Miteinander« in Schule und Gesellschaft gelingen kann. »Wesentlich ist dabei, die Kompetenzen des Einzelnen zu identifizieren und zu stärken, um diese gezielt dafür einzusetzen«, so Ioanna Zacharaki, Referentin für Integration und Interkulturalität bei der Diakonie RWL und eine der Initiatorinnen des Projekts.

Kooperationspartner

Das Projekt wurde von der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e.V. in Kooperation mit der Friedrich-Albert-Lange Gesamtschule in Solingen, der Werte Initiative für die plurale Gesellschaft und der Integrationsagentur des Diakonischen Werks in Solingen durchgeführt. »Die Motivation für das Projekt ist entstanden unter anderem aus der Überzeugung heraus, dass Unterschiedlichkeit nicht etwas Trennendes ist, sondern gegenseitige Bereicherung. In einem Klima der Wertschätzung können Fähigkeiten sowie Ressourcen entfaltet und für das Gemeinwesen positiv genutzt



werden«, so Ioanna Zacharaki. Die bisherige Projektarbeit ist in Form einer DVD dokumentiert. Diese ist über die Kooperationspartner erhältlich.

■ Kontakt für weitere Informationen:
 Ioanna Zacharaki ist Referentin für Integration und Interkulturalität der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe und Mitglied im ÖVA.
 Tel.: 0211 / 63 98 - 253
 i.zacharaki@diakonie-rwl.de
 www.diakonie-rwl.de

BESTELLUNGEN

Ihr Bestellungen richten Sie bitte schriftlich an:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss
zur Interkulturellen Woche
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.
Fax: 069 / 23 06 50

Oder bestellen Sie im Internet unter:

www.interkulturellewoche.de

Hiermit bestelle ich:

Materialumschlag

..... Expl. des **Materialumschlags**
»Interkulturelle Woche 2011«

Inhalt:

- 1 Materialheft »Ich will's wissen!«
64 Seiten, DIN A4
- 1 Plakat DIN A3 Motiv
»Ich will's wissen!«
- 1 Materialheft zum Tag des Flüchtlings
»Mauern verletzen Flüchtlings-
rechte«, 48 Seiten, DIN A4
- 1 Plakat DIN A3 zum
Tag des Flüchtlings
Motiv: »Mauern verletzen
Flüchtlingsrechte«

Staffelpreise:

bis 9 Exemplare 4,60 Euro
ab 10 Exemplare 3,60 Euro
ab 50 Exemplare 2,90 Euro

Kostenbeiträge für die neuen Bundesländer:

bis 9 Exemplare 2,60 Euro
ab 10 Exemplare 2,30 Euro
ab 50 Exemplare 1,70 Euro

Plakate

»Zusammenhalten – Zukunft gewinnen«
Motiv »Ich will's wissen!«

..... Expl. des **Plakates DIN A3**

..... Expl. des **Plakates DIN A2**

..... Expl. des **Plakates DIN A1**

»Zusammenhalten – Zukunft gewinnen«
Motiv »Auge«

..... Expl. des **Plakates DIN A3**

..... Expl. des **Plakates DIN A2**

Kostenbeitrag für **Plakate DIN A3:**
bis 9 Exemplare 0,40 Euro
ab 10 Exemplare 0,30 Euro,
ab 100 Exemplare 0,20 Euro

Kostenbeitrag für **Plakate DIN A2:**
bis 9 Exemplare 0,80 Euro
ab 10 Exemplare 0,50 Euro
ab 100 Exemplare 0,40 Euro

Kostenbeitrag für **Plakate DIN A1:**
bis 9 Exemplare 1,50 Euro
ab 10 Exemplaren 1,00 Euro
ab 100 Exemplaren 0,80 Euro

Postkarten

(vierfarbig)

..... Expl. **»Ich will's wissen!«**

..... Expl. **»Auge«**

..... Expl. **»Wissen macht Spaß«**

..... Expl. **»Wissen macht Freunde«**

..... Expl. **»Wissen macht Zukunft«**

..... Expl. **»Marion ...«**

..... Expl. **»Manager gesucht«**

Kostenbeitrag:

bis 49 Exemplare 0,25 Euro,
ab 50 Exemplare 0,20 Euro

Alle Preise zuzüglich Versandkosten

**Bitte beachten Sie, dass Sie die
Rechnung erst ca. drei Wochen nach
der Lieferung der bestellten Materialien
mit getrennter Post erhalten.**

Ich bitte um Lieferung an (bitte kein Postfach angeben):

- Privatadresse Adresse der Institution

.....
Name, Vorname

.....
Institution

.....
Abteilung

.....
Strasse

.....
PLZ/Ort

.....
Tel./Fax-Nummer

.....
E-Mail

X
Datum, Unterschrift

! Bitte geben Sie, falls Sie tagsüber nicht erreichbar sind,
unbedingt eine Ersatzadresse an, bei der tagsüber Pakete
■ abgegeben werden können:

.....
Name, Vorname

.....
Institution

.....
Abteilung

.....
Strasse

.....
PLZ/Ort

.....
Tel./Fax-Nummer

HERAUSGEBER:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 23 06 05, Fax: 069 / 23 06 50
info@interkulturellewoche.de
www.interkulturellewoche.de

VORSTAND

Vorsitzende: Gabriele Erpenbeck, Beraterin der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, Hannover
Stellv. Vorsitzender: Pfr. Andreas Lipsch, Interkultureller Beauftragter der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau EKHN, Frankfurt/M.
Stellv. Vorsitzender: Erzpriester Sokratis Ntallis, Griechisch-Orthodoxe Metropole, Bonn

WEITERE MITGLIEDER

Msgr. José Antonio Arzo, Spanierseelsorge in Deutschland, Bonn
Erzpriester Dr. Georgios Basioudis, Griechisch-Orthodoxe Kirchengemeinde, Mannheim
Johannes Brandstätter, Diakonisches Werk der EKD, Berlin
Pfr. Gabriella Costabel, Evangelische Landeskirche Württemberg, Stuttgart
Dr. Doris Dickel, Büro der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Berlin
Katrin Gerdsmeyer, Kommissariat der deutschen Bischöfe, Berlin
Stefan Herceg, Deutscher Caritasverband, Freiburg
Dr. Peter Hünseler, Christlich-islamische Begegnungs- und Dokumentationsstelle CIBEDO, Frankfurt/M.
Dr. Assion Lawson, Interkulturelles Büro, Stendal
OKR Thorsten Leißer, Kirchenamt der EKD, Hannover
Msgr. Wolfgang Miehle, Nationaldirektor für Ausländerseelsorge, Deutsche Bischofskonferenz, Bonn
Karin Pergold, Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V., Leipzig
Klaus Pritzkeleit, Diakonische Arbeitsgemeinschaft evangelischer Kirchen, Berlin
Volker Roßocha, DGB-Bundesvorstand, Berlin
Nurhan Soykan, Zentralrat der Muslime in Deutschland, Köln
Canan Topçu, Redakteurin Frankfurter Rundschau, Frankfurt/M.
Ioanna Zacharaki, Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, Düsseldorf

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Günter Burkhardt, Frankfurt/M.

REDAKTION: Günter Burkhardt, Friederike Ekol

TITELBILD: Agentur Morgenstern & Kaes, Stuttgart

LAYOUT: Wolfgang Scheffler, Mainz

HERSTELLUNG: VARIO Medienproduktions GmbH, Frankfurt/M.

Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier

Nachdruck (bitte mit Quellenangabe), auch auszugsweise, gerne gestattet.
Diese Materialien ergänzen die bisher vom Ökumenischen Vorbereitungsausschuss herausgegebenen Veröffentlichungen.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder.

Als Termin für die Interkulturelle Woche 2011 wird der 25. September - 1. Oktober 2011 empfohlen.

Freitag, der 30. September 2011 ist der Tag des Flüchtlings.

**Termine für die Interkulturelle Woche
2012 und 2013:**
2012: 30. September – 6. Oktober
2013: 29. September – 5. Oktober

WAS · WANN · WO ?

Mehr Infos zur Interkulturellen Woche

■ Veranstaltungen

Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss veröffentlicht Veranstaltungen zur Interkulturellen Woche auf der Homepage:

www.interkulturellewoche.de.

Dadurch wird die Breite des Engagements in der Interkulturellen Woche sichtbar. Bitte senden Sie uns Ihre Veranstaltungen im Sommer per Post und per E-Mail zu.

■ Newsletter

Drei- bis viermal jährlich erscheint der »Newsletter Interkulturelle Woche«, in dem wir über aktuelle Entwicklungen informieren, Materialien und gute Beispiele vorstellen. Gerne senden wir Ihnen den Newsletter kostenlos per E-Mail zu. Sie können ihn in der entsprechenden Rubrik auf der Website www.interkulturellewoche.de abonnieren.

■ Good-Practice-Recherche

In der Interkulturellen Woche gibt es eine Vielzahl von gelungenen Projekten und Veranstaltungen. Wir möchten eine Auswahl im bundesweiten Newsletter, auf der Homepage und im Materialheft 2012 vorstellen. Bitte senden Sie uns Berichte über gute Projekte und Fotos von Veranstaltungen zu.

■ Bundesweite Veranstaltungen zur Interkulturellen Woche 2011

In Braunschweig wird am Freitag, den 30. September 2011 um 17.00 Uhr im Dom der bundesweite ökumenische Gottesdienst stattfinden. Anschließend ist im Altstadtrathaus eine gemeinsame Veranstaltung der Stadt Braunschweig und des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses geplant.

■ Terminhinweis

10. und 11. Februar 2012: Vorbereitungstagung zur Interkulturellen Woche 2012 in Nürnberg. Das Programm wird Anfang Dezember auf der Homepage www.interkulturellewoche.de abrufbar sein.